LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2005

Einzelplan 08

für den Geschäftsbereich des

Hessischen Sozialministeriums

INHALT

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	3
08 01	Ministerium	8
08 05	Verpflichtende Transferleistungen	29
08 06	Freiwillige Transferleistungen	112
08 07	Besondere Transferleistungen	206
08 19	Klinik Waldeck in Bad Wildungen -weggefallenes Kapitel-	227
08 25	Ministerium - Landesjugendamt und Jugendbildungsstätten -weggefallenes Kapitel-	232
08 29	Maßnahmen der Suchthilfe -weggefallenes Kapitel-	236
08 32	Maßregelvollzug -weggefallenes Kapitel-	238
08 44	Integrationsmaßnahmen sowie Bewilligungen für Vertriebene -weggefallenes Kapitel-	240
08 48	Regierungspräsidien im Bereich Soziales	243
08 98	Versorgung	259
	Abschluss des Einzelplans 08	262
	Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	264
	Stellenpläne, Stellenübersichten	265
	Landesdarlehensstock hei der Hauntfürsorgestelle des Landeswohlfahrtsverhandes	294

Vorwort zum Einzelplan 08

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Aufgaben:

Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik

Arbeitsschutzverwaltung, technischer Arbeitsschutz (einschließlich gefährlicher Arbeitsstoffe und Anlagensicherheit), betriebliche Arbeitssicherheitsorganisation, sozialer Arbeitsschutz (Arbeitszeit, Jugendarbeitsschutz, Mutter- und Frauenarbeitsschutz). Medizinischer Arbeitsschutz, Produkt- und Gerätesicherheit.

Arbeitsmarkt-, Arbeits- und Sozialpolitik

Arbeitsmarktpolitik, Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, berufliche Bildung und Rehabilitation, Bildungsurlaub, Arbeitsrecht, Heimarbeit, Ausbildung und Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte, Regionale Arbeitsmarktpolitik, Europäischer Sozialfonds.

Familien- und Frauenpolitik

Wirtschaftliche Sicherung der Familie, Familienerholung, Hilfen für Frauen in besonderen Lebenssituationen, Familienplanung, Frauenhäuser, Mütterzentren, Frauenförderpläne, kommunale Frauenbüros, Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gesundheitsaufsicht, Gesundheitsvorsorge, öffentlicher Gesundheitsdienst

Ärztliche- und zahnärztliche Approbationen und Arbeitserlaubnisse, Gesundheitsvor- und fürsorge, öffentlicher Gesundheitsdienst, Pflege im Gesundheitswesen, Mikrobiologie, Blutspendewesen, gesundheitlicher Umweltschutz, Trinkwasserhygiene, Seuchenhygiene, Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen.

Gesundheitsrecht, nichtärztliche Heil- und Fachberufe, Arzneimittelwesen

Kammeraufsicht, nichtärztliche Heil- und Fachberufe im Gesundheitswesen, Krankentransport- und Rettungswesen, Arzneimittel- und Apothekenwesen.

Jugendhilfe

Erziehung im Elementarbereich, Heime der Erziehungshilfe, Frühförderung, Jugendpflege, Jugendarbeit in Jugendbildungsund Freizeitstätten, Jugendschutz, Jugenderholung, außerschulische Jugendbildung, Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit, Landesjugendamt

Kindertagesstätten

Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte, Kindergartengesetz, Kinderbetreuung.

Krankenversorgung

Krankenhauspflegesätze, Krankenhausplan, Krankenhausfinanzierung.

Lastenausgleich

Hauptentschädigung, Aufbaudarlehen und Dauerarbeitsplatzdarlehen, Leistungen in Härtefällen, Ausbildungshilfen.

Maßregelvollzug

Erstattungen an den Landeswohlfahrtsverband für die Unterbringung von Patienten im Maßregelvollzug, Zuschüsse zum Bau und zur Verbesserung von Maßregelvollzugseinrichtungen.

Psychiatrie und Suchtbekämpfung

Suchtbekämpfung, Planung und Koordinierung sozialer Dienste und Einrichtungen, Planung und Koordinierung der Behandlung Suchtkranker, psychiatrische Versorgung.

Sozialhilfe und Freie Wohlfahrtspflege

Rechts- und Aufsichtsangelegenheiten der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge, des Schwerbehindertenrechts und der Eingliederungshilfe für Behinderte, Freie Wohlfahrtspflege, Altenhilfe, Heimgesetz, kirchliche Angelegenheiten, Eingliederung körperlich, geistig und seelisch behinderter Menschen, Durchführung des sozialen Entschädigungsrechts (Verwaltung für Versorgung und Soziales).

Sozialversicherung

Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Pflegeversicherung, Kassenarztwesen.

Spätaussiedler, Vertriebene und Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte, Ausländische Arbeitnehmer

Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern, soziale Betreuung.

Maßnahmen für ausländische Flüchtlinge, Integrationsmaßnahmen, Maßnahmen zur Sprachkompetenz, Integrationsbeirat, Heimatpolitische Maßnahmen, Maßnahmen der Vertriebenenorganisationen.

Wiedergutmachung

Entschädigung und Härteausgleich nach dem Bundesentschädigungsgesetz, Hilfen an durch NS-Unrecht Verfolgte, Entschädigungen nach den Rehabilitierungsgesetzen.

Der Einzelplan 08 umfasst folgende Verwaltungsbereiche und Dienststellen:

Ministerium

mit Landesjugendamt und Außenstellen in Frankfurt und Kassel

- 2. Unfallkasse Hessen
- 3. Dezernate für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik bei den Regierungspräsidien mit Sitz in
 - 1. Darmstadt
 - Frankfurt am Main
 - Gießen mit Außenstelle in Limburg (Sitz in Hadamar) mit Zentraler Ahndungsstelle für Sozialvorschriften im Straßenverkehr
 - Kassel mit Außenstelle in Fulda mit den Fachzentren für "Betriebs- und Produktsicherheit" und "Stoffliche - und andere Arbeitsplatzfaktoren"
 - 5. Wiesbaden mit dem Fachzentrum "Medizinischer Arbeitsschutz"
- 4. Dienststellen für Versorgung und Soziales

Regierungspräsidium Gießen - Abt. Landesversorgungsamt und 6 Ämter für Versorgung und Soziales in

- 1. Darmstadt mit Außenstelle in Bensheim
- 2. Frankfurt am Main mit Außenstelle in Gelnhausen
- 3. Fulda
- 4. Gießen
- 5. Wiesbaden
- 6. Kassel
- Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen (Landesprüfungsämter für Heilberufe und für Krankenversicherung, Untersuchungsamt für Humanmedizin in Dillenburg)
- 7. Hessische Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Gießen mit Außenstelle am Flughafen Frankfurt am Main
- 8. Hessische Fördereinrichtung für jugendliche Zugewanderte
- 9. Außenstellen des Landesausgleichsamtes mit Beschwerdeausschüssen bei den Regierungspräsidien Darmstadt und Kassel
- 10. Entschädigungsbehörde

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 08

			2005	2004
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben		_	_
1	Eigene Einnahmen .		10 885 300	12 232 400
2	Übertragungseinnahmen		73 679 900	59 150 200
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen		59 912 200	57 644 000
	Ge	samteinnahmen	144 477 400	129 026 600
4	Persönliche Verwaltungsausgaben		105 681 800	108 129 900
5	Sächliche Verwaltungsausgaben		31 993 200	28 321 400
	Ausgaben für den Schuldendienst		_	_
6	Übertragungsausgaben		413 160 000	391 021 500
7	Bauausgaben		_	5 000
8	Sonstige Investitionsausgaben		21 409 500	20 843 800
9	Besondere Finanzierungsausgaben		982 800	886 500
	G	esamtausgaben	573 227 300	549 208 100
	Zuschu	ss / Überschuss	-428 749 900	-420 181 500

C. Personalsoll des Einzelplan 08

	Stellen			
	2005	davon Leerstellen	2004	davon Leersteller
Beamte und Richter	262,0	8,0	959,0	20,5
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	-,-	-,-	14,0	-,-
ngestellte	206,0	12,5	1 206,0	35,5
davon Auszubildende	14,0		72,0	
arbeiter	18,5	-,-	109,0	1,0
davon Auszubildende			-,-	
Zusammen	486,5	20,5	2 288,0	57,0

D. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

1. Neue Verwaltungssteuerung (NVS)

Ab dem Haushaltsjahr 2000 soll bis zum Jahr 2008 die bisherige kamerale Haushaltsführung auf eine ergebnisorientierte Haushaltssteuerung (Produkthaushalt) umgestellt werden. Die neue Haushaltssteuerung beruht auf der doppelten Buchführung mit Kosten- und Leistungsrechnung sowie entsprechendem Controlling und sieht eine leistungsorientierte Mittelzuweisung mit dezentralen Kostenbudgets und dezentraler Kostenverantwortung vor.

Bis zur Umstellung auf die ergebnisorientierte Haushaltssteuerung werden die Verwaltungseinheiten weiter auf kameraler Basis nach den Grundsätzen des sog. Rauischholzhausener Modells budgetiert. Weiterhin wurden in sich zeitlich überschneidenden Staffeln bis zum Jahr 2004 in allen Einführungsprojekten (Mandanten) das kaufmännische Rechnungswesen mit Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt und Produkte definiert.

Einzelheiten werden in der von der Landesregierung festgelegten Staffelplanung geregelt. Danach hat das Ministerium (Kap. 08 01) zum 1. Januar 2003 mit der kaufmännischen Buchführung begonnen. Ein Produkthaushalt wird zusammen mit den Regierungspräsidien ab 2008 aufgestellt.

Bei den Regierungspräsidien wurde die kaufmännische Buchführung in 2004 eingeführt.

2. Strukturelle Veränderungen und Sonstiges

Aufgrund von modifizierten Gesamtbudgets bei den Regierungspräsidien wurden die bisher bei Kap. 08 45, 08 46 und 08 47 veranschlagten Haushaltsmittel im Bereich Soziales der Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel in ein neu eingerichtetes Kap. 08 48 zusammengefasst. Die Planstellen und Stellen der Regierungspräsidien werden in den Epl. 03 umgesetzt. Im Epl. 03 werden Ausführungskapitel für die Regierungspräsidien eingerichtet, in dem die veranschlagten Mittel aus dem Kap. 08 48 zur Verfügung gestellt werden (siehe Vorwort zu Kap. 08 48).

Die Planstellen und Stellen des Kap. 08 19 - Kurklinik Waldeck- werden in das Kap. 03 15 umgesetzt.

Für Transferleistungen (Förderprogramme, gesetzliche Leistungen, Beteiligungen) wurde ein Produkthaushalt aufgestellt.

Wegen der produktbezogenen Darstellung und Einführung eines Transfermittelbuchungskreises wurden die Kapitel:

08 05 Verpflichtende Transferleistungen

08 06 Freiwillige Transferleistungen

08 07 Besondere Transferleistungen

eingerichtet. Hier sind die Einnahmen und Ausgaben für freiwillige, gesetzliche und vertragliche Transferleistungen (einschl. der dazugehörigen Sachaufwendungen) der bisherigen Kapitel 08 02, 08 03, 08 10, 08 13, 08 20, 08 21, 08 22, 08 24, 08 29, 08 30, 08 32, 08 44, 08 61, 08 62, 08 63 und 08 64 ausgewiesen. Die aus diesen Kapiteln dem Transfermittelbuchungskreis nicht zuzuordnenden reinen Verwaltungsausgaben, insbesondere für Dienstleistungen und Gestattungen sowie für Mitgliedsbeiträge, wurden nach Kap. 08 01 umgesetzt.

Bei den Kapiteln 08 05, 08 06 und 08 07 des Transfermittelbuchungskreises ist die kamerale Darstellung auf 3 Gruppierungsziffern beschränkt.

Für die Transferleistungen wurden Produkte gebildet, die in den Leistungsplänen ausgewiesen sind.

Nähere Angaben zu den Produkten ergeben sich aus den Erläuterungen zu den Förderprodukten (Produktblättern).

Ressortliegenschaften:

Nach dem Kabinettbeschluss vom 09.02.2004 wurden alle Ressortliegenschaften zum 01.01.2005 in die Verwaltung und das wirtschaftliche Eigentum des Landesbetriebes Hessisches Immobilienmanagement (HI) übertragen. Davon ausgenommen ist nur die Maßregelvollzugseinrichtung Hanau (ehemalige JVA Hanau), die in 2006 ebenfalls auf das HI übergeht.

3. Kommunalisierung

Im Rahmen einer Neustrukturierung und Kommunalisierung sozialer Förderungen werden anstelle von Zuwendungen an einzelne Maßnahmenträger, den Gebietskörperschaften, die Träger der Sozialhilfe, Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung sind, Mittel in Form eines Gesamtbudgets zur Verfügung gestellt (siehe Kap. 08 06, Produkt Nr. 11).

Diese Neustrukturierung wird durch eine Rahmenvereinbarung mit den Landkreisen, dem Städtetag, dem LWV und der Liga der freien Wohlfahrtspflege geregelt, dem die betroffenen örtlichen Träger der Sozialhilfe beitreten.

Die Rahmenvereinbarung umfasst die Bereiche

- -Schutz vor Gewalt
- -Suchtprävention und Suchthilfe
- -ambulante Versorgung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Familien
- -Stärkung des Gemeinwesens
- -Prävention und Beratung im Gesundheitswesen

mit den bisherigen Förderprogrammen:

- 1. Zuschüsse an Betreuungsvereine und -verbände
- 2. Schutz von Frauen
- 3. Förderung von Frauenhäusern
- 4. Zuwendungen für Maßnahmen der allgemeinen Frühförderung Behinderter
- 5. Zuschüsse für familienentlastende Maßnahmen im Behindertenbereich
- 6. Zuschüsse für Mütterzentren
- 7. Zuschüsse zur Förderung von Projekten "Gegen Gewalt an Mädchen und Jungen"
- 8. Vorbeugung von Sucht und Drogenabhängigkeit
- 9. Förderung der ambulanten Hilfe für Drogenabhängige und Suchtkranke
- 10. Zuschüsse für Maßnahmen der AIDS-Beratung und AIDS-Prävention
- 11. Förderung von Selbsthilfegruppen und Kontakt- und Beratungsstellen

für Selbsthilfegruppen

12. Integrationshilfen für Kinder und Jugendliche ausländischer Mitbürger

und von Aussiedlerfamilien

13. Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege und andere gemeinnützige Organisationen für laufende Zwecke der Selbsthilfe (nehmen außerhalb des im Modellversuch zur Neustrukturierung der Förderung sozialer Hilfen im Landkreis Groß-Gerau/Kassel festgelegten Rahmens an der Kommunalisierung nicht teil).

Bestehende Landesrichtlinien für die Förderprogramme finden im Geltungsbereich der Rahmenvereinbarung keine Anwendung.

Der Modellversuch zur Neustrukturierung kommunaler Förderungen mit dem Landkreis Groß-Gerau und der Stadt Kassel geht in der neuen Rahmenvereinbarung auf.

E. Stellenabbau nach dem Zukunftssicherungsgesetz

Die Summe der Stellenabgänge aus den Stellenplänen und -übersichten beträgt 3 Stellen. Weiterhin wurden in den Stellenplänen und -übersichten zur Sicherstellung der Einsparvorgaben des Gesetzes über den Stellenabbau in der Landesverwaltung insgesamt 65,5 PVS-Vermerke ausgebracht.

F. Schwerpunkte des Mitteleinsatzes

Über die Aufgabenwahrnehmung der Dienststellen hinaus sind die relevanten Ausgaben für einzelne Förderungen im Kap. 08 06 veranschlagt. Gesetzliche und vertragliche Leistungen sind bei Kap. 08 05 nachgewiesen. Im Kap. 08 07 sind besondere Transferleistungen wie Kosten des Maßregelvollzugs und die Unfallkasse Hessen und Ausgaben bei der Wiedergutmachung veranschlagt.

Darüber hinaus werden bewirtschaftet:

Aus dem Kommunalen Finanzausgleich (Einzelplan 17)

- a) Das Kapitel 17 32 Zuweisungen aus der kommunalen Finanzausgleichsmasse im Bereich des Sozialministeriums soweit nicht bei Kap. 17 36 mit den Produkten:
- 1. Zuweisungen zu den Betriebskosten von Einrichtungen der Kinderbetreuung
- 2. Förderung von Modellprojekten in der Kinder- und Jugendhilfe und von Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung
- 3. Investive Förderung von Pflegeeinrichtung
- 4. Produkt zur Abfinanzierung der Investitionsförderung von Einrichtungen der Kinderbetreuung und des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe"
- b) Das Kapitel 17 36 Zuweisungen und Zuschüsse nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und dem Hessischen Krankenhausgesetz.

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 01

Ministerium

- 1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Titel 529 01 bis 529 04 und 545 01 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Titel 529 01 bis 529 04 und 545 01 sind gegenseitig deckungsfähig.
- Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 Satz 1 und 2.
 Davon ausgenommen sind Mehreinnahmen bei Titel 129 01. Mehreinnahmen bei Titel 129 01 erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 Satz 3.
- 3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
- 4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
- 5. 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 4 bis 6 können einer allgemeinen Rücklage (Titel 919 01), 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 7 und 8 einer Investitionsrücklage (Titel 919 02) zugeführt werden. Die Investitionsrücklage kann nur für investive Zwecke verwendet werden. Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.
- 6. Mehrausgaben bei Kap. 06 01 538 02 für die Prüfung der Eröffnungs- und Schlussbilanz sind durch Minderausgaben in den Hauptgruppen 4 6 auszugleichen.

Zu Kapitel 08 01:

Im Kap. 08 01 wurde die kaufmännische Buchführung zum 01.01.2003 eingeführt (vgl. Vorwort zum Einzelplan).

Das Kap. 08 25 -Ministerium- Landesjugendamt und Jugendbildungsstätten -kw- wurde aufgelöst. Die entsprechenden Haushaltsmittel und Stellen sind nach Kap. 08 01 umgesetzt. Die Ist-Zahlen 2003 berücksichtigen die für das haushaltsmäßig umgesetzte Personal geleisteten Ausgaben nicht.

Der User-Help-Desk in Frankfurt am Main wird weiterhin auch für den Bereich Veterinärverwaltung und das Staatl. Untersuchungsamt tätig sein. Anfallende Kosten werden erstattet (Siehe Titel 381 65).

Von den Ansätzen der HGr. 5 bis 8 sind für IT-Maßnahmen 1.466.800 Euro vorgesehen, davon 940.800 Euro für IT- Maßnahmen im Ministerium, 168.000 Euro für den User-Help-Desk und 358.000 Euro für zentrale IT-Maßnahmen (573.500 Euro wurden umgesetzt nach Kap. 08 48).

Im Rahmen der Neustruktuierung der Kapitel infolge der Bildung des Transferbuchungskreises 2720 (Kap. 08 05, 08 06 und 08 07) wurden folgende Verwaltungseinnahmen und -ausgaben nach Kap. 08 01 umgesetzt:

HGr. 1 =	0	€
HGr. 4 =	0	€
HGr. 5 =	248.200	€
HGr. 6 =	23.600	€
HGr. 9 =	93.600	€

Die landeseigene Liegenschaft "Villa Lilly" in Bad Schwalbach-Lindschied war bisher dem Ressortvermögen des Sozialministeriums (Kap. 08 29) zugeordnet. Zum 01.01.2005 wurde die Liegenschaft, die als Therapiedorf genutzt wird, auf das Hessische Immobilienmanagement übertragen. Gleiches gilt für die Liegenschaft "Haus der Heimat" in Wiesbaden, Friedrichstraße 35 (bisher Kap. 08 44). Mit dem Übergang dieser Liegenschaften auf das Hessische Immobilienmanagement ist keine Änderung des Verwendungszwecks vorgesehen.

Die Maßregelvollzugseinrichtung Hanau, Katharina-Belgica-Straße (ehemalige JVA Hanau) wurden infolge Auflösung des Kapitels 08 32 nach Kap. 08 01 umgesetzt. Eine Übertragung an den Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement soll zusammen mit den Liegenschaften des Justizressorts zum 01.01.2006 erfolgen. Die Einrichtung wird vom LWV betrieben.

EINNAHMEN

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

111 11 011 VEIWAILUIIQSEIIIIAIIIIEII	111 11	011 Verwaltungseinnahmen	12 500	12 000	39 512
--------------------------------------	--------	--------------------------	--------	--------	--------

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR
 Gefahrstoffwe Sicherheitste Röntgenwese 	Arbeitsschutz 1 000 EUR esen 10 000 EUR chnik — EUR en — EUR			
 Gentechnik . Arzneimittelw Allgemeine V 	neiten-VO — EUR — EUR /esen — EUR /erwaltungskosten 1 500 EUR 10 500 EUR			
	Verwaltungskosten, sonstige Entgelte	_		_
Erläuterungen: Benutzungsentge Bisher Kap. 08 30 Vgl. auch Titel 53				
	Geldbußen, Verwarnungsgelder und Zwangsgelder bei den Verwaltungsbehörden	_	_	_
119 01 011	Einnahmen aus Nebentätigkeit	_	500	_
	Einnahmen aus anderen privaten Mitbenutzungen staatlicher Einrichtungen	500	500	4 736
119 11 011	Einnahmen aus Aufträgen Außenstehender	_	_	2 326
	Aufträgen Dritter für die Inanspruchnahme von Personal, Einrichrial des Ministeriums.			
119 31 011	Einnahmen bei Veröffentlichungen	2 000	2 000	751
119 41 011	Rückzahlungen von Überzahlungen	1 000	1 000	17 638
119 46 011	Ersatzleistungen	500	500	13 692
119 51 011	Vermischte Einnahmen	500	500	32 114
n e u 129 01 011	Besondere Einnahmen von Dritten	_	_	_
	gen u.ä. für Maßnahmen (Veranstaltungen usw.) die aus den Titeln i29 03, 529 04 oder 545 01 bestritten werden.			
132 01 011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	_	_	_
	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	_	_	100

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
231 01 011	Sonstige Zuweisungen vom Bund	_	<u> </u>	· _
	attungen (Fahrtkosten, Tage- und Übernachtungsgeld) für Teil- igen in Bundesratsangelegenheiten.			
235 01 011	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes	_	_	· _
Erläuterungen:				
Förderleistungen lungen zur Alters	der Arbeitsverwaltung im Rahmen der tarifvertraglichen Regeteilzeitarbeit.			
235 02 011	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten		- <u>-</u>	_
235 08 011	Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit	_	. <u> </u>	61 785
Erläuterungen:	-			
Zuweisung der E	Bundesagentur für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im ßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. des Arbeitsförde-			
237 01 011	Sonstige Zuweisungen Dritter	_	- <u> </u>	
	Erstattungen von der Hessenstiftung "Familie hat Zukunft"	_	_	_
261 02 011	Verwaltungskostenerstattung durch Dritte	_	_	· _
271 01 011	Verwaltungskostenerstattungen aus dem Ausland	_	_	4 050
	attungen (Fahrtkosten, Tage- und Übernachtungsgelder) für Teil- igen in EU-Angelegenheiten.			
272 02 011	Zuschüsse von der EU	_	- <u>-</u>	50 656
Erläuterungen:				
Zuschüsse der E	U für Projekte im Bereich Arbeitsschutz.			
281 01 011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	_		-
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen			
359 01 951	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	_		_
Erläuterungen:				
	ermerk Nr. 5 zu Kap. 08 01. Destand siehe Titel 919 01.			
359 02 951	Entnahme aus der Investitionsrücklage	_		_
Erläuterungen:				
	ermerk Nr. 5 zu Kap. 08 01. Destand siehe Titel 919 02.			
381 02 991	Zuführung aus Kap. 03 01 - 981 33	_		20 000
Erläuterungen:				

Zuführung aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesverwaltung.

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
n e u				
381 04 991	Zuführung von Personalverstärkungsmitteln	_	_	_
Erläuterungen: Zuführung für Pe	rsonalgestellung im Rahmen der NVS.			
381 63 991	Zuführung aus Kap. 09 01 - 981 03	20 000	45 100	21 105
schutz (HMULV) HSM durch die untergebrachten	Hess.Ministerium für Umwelt, ländlicher Raum und Verbraucher- für die Ausgaben der Nutzung der zentralen Fahrbereitschaft des in den Dienstgebäuden Hölderlinstraße und Dostojewskistraße Bereiche des HMULV. Auszug von Teilen des HMULV aus der Hölderlinstraße.			
381 64 991	Zuführung aus Kap. 03 14	_	97 900	97 900
	noch vom Regierungspräsidium Darmstadt -Landesgewerbearzt - e im Gebäude Dostojewskistraße 4.			
381 65 991	Zuführung aus Kap. 09 01 - 981 04	_	_	_
Erläuterungen: Erstattungen vom	n HMULV für den gemeinsam genutzten UHD.			
381 66 991	Zuführung aus Kap. 09 01 - 981 05	_	_	_
	elefongebühren für den in der Hölderlinstraße und Dostojewskiachten Teil des HMULV.			
381 67 991	Zuführung aus Kap. 03 14	_	_	_
fenden Geschäft	Regierungsspräsidium Darmstadt - Landesgewerbearzt für lausbedarf wie Telefongebühren, Kopierer, sonstiges Material usw. nspruchnahme der zentralen Fahrbereitschaft des HSM.			
	Weggefallene Titel			
381 01 991	Zuführung aus Kap. 17 02 - 981 72	_	_	_
Erläuterungen: Der Titel für Zufü tigt.	hrungen von der Personalentwicklungsbörse wird nicht mehr benö-			
	Gesamteinnahmen Kapitel 08 01	37 000	160 000	366 363

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Personalausgaben			
412 02 011 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	16 000	16 000	6 944
Erläuterungen: Entschädigungen für Mitglieder der Einigungsstelle und Aufwandsentschädigung für die/den Beauftragte/n der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Die Aufwandsentschädigung für die/den Beauftragte/n der Hessischen Landesregierung wird monatlich ausgezahlt. Aus den Mitteln können auch Entschädigungen anläßlich der Durchführung von Sozialwahlen sowie für Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses einschließlich der Fachausschüsse und Kommissionen sowie des Integrationsbeirates (bisher Kap. 08 44 - 412 82) geleistet werden.			
421 01 011 Amtsbezüge der Ministerin - Laufende Zahlungen Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 2.147 EUR.	142 000	142 000	128 749
Erläuterungen: 1. Amtsbezüge			
422 01 011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Laufende Zahlungen	10 085 000	9 960 000	9 073 132
Erläuterungen: 1. Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen			
422 02 011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Einzelzahlungen	2 800	1 700	2 147
Erläuterungen: 1. Übergangsgelder. — EUR 2. Sondervergütungen. — EUR 3. Nachversicherung ausscheidender Beamter — EUR 4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen — EUR 5. Ehrengaben. 2 800 EUR Zusammen 2 800 EUR Umgesetzt 1.100 Euro von Kap. 08 25 - 422 02.	2000		2
422 41 011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Leerstellen	_	_	_
425 01 011 Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen	11 460 400	10 800 000	11 021 417

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR
wirksame Le cherung, Au versicherung 2. Aufwandsen 3. Überstunden 4. Besondere Z Zusammen	, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögensistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversifwendungen des Arbeitgebers zur Zusatz			
425 02 011	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen	3 800	3 500	5 900
Erläuterungen:				
 Ehrengaben Übergangsge Sondervergü Zulagen und Zusammen 	3 800 EUR elder, Abfindungen. — EUR tungen. — EUR Aufwandsentschädigungen — EUR 3 800 EUR			
Umgesetzt wurde	en 300 Euro von Kap. 08 25 - 425 02.			
425 41 011	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen	_	_	_
	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter -Laufende Zahlungen	764 300	595 000	588 611
same Leistur rung, Aufwer cherung 2. Aufwandsent 3. Lohn für Meh Zusammen Umgesetzt wurde Kap. 08 44 - 426 Hausmeisterstelle	vendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirknigen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversichendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversitschaften des Arbeitgebers zur Zusatzversitschaften des Arbeitgebers zur Zusatzversitschaften des Arbeitgebers zur Zusatzversitschaften des EUR der Stehn der Geber des Arbeit und Überstunden, Zeitzuschläge der Geber des Arbeit und Überstunden, Zeitzuschläge der EUR der Haub der Von Kap. 08 25 - 426 01 und 38.300 Euro von 72. Die Mittel für die von Kap. 08 44 umgesetzte Stelle betrifft die der beim Haus der Heimat in Wiesbaden. Eine Umsetzung der Stelle satz zum Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement ist in International der Geber de			
426 02 011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen	300	300	843
 Übergangsge Zulagen und 				
426 03 011	Löhne der ständigen nichtvollbeschäftigten Kräfte	102 000	54 000	64 672
Erläuterungen: Vergütungen für höchstens 339 A	teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit zusammen rbeitsstunden je Woche. en 26.000 Euro von Kap. 08 25 - 426 02 und 22.000 Euro von Kap.			
426 41 011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen	_	_	_
	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	_	_	240 076

	Winisterium			
Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
	lltsstelle können auch Zahlungen an Personen für Zuarbeiten für ftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler gezahlt werden.			
427 02 011	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten und Volontäre	4 500	4 500	_
Erläuterungen: Darin enthalten s	sind auch Vergütungen für 2 Praktikanten/innen.			
	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	_	_	44 649
	Entschädigungen nebenamtlicher Ausbilder und Prüfer des Personals im Bereich Arbeitsschutz	500	500	_
	ngen für Mitglieder des Prüfungsausschusses der Großen Staats- irter des höheren techn. Dienstes in der Arbeitsschutzverwaltung.			
	Trennungsgeld abgeordneter, versetzter oder eingestellter Bediensteter; Umzugskostenvergütungen	30 400	18 400	9 271
Erläuterungen: Umgesetzt wurde	en 12.000 Euro von Kap. 08 25 - 453 01.			
	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens/ Ideenmanagements in der Hessischen Landesverwaltung	_	_	_
	en Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätzmie gewährt.			
461 01 981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	_	_	_
	Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst			
	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1 016 600	1 055 600	934 865
degebühren mit den in Frankfur berücksichtigt. V Umgesetzt werde 13.000 Euro nach	Zahlungen an das Hess. Immobilienmanagement (HI) für Fernmel-2.800 Euro für Dostojewskistr.4, Wiesbaden, und 3.200 Euro für tam Main, Adickesallee 36, untergebrachten User-Help-Deskergl. Erläuterungen zu Kap. 06 13. en für IT-Maßnahmen h Kap. 08 48 - 511 01 (RP Darmstadt) h Kap. 08 48 - 511 01 (RP Gießen)			
für IT-Maßnahme	en für IT-Maßnahmen Ministerium			
	Haltung von Fahrzeugen	60 000	75 000	50 318
514 02 011	Dienst- und Schutzkleidung	500	500	169

	Mini	ısteriui	m			
Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMU	N G		Ansatz	Ansatz	IST
Funkt	ERLÄUTERUNGEN			2005	2004	2003
Kennziffer				EUR	EUR	EUR
Erläuterungen:						
	erhaltung von Schutzkleidung für Kraftfahrengsdienst sowie für Ärzte und ärztliches Hilf					
514 03 011 Verb	rauchsmittel			53 500	53 500	48 191
Erläuterungen: nsbesondere IT-Beda	urf.					
Für IT-Maßnahmen Us	inisteriumser-Help-Deskhmen des Geschäftsbereichs		6 000 EUR 7 500 EUR — EUR			
517 01 011 Bew	irtschaftung der Grundstücke, Gebäude	e und R	äume	828 000	807 800	860 788
	-	auten	eubauwerte Neu- bzw. Umbauten (nach 1994)			
LAGE		Mark	(nach 1994) Mark			
Maßregelvollzugseinricht 2	ung in Hanau, Katharina-Belgica-Str. 2.207	7.300	_			
Summe davon 12 v.H.		7.300 4.900				
davon 5 v.H.			•			
Landeswohlfahrtsverb Die Maßregelvollzugs nach Kapitel 08 01 um Immobilienmanagmen 1. Heizstoffe 2. Bewirtschaftungsk Frankfurt, Adickes 3. Bewirtschaftungsk	633 berücksichtigt, da die Verwaltung der and übertragen wurde. einrichtung wurde infolge der Auflösung ongesetzt. Eine Übertragung an den Landeslit ist zum 01.01.2006 beabsichtigt. costen an HI für den User-Help-Desk in sallee 36.	des Kapi betrieb F 2	tels 08 32 Hessisches — EUR 6 000 EUR 9 000 EUR			
	an HI (Dostojewskistr. 4) tschaftskosten		8 000 EUR 5 000 EUR			
			8 000 EUR			
Vergleiche Erläuterun						
Umsetzung von 3.700 Adickesallee 36).	Euro nach Kap. 08 48 - 517 01 (RP Gie	eßen für	Frankfurt,			
	en und Pachten für Grundstücke, me			2 054 000	2 133 600	2 231 231
Erläuterungen:						
Es sind veranschlagt: Für Zahlungen an da (HI) für Dostojewskistr	as Hessische Immobilienmanagement . 4, Wiesbaden	1 91	2 000 EUR			
Main, Adickesallee 36 Für Miete Außenstelle	ür den User-Help-Desk in Frankfurt am		8 900 EUR 2 000 EUR			
Für einmalige Anmie	zu Kap. 17 04 - ATG 80. tungen (u.a. auch für Sitzungen des bisher bei Kap. 08 44 - 518 82)		1 100 EUR			
-	0 Euro nach Kap. 08 48 - 518 01 (RP Gi					
Adickesallee 36).		-	,			

			т		
Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG		Ansatz	Ansatz	IST
Funkt	ERLÄUTERUNGEN		2005	2004	2003
Kennziffer			EUR	EUR	EUR
518 02 011	Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge		139 700	144 700	140 636
Erläuterungen: Mieten für Fotoko	opiergeräte, Hochleistungskopierer, usw. sowie Kfz - Le	easingraten.			
		· ·			
	en für zentrale IT-Maßnahmen des Geschäftsbereichs T-Maßnahmen von 5.000 Euro nach Kap. 08 48 -				
	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anl	agen	5 000	25 000	2 696
Erläuterungen:	Außenstelle Kassel	5 000 FUD			
vorgesenen für A	Auisenstelle Rassel	5 000 EUR			
Umsetzung für IT	-Maßnahmen 20.000 Euro nach Kap. 08 48 - 511 01 (RP Gießen).			
525 61 011	Aus- und Fortbildung		358 500	477 000	319 920
Erläuterungen:					
	ehrgänge, Laufbahnprüfungen	73 000 EUR 255 500 EUR			
	en und ähnliche Veranstaltungen	30 000 EUR			
	ortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschu-	FUD			
	skräften	— EUR 358 500 EUR			
240411111011 1111		ooo ooo Lorr			
Für IT-Maßnahm	sind vorgesehen: en im Bereich Arbeitsschutz en Ministerium en für den User-Help-Desk	20 000 EUR 93 500 EUR 7 500 EUR			
	laßnahmen des Geschäftsbereichs 0,- Euro.	7 300 LUK			
Umgesetzt wurde 7.900 Euro nach 30.500 Euro nach	en für IT-Maßnahmen Kap. 08 48 - 525 61 (RP Darmstadt) h Kap. 08 48 - 525 61 RP Gießen) Kap. 08 48 - 525 61 (RP Kassel)				
Und für übriae A	us- und Fortbildungskosten einschl. Umlage Verwaltu	nasschulver-			
band, Ausbildung 6.000 Euro nach 63.500 Euro nach	gslehrgänge und Kosten der Ausbildung : Kap. 08 48 - 525 61 (RP Darmstadt) n Kap. 08 48 - 525 61 (RP Gießen) Kap. 08 48 - 525 61 (RP Kassel)	3			
526 01 011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		81 000	89 800	19 884
Erläuterungen:					
	he Untersuchungen, Führungszeugnisse	— EUR			
	digenentschädigungen, Schätzgebühren zungskosten	51 000 EUR			
3. Gerichts-, Ar	nwalts-, Vollstreckungs- und andere Partei-				
	iskus	30 000 EUR — EUR			
		81 000 EUR			
für Angelegenhei	oersetzungskosten u.ä. bei Maßnahmen mit Partnerre ten des Integrationsbeirates (bisher Kap. 08 44 - 526 8 I .000 € von Kap. 08 30 - 526 01.				
527 01 011	Reisekosten		206 000	197 200	216 472

	Ministerium			
Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
- TOTHIZHIO		LOIL	LOIX	
	n auch für Maßnahmen aus dem Geschäftsbereich und für Sit- grationsbeirates (bisher bei Kap. 08 44 - 527 82) Verwendung			
529 01 011	Verfügungsmittel	8 000	8 000	3 140
	nlichen Aufwand in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind im Einen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.			
	Verfügungsmittel für Zwecke der Sozialhilfe, Jugendhilfe und Familienförderung	7 000	7 000	4 300
	inlichen Aufwand in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind Ein- en. Ein pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. 18 20 - 529 01.			
	Zur Verfügung der Ministerin für allgemeine Zwecke des öffentlichen Gesundheitsdienstes	7 000	7 000	503
	nlichen Aufwand in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind im Einen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. 8 30 - 529 01.			
529 04 011	Verfügungsmittel für Bewirtungskosten	20 000	20 000	6 190
insbesondere an	estimmt für dienstlich veranlasste, sachangemessene Bewirtungen, lässlich der Einweihung von Dienstgebäuden, dem Wechsel von al oder im Rahmen von Sitzungen und Tagungen.			
	Veröffentlichungen	293 800	278 800	218 266
2. Öffentlichkeir 3. Technische 4. Andere Verö 5. Briefliche Alt Zusammen Für Veröffentlicht von 08 45 - 531 (von 08 46 - 531 (von 08 47 - 531 (Darüber hinaus state of the control	21 3.000 Euro 21 5.000 Euro sind 12.800 Euro vorgesehen für den Jahresbericht Arbeitsschutz. können auch Veröffentlichungen des Integrationsbeirates (bisher			
bürger und Mitbü	rgerinnen durch die Briefliche Altenberatung (s. Nr. 5).			
	Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	2 000	2 000	_

	Williste	i idiii			
Kapitel			Ansatz	Ansatz	IST
Titel	Z W E C K B E S T I M M U N G E R L Ä U T E R U N G E N	6	2005	2004	2002
Funkt Kennziffer	ERLAUTERUNGEN		2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
			l.		
Erläuterungen: Umgesetzt von K schutz und Sozia	ap. 08 02 - 533 01 für Aufklärungsmaßnahmen im B Ipolitik; Kosten für Verträge, Veranstaltungen u.ä.	ereich Arbeits-			
537 02 011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u	.ä	5 000	5 000	1 009
538 01 011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen		1 102 500	1 156 500	533 308
Erläuterungen:					
fachlichen Weite auch für Maßnah zeiten Für IT-Maßnahm Für IT-Maßnahm Für zentrale IT-	Untersuchungen und Laborleistungen zur rentwicklung im Bereich Arbeitsschutz u.a. men zur Überprüfung von Lenk- und Ruhe- en Ministerium en für den User-Help-Desk Maßnahmen des Geschäftsbereiches ein- vernment	142 000 EUR 392 300 EUR 75 000 EUR 358 000 EUR			
	en n Epl. 03 zur Einführung von E-Government in der	Landesverwal-			
	n Kap. 08 48 - 538 01 (RP Darmstadt) für IT-Maßnah ch Kap. 08 48 - 538 01 (RP Gießen) für IT-Maßnahm				
	Hessischer Gesundheitsbericht		25 600	25 600	_
Beschluss der 64	die Erarbeitung eines Gesundheitsberichtes für H 4. Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständ bren/innen der Länder vom 24./ 25. Oktober 1991. 5 538 02.				
538 03 314	Hessischer Rettungsdienstplan		15 000	15 000	_
	ng des Rettungsdienstplans nach § 3 HRDG. 8 30 - 538 79. Vgl. auch Titel 111 12.				
538 04 314	Hessischer Krankenhausplan		29 700	29 700	1 533
	es Hessischen Krankenhausplans nach § 6 Kranke erbindung mit §§ 17/18 des Hessischen Krankenhau) - 538 04.				
	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen in Altenhilfe		40 000	40 000	39 000
Erläuterungen: Für das Modellvo schaftlicher Stud auf dem Gebiet d Gemäß vertraglie	orhaben "Geriatrische Rehabilitation" sowie zur Erst ien und Durchführung wissenschaftlicher Begleitur er Altenhilfe. cher Vereinbarung tragen der Bund und das Lan nschaftlichen Begleitforschung je zur Hälfte.	ellung wissen- ntersuchungen	.5 550	.5 550	23 333
	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen onsbereich	-	50 000	50 000	1 376

	Ministerium			
Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
berufen. Insbesor	ng mit einer neuen Integrationskultur wurde ein Integrationsbeirat ndere vorgesehen für Hearings und Gutachten. Aus den Mitteln der für erforderliche Bewirtung gezahlt werden.			
545 01 011 A	Aufwendungen der Landesregierung	11 900	11 900	3 401
	n ist der außergewöhnliche Aufwand für Empfänge und Veranstallicher Veranlassung zu bestreiten 545 01.			
546 01 011 \	Vermischter Sachaufwand	1 900	2 400	589
buchende Ausgab	en sonstigen Titeln der sächlichen Verwaltungsausgaben zu ben und zum Ausgleich etwaiger Kassenfehlbeträge, soweit ein Dritte nicht in Betracht kommt.			
Davon vorgeseher	n für:			
Umsetzung von (Gießen).	500 Euro für IT-Maßnahmen nach Kap. 08 48 - 546 01 (RP			
	en Ministerium			
547 01 011 N	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	_	_	873
Gesundheitsvor- u	n nicht zuordenbare Aufwendungen im Zusammenhang mit der und -fürsorge für Kinder und Jugendliche (bisher bei Kap. 08 30 - Integrationsbeirates (bisher Kap. 08 44 - 547 82) sind hier nach-			
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
671 01 314 E	Erstattungen an Sonstige im Inland	_	_	236
	freiberuflich tätige Hebammen für Aufwendungen für Tests und ennnung der Mukoviszidose und anderen Stoffwechselerkran- - 671 73.			
681 05 011 5	Schadensersatzleistungen aus Leasingverträgen	_	_	_
Erläuterungen: Der Titel ist vorsor	rglich ausgebracht.			
	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	29 800	29 800	26 596

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

Er	läuterungen:	:
----	--------------	---

L116	auterungen.		
Jah	resbeiträge an:		
1.	Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit, Düs-		
	seldorf	1 300	EUR
	Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V., Bonn	1 200	EUR
3.	Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V., Düssel-		
	dorf	200	EUR
4.	Aktion "Das sichere Haus" e.V., München	700	EUR
	Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter e.V., Mün-		
	chen	1 200	EUR
6.	Deutsches Institut für Normung e.V., Berlin		EUR
	Deutscher Sozialrechtsverband e.V., Essen		EUR
	Internationale Vereinigung für Arbeitsinspektion, Genf		EUR
	Gesellschaft Arbeit und Ergonomie e.V., Frankfurt am	000	
-	Main	300	EUR
10.	Arbeitsgemeinschaft bevölkerungsbezogener Krebsregi-	000	
	ster Deutschlands	100	EUR
11.	Mitgliedsbeitrag an die Forschungsgesellschaft für das	100	
	Weltflüchtlingsproblem (bisher bei Kap. 08 44 - 684		
	02)	200	EUR
12	Jahresbeitrag an das Deutsche Institut für Jugendhilfe	200	LOIX
12.	und Familienrecht (bisher Kap. 08 20 - 686 01)	1 400	FLIR
13	Internationale Gesellschaft für Heimerziehung, Frankfurt	1 400	LOIX
	am Main (bisher Kap. 08 24 -68 01)	300	EUR
14	Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz	300	LOIX
	(bisher Kap. 08 24 - 686 01)	100	EUR
15	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) (bisher Kap.	100	LOIN
10.	08 24 - 686 01)	3 800	FLID
16	Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, Bonn	3 000	LUIX
10.	(bisher Kap. 08 24 - 686 01)	800	EUR
17	Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung der Viruserkran-	000	LUIX
17.	kungen e.V., München (bisher Kap. 08 30 - 686 01)	3 900	FLID
18	Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit/Jugend-	3 900	LUIX
10.	zahnpflege in Hessen, Frankfurt am Main (bisher Kap.		
	08 30 - 686 01)	7 700	ELID
10	Bundesvereinigung für Gesundheit, Bonn (bisher Kap.	7 700	LUK
13.	08 30 - 686 01)	200	EUR
20	Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberku-	200	LUK
20.	lose e.V.; Berlin (bisher Kap. 08 30 - 686 01)	1 700	ELID
21	Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe e.V. (AFET);	1 700	EUK
۷1.	Hannover (bisher Kap. 08 24 - 686 71)	3 500	ELID
_			
Zus	ammen	29 800	EUR
<i>7</i> u	JT Der auf die Länder entfallende Mitgliedsbeitrag wird	iährlich aufgrund	des

Zu UT Der auf die Länder entfallende Mitgliedsbeitrag wird jährlich aufgrund dessog. "Königsteiner Schlüssels" ermittelt.

Baumaßnahmen

Erläuterungen:

Umsetzung zu Kap. 18 08 - 711 01 .

Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)

811 01 011 Erwerb von Kraftfahrzeugen...... — — — — — — — — —

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR
	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	62 500	238 500	36 083
Umsetzung für IT nach Kap. 08 48	lie Ersatzbeschaffungen, Ausstattungen und IT-Maßnahmen. -Maßnahmen: - 812 02 (RP Darmstadt) 40.000 Euro - 812 02 (RP Gießen) 136.000 Euro			
Vorgesehen für				
	en Ministerium			
812 13 011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	_	_	316 264
812 35 011	Erwerb von Fachgeräten	_	_	_
	Besondere Finanzierungsausgaben			
919 01 951	Zuführung an die allgemeine Rücklage	_	_	1 517 807
	rmerk Nr. 5 zu Kap. 08 01. etrug die Rücklage 1.682.625,26 EUR.			
919 02 951	Zuführung an die Investitionsrücklage	_	_	_
	rmerk Nr. 5 zu Kap. 08 01. etrug die Rücklage 369.788 Euro.			
981 01 991	Abführungen an Kap. 07 02 - 381 01	_	_	28 121
der Dienstleistun im Rahmen des	tungen an die Investitions-Bank Hessen AG (IBH) zur Verstärkung gsvergütung bei Kap. 07 02 - 671 01 insbesondere für Leistungen Hess. Gesundheitsberichtes und des Krankenhausplanes sowie beirates (bisher Kap. 08 30 - 981 01 und Kap. 08 44 - 981 82).			
981 03 991	Abführung an Kap. 02 03 - 381 01	93 600	72 000	71 716
Rahmen jugendä	wertung der durch die Gesundheitsämter erhobenen Befunde im årztlicher Untersuchungen sowie der Säuglingssterblichkeit durch tatistische Landesamt (HSL). Bisher Kap. 08 30 - 981 73.			
n e u 981 04 991	Abführung von Personalausgaben	_	_	_
Erläuterungen: Abführung für nic	ht erbrachte Personalbeistellung im Rahmen der NVS.			
981 63 991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts	_	_	_
Erläuterungen:				
Für die vom HC0	C für Anwender angebotenen Schulungen im Zusammenhang mit			

Für die vom HCC für Anwender angebotenen Schulungen im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und SAP R/3 sind einheitliche Teilnehmergebühren zu entrichten, die im Wege der haushaltstechnischen Verrechnung an Kap. 06 16 - 381 63 abzuführen sind.

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Alloatz	Alloatz	101
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR
989 01 991	Zwischenbehördliche Leistungsverrechnung	127 000	95 300	79 600
Erläuterungen:				
für die Personala	abrechnung der HBS 79 500 EUR 47 500 EUR			
	127 000 EUR			
Mehr für Entgelt	an das HCC 28.300 Euro und für HBS 3.400 Euro.			
	-			
	Gesamtausgaben Kapitel 08 01	29 347 100	28 755 100	28 901 490
Abso	chluss Kapitel 08 01			
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	_	_	_
1	Eigene Einnahmen	17 000	17 000	110 867
2	Übertragungseinnahmen	_	_	116 491
	Vermögenswirksame und besondere			
	Finanzierungseinnahmen	20 000	143 000	139 005
Gesa	mteinnahmen	37 000	160 000	366 363
4	Personalausgaben	22 612 000	21 595 900	21 186 411
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	6 422 200	6 718 600	5 638 657
	Ausgaben für den Schuldendienst	_	_	_
6	Übertragungsausgaben	29 800	29 800	26 832
7	Baumaßnahmen	_	5 000	_
8	Sonstige Investitionsausgaben	62 500	238 500	352 347
9	Besondere Finanzierungsausgaben	220 600	167 300	1 697 244
Gesa	mtausgaben	29 347 100	28 755 100	28 901 490
Zusc	huss/Überschuss	-29 310 100	-28 595 100	-28 535 128

Kapitel 08 01 Buchungskreisnummer 2700 Hessisches Sozialministerium

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 €-

		Soll 2005					
Nr.	Produkte	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	
1	Produkt 1 Normsetzung	-	-	-	-	-	
2	Produkt 2 Fach- und Vollzugssteuerung	Dia K			do =o 04 0	7 2002	
3	Produkt 3 Politikgestaltung und -vermittlung		•	echnung wur			
4	Produkt 4 Initiativen und Anfragen aus dem Parlament		eingeführt, Einzelangaben sind noch nicht möglich. Ein Produkthaushalt wird für 2008 aufgestellt				
5	Produkt 2.1 Chancengleichheit von Frauen und Männern			gung für alle l ts HMdIuS, H			
6	Produkt 3.1 Betrieblicher Arbeitsschutz		racillessor		IIVIVV V L, MIVI	OLV una	
7	Produkt 3.2 Produktsicherheit			HSM).			
8	Produkt 3.3 Soziale Arbeitsbeziehungen						
9	Produkt 4.1 Arbeit / Arbeitsmarkt					1	
10	Produkt 4.2 Soziale Sicherung						
	Produkt 4.3 Teilhabe behinderter Menschen und soziale Entschädigung			eschluss vor			
	Produkt 6.1 Aufnahme, Unterbringung und Integration der Zuwanderer und ihrer Familien		modifizierten Gesamtbudget sind die Produkte des nachgeordneten Bereiches beim Fachministerium = Kap. 08 01 dargestellt.				
	Produkt 6.2 Aufnahme und Unterbringung der nach Hessen verteilten Flüchtlinge						
	Produkt 6.3 Abwicklung der Kriegs-, Teilungs- und NS- Folgen sowie Pflege der ostdeutschen Kultur						
	Produkt 7.1 Kinder- und Jugendhilfe	-	-	-	-	-	
	Produkt 7.2 Hilfen für Familien und Seniorinnen und Senioren Produkt 7.3 Heimaufsicht, Beratung für Seniorinnen und	-	-	-	-	-	
	Senioren in Alten- und Pflegeheimen Produkt 8.1 Gesundheitsschutz						
	Produkt 8.2 Prävention						
20	Produkt 8.3 Medizinische Versorgung		_	_	-	-	
21	Produkt 8.4 Gesundheitsberufe	-	-	-	-	-	
22	Produkt 8.5 Arzneimittelsicherheit						
	Summe	1	-	-	-	-	
				Soll 2005			
Nr.	Zwischenbehördliche Leistungen	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	
1	Zwischenbehördliche Leistung 1	-	-	-	/	-	
2	Zwischenbehördliche Leistung 2	-	-	-	/	-	
	Summe	I	-	-	1	-	
	Insgesamt	1	-	-	-	-	

Kapitel 08 01 Buchungskreisnummer 2700 Hessisches Sozialministerium

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 €-

				- Beträge ir	11.000 €-				
		Soll 2004			Ist 2003				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
	-	-	-	-	-	-	-	-	
_	-	_	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	_	_	-	-	-	_	-	_	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	-	-	-	1	-	-	-	-
		Soll 2004	l	l		1	lst 2003		
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
-	-	-	/	-	-	-	-	/	-
_	-	-	/	-	-	-	-	/	_
			,					,	
1	-	-	1	-	1	-	-	1	-
1	-	-	-	-	1	-	-	-	-

Kapitel 08 01 Buchungskreisnummer 2700 Hessisches Sozialministerium E r f o l g s p l a n

			Soll 2005	Soll 2004	lst 2003
		Bezeichnung	EUR	EUR	EUR
Po	s. VKR				
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	12.500	12.000	45.887
	500-509	Umsatzerlöse	-	-	6.375
	548-549	Kostenersätze und Erstattungen	-	-	-
	510-513	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit	12.500	12.000	39.512
	514-518	sonstige Erträge	-	-	-
	519	Erlösminderungen	-	-	-
2	520-524	Bestandsveränderungen	-	-	-
3	525-529	aktivierte Eigenleistungen	-	-	-
4	530-538	Sonstige betriebliche Erträge	4.500	5.000	130.814
		Betriebsertrag	17.000	17.000	176.701
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	437.500	520.800	361.410
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	60.000	75.000	50.318
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	-	-	-
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	267.900	327.400	250.764
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	42.600	42.600	33.500
	610-615, 617,619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	67.000	75.800	26.828
	618	Aufwandsberichtigungen (Skonti etc.)	-	-	-
6	620-649	Personalaufwand	22.561.500	21.557.700	21.163.452
	620-626	Löhne	875.300	649.000	653.283
	627-629	Gehälter	11.456.400	10.805.000	11.306.142
	630-638	Bezüge	10.229.800	10.103.700	9.204.027
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	-	-	-
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-	-	-
7	660-667	Abschreibungen	452.500	633.500	702.347
8	650-659, 670-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.895.600	6.043.100	5.156.474
	650-659	Sonstige Personalaufwendungen	395.000	501.200	335.934
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	4.542.100	4.607.200	3.990.553
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	928.700	904.900	803.391
	690-696	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen	29.800	29.800	26.596
	700-709	Betriebliche Steuern	-	-	-
		Betriebsaufwand	29.347.100	28.755.100	27.383.683
		Eigenergebnis	-29.330.100	-28.738.100	-27.206.982

Kapitel 08 01 Buchungskreisnummer 2700 Hessisches Sozialministerium E r f o l g s p l a n

9	540-543, 545-547	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	20.000	143.000	139.005
9a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	29.310.100	28.595.100	28.535.128
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	29.330.100	28.738.100	28.674.133
11	710-719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	-	-
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Leistungstransfers	0	0	0
		Steuer- und Leistungsergebnis	29.330.100	28.738.100	28.674.133
		Verwaltungsergebnis	0	0	1.467.151
		Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und			
13	560-569	Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_	-	-
		Finanzertrag	0	0	0
		Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des			
15	740-749	Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden	_	_	_
		Abgängen			
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_	-	-
		Finanzaufwand	0	0	0
		Finanzergebnis	0	0	0
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	1.467.151
	539,	Außerordentliche Erträge, Ennahme aus Rücklagen, Erträge			
17	590-599	aus Verlusrübernahme, periodenfremde Erträge	-	-	50.656
		Außerordentlicher Ertrag	0	0	50.656
	668 - 669,	Außerordentlicher Aufwand, Einstellungen in Rücklagen,			_
18	•	Aufwand aus Gewinnabführungen, periodenfremde	_	_	1.517.807
	790-799	Aufwendungen			
		Außerordentlicher Aufwand	0	0	1.517.807
		Außerordentliches Ergebnis	0	0	-1.467.151
		(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für			
19	580-589	Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		= Transferzuwendungen	0	0	0
20					
	780-780	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und	_	_	_
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	-	-	-
20	780-789		- 0	- 0	- 0
20	780-789	Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	0 0	0 0	0
20	780-789	Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben = Transferzahlungen			
		Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben = Transferzahlungen = Transferergebnis = Neutrales Ergebnis	0	0	0
21	780-789	Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben = Transferzahlungen = Transferergebnis	0	0	0

Kapitel 08 01 Buchungskreisnummer 2700 Hessisches Sozialministerium F i n a n z p l a n

VKR	Bezeichnung	Plan 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
Mittelverwen	dung			
	mat. Werte, Geschäftsbetrieb	-	-	-
000-049 Aus	sstehende Einlagen, immat. VG	-	-	-
Invest. in Gru	undstücke, Gebäude, Infrastruktur	-	-	-
	undstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastr., astruktur im Bau	-	-	-
	in Anlagen, Maschinen, BGA	452.500	633.500	702.347
070-089, 090, 095 Anl	agen, Maschinen, BGA, einschl. Anzahlungen und Anlagen im Bau	452.500	633.500	702.347
	in Finanzanlagen	-		
100-169 Bet	teiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	-	-	-
Mittelverwend	dung zusammen	452.500	633.500	702.347
Mittelherkun	ft			
oo der	erung teil AfA aus Produktabgeltung lfd. Jahr / Abschreibungen im Jahr Beschaffung flösung kam. Rücklage und nicht rückz. Zuw. für Investitionen	452.500 -	633.500	702.347 -
Fremdfinanz	ieruna			
490 Zug	gang Verb. gegenüber dem Bund (aus rückz. Zuführungen für estitionen)	-	-	-
₄₀₀ Zug	gang Verb. gg. Land (aus rückz. Zuführungen für Investitionen) gang Verb. gg. anderen Ländern (aus rückz. Zuführungen für estitionen)	-	-	-
Inve	gang Verb. gg. Gemeinden (aus rückz. Zuführungen für estitionen)	-	-	-
Zug	gang Verb. gg. EU und anderen öffentl. Einrichtungen (aus rückz. ührungen für Investitionen)	-	-	-
485 Zuç	gang Verb. gg. andere (aus rückz. Zuführungen für Investitionen)	-	-	-
Deckungsmit	tel zusammen	452.500	633.500	702.347

Überleitungsrechnung für das Jahr 2005

	Plan 2005 EUR	Plan 2004 EUR	Ist 2003 EUR
Produktabgeltung It. Erfolgsplan	29.310.100	28.595.100	28.535.128
+ Investitionen It Finanzplan	452.500	633.500	702.347
- Abschreibungen aus rückzahlbaren Zuführungen lt. Erfolgsplan	-452.500	-633.500	-702.347
- Neutrales Ergebnis	-	-	-
- Entnahmen aus Rücklage	-	-	-
- Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträger			
Kameraler Zuschuss	29.310.100	28.595.100	28.535.128

Kapitel 08 05 / Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen Wirtschaftsplan (Fördermittelbuchungskreise)

A. Vorbemerkungen

Bei Kapitel 08 05 sind insbesondere Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die in Ausführung bundes- oder landesgesetzlicher Reglungen oder aufgrund

- Bund/Ländervereinbarungen,
- Staatsverträgen,
- Verwaltungsabkommen mit anderen Ländern,
- Rahmenvereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden,
- und sonstigen vertraglichen Vereinbarungen zu leisten sind.

Die entsprechenden Mittel waren bisher in den Kapiteln 08 02, 08 10, 08 20, 08 21, 08 22, 08 24, 08 30, 08 44, 08 46 und 08 47 etatisiert.

Leistungen zur Umsetzung des Maßregelvollzugs, der Wiedergutmachung und Leistungen zur Sicherung der jüdischen Friedhöfe sowie Zahlungen des Landes an die Unfallkasse Hessen sind bei Kap. 08 07 veranschlagt.

Die einzelnen Produkte ergeben sich aus dem beigefügten Leistungsplan.

B. Bewirtschaftungsvermerke

1. Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach §§ 7 a und 71 a LHO und den dazu ergangenen Vorläufigen Regelungen.

Produktbezogene Rückzahlungen aus Leistungen des laufenden Jahres erhöhen die jeweiligen Ausgabeermächtigungen.

Rücklagen dürfen mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums der Finanzen produktbezogen gebildet werden.

Vorgriffe gem. § 37 Abs. 6 LHO gehen nicht zu Lasten von Rücklagen.

2. Leistungsplan

Hinsichtlich der im Leistungsplan ausgewiesenen Produkte ist Nr. 6.5 der VV zu § 7 a LHO zu beachten, soweit förderproduktbezogene Regelungen bzw. Bewirtschaftungsvermerke nichts anderes bestimmen.

Für die Rückzahlung gewährter Darlehen in Höhe von 50.000 Euro in 2005 wurden keine Produkte gebildet. Diese Einnahmen sind nicht im Leistungsplan enthalten. Die Darstellung erfolgt ausschließlich im kameralen Teil und im Erfolgsplan.

	In 1.000 Euro					
	2005	2004	2003			
Produktabgeltung laut Leistungsplan	179.973	186.934	200.232			
Darlehensrückflüsse aus Darlehen an Bewerber für den öffentl. Gesundheitsdienst und aus Eingliederungsdarlehen nach Flüchtlingshilfegesetz						
bei Kap. 08 05 – 182	- 50	- 50	- 7			
Kameraler Zuschuss	179.923	186.884	200.225			
HAV	179.923	187.225	200.226			
Weggefallen und ohne Produktzuordnung		<u>- 340</u> 186.885				

3. Erfolgsplan

Einnahmen aus Darlehensrückflüssen sind im Erfolgsplan nicht auszuweisen.

Kapitel 08 05/ Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen L e i s t u n g s p l a n (Fördermittelbuchungskreise)

- Beträge in 1.000 EUR -

				Soll 2005		
Nr.	Förderprodukte	Menge ¹⁾	Gesamt- kosten ²⁾	Erlöse ³⁾	Produkt- abgeltung ⁴⁾	Ergebnis ⁵⁾
1	Erstattung Fahrgeldausfälle	1	17.553	2.929	14.624	-
2	Leistungen nach den Rehabilitierungsgesetzen	1	355	228	127	-
3	Unterhaltsvorschussgesetz	1	39.250	24.500	14.750	-
4	Leistungen an Flüchtlinge	1	92.000	-	92.000	-
5	Opferentschädigungsgesetz	1	8.700	2.470	6.230	-
6	Ausbildung von Altenpflegekräften (Umlageverfahren)	1	-	-	-	-
7	Erstattung der Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)	1	500	-	500	-
8	Krebsregister	1	561	-	561	-
9	Rettungswesen	1	5.784	2.300	3.484	-
10	Erstattung nach dem Anti-D-Hilfegesetz	1	64	-	64	-
11	Kostenerstattung für Schwangerschaftsabbrüche	1	3.450	-	3.450	-
12	Konnexitätszahlungen an die Kommunen	1	3.600	-	3.600	-
13	Leistungen der Jugendhilfe für Deutsche im Ausland und Erstattungen nach SGB VIII	1	5.000	-	5.000	-
14	Erstattungsleistungen für die vorläufige Unterbringung von Spätaussiedlern	1	8.940	-	8.940	-
15	Verwaltungskostenerstattung gemäß § 20 Bundesversorgungsgesetz	1	750	-	750	-
16	Erstattungen für Ehrenamt in der Jugendarbeit	1	950	-	950	-
17	Durchführung §§ 60 ff. Infektionsschutzgesetz	1	8.900	-	8.900	-
18	Staatszuschuss für Stiftungen	1	7	-	7	-
19	Ausbildung von Altenpflegekräften (Schulkosten)	1	8.664	1.264	7.400	-
20	Kostenerstattung an Berufsbildungswerke	1	510	-	510	-

¹⁾ Bei unterschiedlicher Zählgröße nähere Angaben auf Produktblatt

²⁾ Entspricht dem bisherigen Haushaltsansatz

³⁾ Erlöse = EU-, Bundes- und sonst. Mittel

⁴⁾ Produktabgeltung entspricht dem Landesanteil an der Finanzierung

⁵⁾ Ergebnis = Gesamtkosten ./. Erlöse ./. Produktabgeltung

Kapitel 08 05/ Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen Leistungsplan (Fördermittelbuchungskreise)

Soll 2004					lst 2003				
Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
-	17.833	2.929	14.904	-	-	17.983	3.011	14.972	-
-	375	240	135	-	-	237	189	48	-
-	38.750	24.250	14.500	-	-	35.636	22.522	13.114	-
-	97.735	-	97.735	-	-	118.042	2.496	115.546	-
-	8.800	2.370	6.430	-	-	8.330	2.413	5.917	-
-	1.700	-	1.700	-	-	-	-	-	-
-	550	-	550	-	-	477	-	477	-
-	410	-	410	-	-	468	-	468	-
-	5.784	2.300	3.484	-	-	3.792	-	3.792	-
-	64	-	64	-	-	47	-	47	-
-	3.200	-	3.200	-	-	3.200	-	3.200	-
-	3.910	-	3.910	-	-	4.172	-	4.172	-
-	5.300	-	5.300	-	-	4.489	-	4.489	-
-	12.000	-	12.000	-	-	12.980	-	12.980	-
-	750	-	750	-	-	646	-	646	-
-	900	-	900	-	-	750	-	750	-
-	9.350	-	9.350	-	-	8.471	-	8.471	-
-	7	-	7	-	-	6	-	6	-
-	5.500	-	5.500	-		5.600	-	5.600	-
-	510	-	510	-	-	472	-	472	-

Kapitel 08 05/ Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen L e i s t u n g s p l a n (Fördermittelbuchungskreise)

- Beträge in 1.000 EUR -

		Soll 2005							
Nr.	Förderprodukte	Menge 1)	Gesamt- kosten ²⁾	Erlöse ³⁾	Produkt- abgeltung ⁴⁾	Ergebnis ⁵⁾			
21	Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle	1	50	-	50	-			
22	Beteiligungen Jugend- und Familienschutz	1	79	-	79	-			
23	Familienplanung, Sexualberatung und Schwangerschaftskonflikteratung	1	5.685	-	5.685	-			
24	Erstattungen für das Informations- und Behandlungszentrum für Vergiftungen in Mainz	1	358	-	358	-			
25	Maßnahmen zur Abwehr von Infektionsgefahren	1	154	-	154	-			
26	Erstattungen an Beschäftigte im Gesundheitsbereich und sonstigen Berufen	1	41	-	41	-			
27	Arzneimitteluntersuchungen und Substitutionsregister	1	556	180	376	-			
28	Ausbildung und Prüfungen im Bereich der Gesundheitsberufe	1	449	-	449	-			
29	Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten	1	46	-	46	-			
30	Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf	1	275	-	275	-			
31	Abwicklung Flüchtlingshilfegesetz	1	1	1	-	-			
32	Erstattungen an die Zentralstelle für Sicherheitstechnik (ZLS)	1	10	-	10	-			
33	Grenzüberschreitende Marktüberwachung - ICSMS -	1	8	-	8	-			
34	Bewerber für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Rückflüsse aus Darlehen/Vertragsstrafen)	1	-	-	-	-			
35	Akademie der Arbeit	1	396	-	396	-			
36	HIV-Stiftung	1	198	-	198	-			
	Summe	1	213.845	33.872	179.973	-			

1) Bei unterschiedlicher Zählgröße nähere Angaben auf Produktblatt

²⁾ Entspricht dem bisherigen Haushaltsansatz

³⁾ Erlöse = EU-, Bundes- und sonst. Mittel

⁴⁾ Produktabgeltung entspricht dem Landesanteil an der Finanzierung

⁵⁾ Ergebnis = Gesamtkosten ./. Erlöse ./. Produktabgeltung

Kapitel 08 05/ Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen Leistungsplan (Fördermittelbuchungskreise)

- Beträge in 1.000 EUR -

		Soll 2004	ı		lst 2003				
Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
-	50	-	50	-	-	-	-	-	-
-	79	-	79	-	-	42	-	42	-
-	3.168	-	3.168	-	-	3.026	-	3.026	-
-	334	-	334	-	-	334	-	334	-
-	154	-	154	-	-	125	-	125	-
-	41	-	41	-	-	35	-	35	-
-	556	180	376	-	-	552	484	68	-
-	449	-	449	-	-	473	3	470	-
-	33	-	33	-	-	30	-	30	-
-	275	-	275	-	-	286	-	286	-
-	1	1	-	-	-	-	-	-	-
-	-	22	-22	-	-	-	-	-	-
-	8	-	8	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	649	-	649	-	-	649	-	649	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
,	219.226	32.292	186.934	_	1	231.350	31.118	200.232	-

Kapitel 08 05 / Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen Wirtschaftsplan Leistungsplan Förderproduktblatt

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 01 – Erstattung Fahrgeldausfälle

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium und Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen, Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

§§ 148 – 153 Sozialgesetzbuch IX.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Nach den gesetzlichen Regelungen sind die den Nahverkehrsunternehmen entstandenen Aufwendungen durch die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen zu erstatten, soweit der Bund nicht selbst erstattungspflichtig ist. Die anspruchsberechtigten Personen (Schwerbehinderte / Kriegsbeschädigte) haben die Eigenbeteiligung (60 Euro jährlich) selbst zu tragen. Hiervon erhält der Bund einen Anteil (Berechnung erfolgt durch die jährliche Einnahmeaufteilungsverordnung).

4. Bezug zu politischen Zielen

Behinderte Menschen bzw. Beschädigte oder deren Hinterbliebene erhalten zeitnah alle die für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und im Beruf notwendigen Leistungen.

5. Empfänger

Verbünde von Verkehrsunternehmen, behinderte Menschen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Zahl der Fälle richtet sich nach Vorliegen und Anerkennung der Voraussetzungen. Die Empfänger haben einen gesetzlichen Anspruch auf die Erstattungen. Es handelt sich um durchschnittlich ca. 200 Fälle mit unterschiedlichen Erstattungsbeträgen.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	17.553.000	17.833.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	17.553.000	17.833.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	17.553.000	17.833.000	Bewilligungsvolumen 2004

Kapitel 08 05 / Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen Wirtschaftsplan Leistungsplan Förderproduktblatt

Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsverm

- 8.1 Rückerstattungen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 8.3 Die Produktmittel sind übertragbar.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel, Eigenbeteiligung Schwerbehinderter.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)Verwaltungskosten pro € Fördermittel.
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmal Durchschnittliche Erstattungsleistung pro freifahrtberechtigte Person.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht absehbar.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Kapitel 0805 / Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen Wirtschaftsplan Leistungsplan Förderproduktblatt

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 02 – Leistungen nach den Rehabilitierungsgesetzen</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz in der Fassung vom 17. Dezember 1999 (BGBI. I, S. 2664) zuletzt geändert mit Gesetz vom 20. Dezember 2001 (BGBI. I, S. 3986);

Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz – BerRehaG) vom 23. Juni 1994 (BGBI. I, S. 1314);

Gesetz über Entschädigungen aufgrund rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG) vom 23. Juni 1994 (BGBI. I, S. 1311).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Leistungen an Berechtigte, denen durch den SED-Staat strafrechtliche, berufliche bzw. verwaltungsrechtliche Nachteile zugefügt wurden (aufgrund strafrechtlicher Verfolgung, beruflicher Benachteiligung bzw. rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidung).

Nach den gesetzlichen Regelungen trägt der Bund bei den Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz 65 v. H. bei dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz 60 v. H. der Entschädigungsleistungen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Abwicklung der Kriegs-, NS- und Teilungsfolgen.

5. Empfänger

Geschädigte im Sinne der gesetzlichen Regelung.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Zahl der Fälle richtet sich nach Vorliegen und Anerkennung der Voraussetzungen. Die Empfänger haben einen gesetzlichen Anspruch. Aus Einzel- und laufenden Leistungen ergeben sich ca. 150 Fälle mit unterschiedlichen Beträgen.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	355.000	375.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	355.000	375.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	355.000	375.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Rückerstattungen an den Bund dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Bundesmittel, Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verwaltungskosten pro € Fördermittel.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Durchschnittliche Geldleistung pro Person pro Jahr.

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Anträge nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz sind abschließend bis zum 31. Dezember 2007 zu stellen.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 03 – Unterhaltsvorschussgesetz

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) i. d. Fassung vom 01.01.2002 (BGBI. I S. 2).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Unterhaltsvorschuss für allein erziehende Elternteile von Kindern bis zum vollendeten 12. Lebensjahr, für maximal 6 Jahre. Die Aufwendungen werden vom Bund zu einem Drittel getragen. 50. v. H. vom Landesanteil tragen die Gebietskörperschaften. Einnahmen aus Rückzahlungen nach § 7 UVG werden anteilig an den Bund abgeführt.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VIII; Umsetzung Bundesgesetz.

5. Empfänger

Jugendämter, allein erziehende Elternteile.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

33 Jugendämter mit ca. 32.000 Fällen insgesamt pro Jahr bei unterschiedlicher Erstattungshöhe und Fallzahl pro Gebietskörperschaft.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	39.250.000	38.750.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	39.250.000	38.750.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	39.250.000	38.750.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1. Die Ausgabeermächtigung für Unterhaltsleistungen erhöht oder vermindert sich um Mehr- oder Mindereinnahmen bei den Erstattungen des Bundes.
- 8.2. Bei der Abführung des Bundesanteils aus dem Forderungsübergang nach § 7 UVG erhöht oder vermindert sich die Ausgabeermächtigung um 50 v. H. der Mehroder Mindereinnahmen aus vereinnahmten Rückzahlungen.
- 8.3 Rückerstattungen an den Bund dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.4 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel und Bundesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
 - Zahl der Fälle, in denen Unterhaltsleistungen im Berichtsjahr gezahlt wurden.
 - Zahl der Fälle, in denen (nach Entziehung der Leistung unabhängig davon, in welchem Jahr diese erfolgt ist) im Berichtsjahr der nach § 7 UVG übergegangene Anspruch verfolgt worden ist.
 - Höhe der Gesamtausgaben und -einnahmen nach § 7 UVG und Feststellung der Höhe der Rückholquote im Berichtsjahr.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Rechtsmittelverfahren im Verhältnis zu den erteilten Verwaltungsakten.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Anpassung der Regelsätze erfolgt alle zwei Jahre. Nächste Anpassung erfolgt zum 1. Juli 2005.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 04 – Leistungen an Flüchtlinge

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium; Regierungspräsidium Darmstadt; Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Gesetz über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (LAG) vom 23. April 2003 (GVBI. I; S. 126), Asylbewerberleistungsgesetz vom 5. August 1997 (BGBI. I; S. 2022), Asylverfahrensgesetz vom 26. Juni 1992 (BGBI. I; S. 1126).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

- a.) Den kommunalen Gebietskörperschaften werden monatliche Pauschalen und ggf. Einzelleistungen pro untergebrachter Person für 2 Jahre nach dem LAG erstattet.
- b.) In besonderen Fällen muss das Land Hessen ggf. Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen, unterbringen und betreuen.
- c) Übernahme der Krankenkosten, Barleistungen (Taschengeld) und Sachleistungen (Kleidung, Hygieneartikel, usw.) für Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

4. Bezug zu politischen Zielen

Die Hessische Landesregierung hat die Aufgabe, die nach Hessen verteilten Flüchtlinge und Bürgerkriegsflüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen.

5. Empfänger

- zu a.) Landkreise und kreisfreie Städte.
- zu b.) Bürgerkriegsflüchtlinge und ggf. verschiedene Träger.
- zu c) Untergebrachte Flüchtlinge in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung oder in der Abteilung am Flughafen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

- zu a) 26 kommunale Gebietskörperschaften mit unterschiedlichen Erstattungsbeträgen entsprechend der Anzahl der untergebrachten Personen.
- zu b) Die Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge ist nicht abschätzbar.
- zu c) Der Umfang der Förderung richtet sich nach der Anzahl der Flüchtlinge, die sehr starken Schwankungen unterworfen ist, unter Beachtung der Festsetzung der Leistung im Einzelfall.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	92.000.000	97.735.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	92.000.000	97.735.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	92.000.000	97.735.000	Bewilligungsvolumen 2004
Dewinigungsvolumen 2005	92.000.000	91.133.000	Dewilligurigsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei Rückerstattungen des Bundes und Rückzahlungen der Gebietskörperschaften.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl der Leistungsempfänger im Vergleich zu der Gesamtzahl der Flüchtlinge.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Durchschnittliche Erstattung pro untergebrachter Person (Pauschale LAG).
- Durchschnittliche Kosten für Krankheit, Barleistungen und Sachleistungen pro Flüchtling.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Ab 1. Januar 2005 kommt durch die beabsichtigte Änderung des LAG der Personenkreis der unerlaubt eingereisten Ausländer hinzu (nach § 15 a des Aufenthaltsgesetzes).

12. Laufzeit bzw. Befristung

zu a.) Das Landesaufnahmegesetz ist bis zum 31.12.2007 befristet.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 05 – Opferentschädigungsgesetz

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium und Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG) vom 7. Januar 1985 (BGBI. I, S. 1).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Aufwendungsersatz und Entschädigungen für Opfer von Gewalttaten nach dem OEG. Der Bund trägt hiervon einen Anteil von 100 v. H. bei Sachleistungen und von 40 v. H. bei Geldleistungen.

Einnahmen aus dem gesetzlichen Forderungsübergang stehen dem Land zu.

4. Bezug zu politischen Zielen

Behinderte Menschen bzw. Beschädigte oder deren Hinterbliebene erhalten zeitnah alle die für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und im Beruf notwendigen Leistungen.

5. Empfänger

Opfer von Gewalttaten.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Zahl der Fälle richtet sich nach Vorliegen und Anerkennung der Voraussetzungen. Die Empfänger haben einen gesetzlichen Anspruch.

Aus Einzel- und laufenden Leistungen ergeben sich durchschnittlich ca. 1.200 Fälle mit unterschiedlichen Beträgen.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	8.700.000	8.800.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	8.700.000	8.800.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	8.700.000	8.800.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Rückerstattungen an den Bund dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 9. Finanzierungsmittel

Bundesmittel, Einnahmen aus dem gesetzlichen Forderungsübergang und Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Verwaltungskosten pro € Fördermittel.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
 Durchschnittliche Geldleistung pro Person pro Jahr.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 06 – Ausbildung von Altenpflege-kräften (Umlageverfahren)</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Hessisches Altenpflegegesetz (HAltPflG) vom 12. Dezember 1997 (GVBI. I, S. 452) und Verordnung über die Durchführung des Kostenausgleichsverfahrens nach § 23 HAltPflG in der Fassung vom 20. Juni 02 (GVBI. I, S. 342).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

In den Jahren 1997 bis 2000 wurde die Ausbildungsvergütung für die Ausbildung von Altenpflegekräften durch Erhebung einer Umlage finanziert. Seit dem 12. November 2000 wird die Ausbildungsvergütung von den Einrichtungen gezahlt. Es handelt sich hier um die Abwicklung von Altfällen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Umsetzung gesetzlicher Leistungsansprüche.

5. Empfänger

Altenpflegeschulen in freigemeinnütziger kommunaler und privatgewerblicher Trägerschaft und Land Hessen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Abgeltung von Ansprüchen bzw. Rückflüsse.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	-	1.700.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	-	1.700.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.			VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	<u>-</u>	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	-	1.700.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

8.1 Ausgaben dürfen in Höhe der produktbezogenen Einnahmen geleistet werden.

9. Finanzierungsmittel

Umlagemittel der hessischen Pflegeeinrichtungen.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
 - Anzahl der Schlussbescheide,
 - Anzahl der Widersprüche,
 - Anzahl der Klagen.
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verwaltungskosten im Verhältnis zu den Einnahmen im Rahmen des Umlageverfahrens.

- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Restabwicklung.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Endet nach endgültiger Abwicklung.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 07 - Erstattung der Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)</u>

1. Verantwortliche operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

§ 44 Jugendarbeitsschutzgesetz vom 12. April 1976 (BGBI. I, S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2003 (BGBI. I, S. 2954).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die Kosten für die Untersuchung der Jugendlichen vor Eintreten in das Berufsleben werden nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz durch das Land getragen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Schutz der Gesundheit und körperlichen Unversehrtheit von besonderen Personengruppen, hier: Jugendliche.

5. Empfänger

Untersuchende Ärzte.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Jährlich ca. 20.000 Untersuchungsberechtigungsscheine, abhängig von der Zahl der Schulabgänger und Aufnahme einer Ausbildung.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	500.000	550.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	500.000	550.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	500.000	550.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Regelungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennziffern / Qualitätskennziffern

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Anzahl der Untersuchungen im Verhältnis zu den Gesamtkosten der Erstattungen.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der Untersuchungen.

Anzahl der Facharztuntersuchungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Untersuchungen.

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 08 – Krebsregister</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidien Darmstadt und Gießen

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Hessisches Krebsregistergesetz vom 21. Dezember 2001 (GVBI. I, S. 582); Bund-/Ländervereinbarungen vom 09./10. Juni 1999 zum Kinderkrebsregister.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

In einer ausgewählten Region Hessens (Bereich Regierungspräsidium Darmstadt) werden alle neuen diagnostizierten Krebserkrankungen durch behandelnde Ärzte gemeldet, systematisch erfasst und aufbereitet.

Krebserkrankungen bei Kindern werden zentral im Deutschen Kinderkrebsregister erfasst.

4. Bezug zu politischen Zielen

Aggregierte und bewertete Daten sind die Grundlage für wissenschaftliche Forschung und gesundheitspolitische Entscheidungen.

5. Empfänger

Landesärztekammer Hessen auch für meldende Ärzte nach dem Hessischen Krebsregistergesetz;

Institut für medizinische Statistik und Dokumentation des Klinikums der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Bündelung unterschiedlicher Maßnahmen mit verschiedenen Beträgen lässt die Eintragung einer Zählgröße nicht zu.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	561.000	410.300	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	561.000	410.300	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	561.000	410.300	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

8.1 Die Deckungsfähigkeit zwischen den Mitteln für das Hessische Krebsregister mit bis zu 550.000 Euro und dem Kinderkrebsregister mit bis zu 11.000 Euro wird ausgeschlossen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Erfassungsgrad einzelner Krebsarten gemessen am Referenzregister des Saarlandes.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Kosten pro Einwohner der erfassten Region.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Das Hessische Krebsregistergesetz ist auf 5 Jahre bis zum 31. Dezember 2006 befristet.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 09 - Rettungswesen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

§ 7 Abs. 1-3; Abs. 5 und § 4 Abs. 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Rettungsdienstes in Hessen (Hessisches Rettungsdienstgesetz 1998 - HRDG) vom 24. November 1998 (GVBI. I, S. 499).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Beitrag des Landes zur Sicherstellung der Gefahrenabwehr und Notfallversorgung. Damit wird gewährleistet, dass die hessische Bevölkerung flächendeckend und kurzfristig mit entsprechenden notfallmedizinischen Leistungen versorgt wird.

- Erstattung der Personalkosten der Mindestbesetzung der Zentralen Leitstellen;
- Förderung der Ausbildung des Rettungsdienstpersonals in der Berg- u. Wasserrettung;
- Einnahmen und Erstattung der Kosten der Luftrettung.

4. Bezug zu politischen Zielen

Weiterentwicklung der Qualität und Wirtschaftlichkeit im Rettungsdienst.

5. Empfänger

Kommunale Gebietskörperschaften und Rettungsdienste.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

- 25 Zentrale Leitstellen.
- 2 Rettungsdienste und
- 2 Luftrettungsstationen mit jeweils unterschiedlichen Beträgen.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	5.784.000	5.784.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	5.784.000	5.784.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	<u>-</u>		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	5.784.000	5.784.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel und Mittel der Kostenträger.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl des geförderten Leitstellenpersonals im Verhältnis zum Einsatzaufkommen.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Anzahl der zu erstattenden Mindestbesetzung der Zentralen Leitstellen im Verhältnis zum Gesamtpersonalbestand.

- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 10 – Erstattung nach</u> Anti-D-Hilfegesetz

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz – AntiDHG) vom 2. August 2000 (BGBI. I, S. 1270) zuletzt geändert am 25. November 2003 (BGBI. I, S. 2304, 2310).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Anteil des Landes Hessen für Entschädigungsleistungen für die durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis –C-Virus infizierte Personen. Auf die alten Bundesländer entfallen 12,4 v.H. der Gesamtkosten.

4. Bezug zu politischen Zielen

Behinderte Menschen bzw. Beschädigte oder deren Hinterbliebene erhalten zeitnah alle die für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und im Beruf notwendigen Leistungen.

5. Empfänger

Infizierte Personen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Zahl der Fälle richtet sich nach Vorliegen und Anerkennung der Voraussetzungen. Die Empfänger haben einen gesetzlichen Anspruch mit unterschiedlichen Beträgen.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	64.000	64.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	64.000	64.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	64.000	64.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke Keine produktspezifischen Einschränkungen.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)Verwaltungskosten pro Erstattungsvorgang.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Durchschnittliche Erstattungshöhe (in €) pro Empfängerland.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 11 – Kostenerstattung für Schwangerschaftsabbrüche</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

§ 4 des Gesetzes zur Hilfe von Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen (Art. 5) des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes (SFHÄndG) vom 21. August 1995 (BGBI. I, S. 1050).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Das Land Hessen erstattet den gesetzlichen Krankenkassen die ihnen durch dieses Gesetz entstehenden Kosten.

4. Bezug zu politischen Zielen

Umsetzung der Anordnung des Bundesverfassungsgerichts, dass in den Fällen, in denen das Schutzkonzept der Beratungsregelungen dies erfordert, bei Bedürftigkeit der Frau eine Kostenübernahme durch den Staat erfolgen soll.

5. Empfänger

Krankenkassen für bedürftige Frauen im Sinne von §1 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Zählgröße ist abhängig von der Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche und der Art des Abbruchs.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	3.450.000	3.200.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	3.450.000	3.200.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007			VE 2005 VE 2006
VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	3.450.000	3.200.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Anzahl der Erstattungsfälle im Verhältnis zu den Landesmitteln.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der Erstattungsfälle im Verhältnis zur Gesamtzahl der hessischen Frauen (Erfassungsalter 15 Jahre bis 45 Jahre).

- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 12 – Konnexitätszahlungen an die</u> Kommunen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Rahmenvereinbarung Jugendhilfe vom 21. 12. 2000.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Erstattung der Personal- und Arbeitsplatzkosten für bis zu 80 Stellen an die Kommunen im Rahmen der Neustrukturierung der Kinder- und Jugendhilfe nach der Rahmenvereinbarung.

4. Bezug zu politischen Zielen

Verwaltungsreform in Hessen: Neustrukturierung der Kinder- und Jugendhilfe.

5. Empfänger

Örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

33 Gebietskörperschaften mit unterschiedlichen Stellenanteilen und Erstattungsanspruch.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	3.600.000	3.910.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	3.600.000	3.910.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	3.600.000	3.910.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

8.1 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- Laufzeit bzw. Befristung
 Unbefristet.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 13 – Leistungen der Jugendhilfe für Deutsche im Ausland und Kostenerstattung nach Sozialgesetzbuch</u> (SGB) VIII

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

§ 89 d Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) in der Fassung vom 27. Dezember 2003 (BGBI. I, S. 3022);

Gesetz über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge in der Fassung vom 23. April 2003 (GVBI. I, S. 126).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Leistungen der Jugendhilfe für Deutsche im Ausland und Kostenerstattung an die Kommunalen Gebietskörperschaften bezüglich unbegleitet eingereister minderjähriger Flüchtlinge und Ausländer.

4. Bezug zu politischen Zielen

Umsetzung Bundesgesetz.

5. Empfänger

Kommunale Jugendämter, Landkreise und kreisfreie Städte in Hessen sowie Gebietskörperschaften/Verbände in anderen Bundesländern.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Zahl der Fälle richtet sich nach Vorliegen und Anerkennung der Voraussetzungen und Bestimmung des Landes Hessen als Kostenträger sowie der Kosten für die Unterbringung im Einzelfall. Die Empfänger haben einen gesetzlichen Anspruch.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	5.000.000	5.300.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	5.000.000	5.300.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007			VE 2005 VE 2006
VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	5.000.000	5.300.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl der Leistungsempfänger/-innen.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Durchschnittliche Erstattung pro unbegleitet eingereistem minderjährigen Flüchtling und Ausländer.

- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 14 – Erstattungsleistungen für die</u> vorläufige Unterbringung von Spätaussiedlern

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium; Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern vom 11.Dezember 2001 (GVBI. Nr. 29, Teil I, S. 556) sowie hierzu abgeschlossene Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden vom 7.Dezember 2001.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Nach § 1 und § 2 der unter Punkt 2 genannten Verordnung sind die Landkreise, kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte verpflichtet, nach Hessen verteilte Spätaussiedler aufzunehmen und unterzubringen. Die Gebietskörperschaften erhalten auf der Grundlage der Vereinbarungen eine einmalige Aufnahme- und Betreuungspauschale je aufgenommener Person.

4. Bezug zu politischen Zielen

Die Aufnahme, Betreuung und Eingliederung von Spätaussiedlern stellt einen politischen Schwerpunkt in Hessen dar.

5. Empfänger

Landkreise und kreisfreie Städte.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

26 Gebietskörperschaften mit unterschiedlichem Erstattungsanspruch entsprechend der Zahl der aufgenommenen Spätaussiedler.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	8.939.800	12.000.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	8.939.800	12.000.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007			VE 2005 VE 2006
VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	<u>-</u>		VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	8.939.800	12.000.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verwaltungskosten pro Euro Kostenerstattung des Landes.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Erstattungsleistung pro untergebrachte Person (Pauschale).

- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Es ist davon auszugehen, dass die Zugangszahlen von Spätaussiedlern weiter rückläufig sein werden und damit das Erstattungsvolumen abnimmt.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Die Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern vom 11.12.2001 tritt mit Ablauf des 31.12.2007 außer Kraft.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 15 – Verwaltungskostenerstattung gemäß § 20 Bundesversorgungsgesetz

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz – BVG) vom 20. Dezember 1950 (BGBI. I, S. 791) zuletzt geändert am 24. Juni 2003 (BGBI. I, S. 984).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Kostenersatz an Krankenkassen für Durchführung der Heil- und Krankenbehandlung bei zugeteilten Versorgungsberechtigten nach dem Sozialen Entschädigungsrecht. Neben den Ausgaben für die nach §§ 10 ff. BVG erbrachten Leistungen werden ihnen 8 v. H. des Wertes dieser Leistungen als Kosten erstattet (Verwaltungskosten und sonstige bei Auftragsausführung entstehende Kosten).

4. Bezug zu politischen Zielen

Behinderte Menschen bzw. Beschädigte oder deren Hinterbliebene erhalten zeitnah alle die für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und im Beruf notwendigen Leistungen.

5. Empfänger

Krankenkassen für Heil- und Krankenbehandlung nach Ziffer 3.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Der Erstattungsanspruch ist abhängig von der Zahl der behandelten Personen und der jeweiligen Behandlungskosten.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	750.000	750.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	750.000	750.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006			VE 2005
VE 2007			VE 2006
VE 2008			VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	750.000	750.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke Keine produktspezifischen Einschränkungen.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)Verwaltungskosten pro Person pro Jahr.
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Durchschnittliche Rentenleistung pro Person pro Jahr.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 16 - Erstattungen für Ehrenamt in</u> der Jugendarbeit

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Hessisches Amt für Versorgung und Soziales Wiesbaden

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit vom 28.November 2000 (GVBI. I, S. 516).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Erstattungen von Lohnkosten (ohne Lohnnebenkosten) an Arbeitgeber für Freistellungen von Beschäftigten zur Ausübung eines Ehrenamtes in der Jugendarbeit während der Arbeitszeit.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX.1, XIV.1.

5. Empfänger

Private Beschäftigungsstellen (private Arbeitgeber).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Jährlich ca. 1.000 Einzelanträge mit unterschiedlicher Erstattungshöhe je nach Dauer der Freistellung und Höhe der jeweiligen Lohnkosten.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	950.000	900.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	950.000	900.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	950.000	900.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Regelungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)Anzahl der Freistellungstage.
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
 Umsetzung der Leitlinien des Gender-Mainstreaming (Verhältnis Männer Frauen).
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Rechtsmittelverfahren im Verhältnis zu den erteilten Bescheiden.

- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Das Gesetz ist befristet bis 31. 12. 2006.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 17 – Durchführung §§ 60 ff. Infektionsschutzgesetz</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

§§ 60 ff. des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionsgefahren beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBI. I, S. 1045).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Nach §§ 60 ff. IfSG erhalten Personen, die durch eine gesetzlich vorgeschriebene bzw. empfohlene Impfung einen Impfschaden erleiden, wegen der gesundheitlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes.

4. Bezug zu politischen Zielen

Teilhabe behinderter Menschen und soziale Entschädigung; Regierungsprogramm Abschnitt IX Ziffer 4.

5. Empfänger

Impfgeschädigte Personen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Zahl der Fälle richtet sich nach Vorliegen und Anerkennung der Voraussetzungen. Die Empfänger haben einen gesetzlichen Anspruch. Aus Einzel- und laufenden Leistungen ergeben sich ca. 350 Fälle mit unterschiedlichen Beträgen.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	8.900.000	9.350.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	8.900.000	9.350.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006			VE 2005
VE 2007			VE 2006
VE 2008			VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	8.900.000	9.350.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke Keine produktspezifischen Einschränkungen.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)Verwaltungskosten pro € Fördermittel.
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Durchschnittliche Geldleistung pro Person pro Jahr.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht absehbar.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 18 – Staatszuschuss an Stiftungen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium; Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Verpflichtung des Landes Preußen, die aufgrund einer Funktionsnachfolge auf das Land Hessen übergegangen ist (vgl. BGH in NJW 1953, 381).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zuschüsse an Stiftungen des Regierungsbezirks Kassel.

4. Bezug zu politischen Zielen

5. Empfänger

Haupt- und Hofhospital ST. Elisabeth in Kassel, Hospital St. Elisabeth in Frankenberg/Eder, Hospital Trenge in Trendelburg, Milden Stiftungen in Spangenberg und Hospital zum Heiligen Geist in Fritzlar.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Angabe einer Zählgröße ist aufgrund unterschiedlicher Erstattungsbeträge entsprechend verschiedener Bemessungsgrundlagen nicht möglich.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	7.000	7.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	7.000	7.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-	_	VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	7.000	7.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke Keine produktspezifischen Regelungen.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verwaltungskosten pro Euro Fördermittel.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Verhältnis Personal- und Sachkosten.

- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Keine.
- **12.** Laufzeit bzw. Befristung Unbefristet.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 19 - Ausbildung von Altenpflege-</u> kräften

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen, Investitionsbank Hessen (IBH)

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Altenpflegegesetz des Bundes vom 25. August 2003 (BGBI. I, Seite 1690), Hessisches Altenpflegegesetz vom 12. Dezember 1997 (GVBI. I, Seite 452); Kostenausgleichsverordnung in der Fassung vom 20. Juni 2002 (GVBI. I, Seite 342).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern, Ausbildung von Altenpflegehelferinnen und Altenpflegehelfern, Erstattung der Schulkosten außerhalb von Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen, da diese Auszubildenden von den Kosten der Ausbildung freigestellt werden sollen.

Die IBH erhält für die Abwicklung des Förderprodukts eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX, Ziffer 3, seniorenpolitische Grundsätze und Leitlinien.

5. Empfänger

Altenpflegeschulen in freigemeinnütziger kommunaler und privat-gewerblicher Trägerschaft.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Bündelung unterschiedlichster Ausbildungssegmente sowie die nicht bekannte Zahl der Auszubildenden lässt die Eintragung einer Zählgröße nicht zu.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	8.664.000	5.500.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre	3.280.000		davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	5.384.000	5.500.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006	2.000.000	2.000.000	VE 2005
VE 2007	2.000.000	2.000.000	VE 2006
VE 2008	1.000.000	1.000.000	VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	5.000.000	5.000.000	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	10.384.000	10.500.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.2 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabemittel.
- 8.3 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel:

Landesmittel, ESF – Mittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
 - Anzahl der geförderten Kurse.
 - Anzahl der nach SGB III geförderten Schüler/innen.
 - Anzahl der mit Landes- und ESF-Mittel geförderten Schüler/innen.
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verwaltungskosten je Euro Fördermittel.

- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Das Hessische Altenpflegegesetz tritt mit Ablauf des 31.12.2005 außer Kraft. Die ESF-Förderperiode endet im Jahr 2006.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 20 – Kostenerstattungen an</u> Berufsbildungswerke

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Hessisches Schulgesetz (Schulgesetz – HSchG -) vom 17. Juni 1992 (GVBI. I, S. 233) in der Fassung vom 2. August 2002 (GVBI. I, S. 466); Richtlinie für Staatliche Berufsschulen in den Berufsbildungswerken – Erlass vom

14.April 1997.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Das HSM ist Schulträger für die den Berufsbildungswerken Arolsen/Kassel (Nordhessen) und Karben (Südhessen) zugeordneten Staatlichen Berufsschulen. Die für die Schulen anfallenden Kosten werden den Berufsbildungswerken erstattet.

4. Bezug zu politischen Zielen

5. Empfänger

Staatliche Berufsschule im BBW Nordhessen, Staatliche Berufsschule im BBW Südhessen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Erstattungsbeträge an die beiden Empfänger richten sich nach deren Aufwendungen.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	510.000	510.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	510.000	510.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	510.000	510.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Die Mittel sind übertragbar.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen) Kostenerstattung pro Schule.
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Anzahl der Auszubildenden.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 21 - Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Adoptionsvermittlungsgesetz vom 22.Dezember 2001 (BGBI. I, S. 2950); Staatsvertrag Hessen/Rheinland-Pfalz vom 17.Dezember 2002.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Seit 1.Februar 2002 sind die Länder nach dem Adoptionsvermittlungsgesetz verpflichtet, eine zentrale Adoptionsvermittlungsstelle einzurichten. Durch Staatsvertrag vom 17.Dezember 2002 wurde mit dem Land Rheinland-Pfalz eine Gemeinsame Zentrale Adoptionsvermittlungsstelle für Rheinland-Pfalz und Hessen mit Sitz in Mainz errichtet, für die vom Land Hessen 60 v. H. der Verwaltungskosten zu erstatten sind. Hessen stellt gegenwärtig Personal zur Verfügung.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm vor 2003: Beschluss zur Errichtung einer Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle.

5. Empfänger

Land Rheinland-Pfalz.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

1

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	50.000	50.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	50.000	50.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006			VE 2005
VE 2007			VE 2006
VE 2008			VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	50.000	50.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Regelungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
 Verhältnis von Personal zu Sachkosten.
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Gelungene Anerkennungen von Auslandsadoptionsstellen.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 22 - Beteiligungen Jugend- und</u> Familienschutz

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Sozialgesetzbuch VIII i. d. F. vom 27. Dezember 2003 (BGBI I, S. 3022); Hessisches Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz i. d. F. vom 22. Januar 2001 (GVBI. I, S. 106).

Ländervereinbarungen:

- Jugendserver Beschluss AGOLJB vom 4./5.März 2004;
- FSK Verwaltungsvorschrift der Länder vom 8.Juli 1985;
- Jugendschutznet Mediendienste Staatsvertrag vom 21.Februar 2000 (GVBI. I, S. 74);
- DJI Vereinbarungen der Bundesländer;
- Netzwerk Familienpolitik Vereinbarungen des Bundes und der Länder.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Beteiligung des Landes an länderübergreifenden Maßnahmen zum Schutz von Jugend und Familie. Es handelt sich insbesondere um den Landesanteil zu den Personal- und Sachkosten für den Vertreter der Obersten Landesjugendbehörden bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK), zur Durchführung der Jugendschutzbestimmungen nach dem Mediendienste – Staatsvertrag, für die Länderübergreifende Stelle zur Wahrung des Jugendschutzes in den elektronischen Medien (jugendschutz.net), für den Server Jugendinformation, für das Dt. Jugendinstitut (DJI), für das Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik.

Die jeweiligen Anteile werden zum Teil nach dem "Königsteiner Schlüssel" errechnet oder sind vertraglich festgelegt.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VIII und IX.1.

5. Empfänger

FSK, Dt. Jugendinstitut und jeweils federführendes Bundesland oder der Bund.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Erstattungsbeträge an die 5 Empfänger richten sich nach den Aufwendungen und dem Anteil Hessens hieran.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	79.000	79.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	79.000	79.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	_		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	79.000	79.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Die Mittel sind übertragbar.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Erreichte Einwohner.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Erreichte Einwohner im Verhältnis zur Fördersumme.

Zu DJI: jährliche Personal- und Sachkosten im Verhältnis zum prozentualen Förderbetrag nach dem "Königsteiner Schlüssel".

- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 23 - Familienplanung, Sexualberatung und Schwangerschaftskonfliktberatung</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Schwangeren- und Familienhilfegesetz vom 27. Juli 1992 (BGBI. I, S. 1398); Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) vom 21. August 1995 (BGBI. I, S. 1050).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Nach § 4 Abs. 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz haben zur Sicherung eines ausreichenden Angebotes die erforderlichen (anerkannten) Beratungsstellen Anspruch auf eine angemessene öffentliche Förderung der Personal- und Sachkosten, entsprechend den gesetzlichen Regelungen und der hierzu ergangenen Rechtsprechung (Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 3.Juli 2003).

Zu zahlen sind bis zu 80 v. H. der Personal- und Sachkosten an anerkannte Beratungsstellen und Ärzte. Die Ärzte werden ab 1. Januar 2005 in die Förderung einbezogen. Gegenwärtig sind ca. 152 Personalstellen und Ärzte (eine Personalstelle bzw. Arzt je 40.000 Einwohner) nach § 4 Abs. 1 SchKG zu finanzieren.

Bei neu anerkannten Beratungsstellen kann eine einmalige Anschubfinanzierung (z.B. Erstausstattung) gewährt werden. Außerdem werden mit der Thematik in Zusammenhang stehende Projekte (Projekt Moses, Babyklappe) gefördert.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VIII.

5. Empfänger

Örtliche, überörtliche, freie und kommunale Träger sowie Ärzte.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Der Umfang der Förderung richtet sich nach der Zahl der Beratungsfälle unter Beachtung der Rechtsprechung sowie Festsetzung der Förderung im Einzelfall.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	5.685.000	3.168.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	5.685.000	3.168.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	5.685.000	3.168.000	Bewilligungsvolumen 2004
Berningangsvolumen 2005	0.000.000	5.100.000	Dewningungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Die Mittel sind übertragbar.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Personalstellen im Förderbereich.
- Anzahl der geleisteten Beratungen (getrennt nach §§ 2 und 5 SchKG).
- Verhältnis von Zahl der Konfliktberatungen zu Zahl der Abbrüche.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der erreichten Personen nach demografischen Merkmalen.

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Erhöhung des Ansatzes ab dem Jahr 2005 aufgrund aktueller Rechtsprechung und Einbeziehung der Ärzte.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 24 - Erstattungen für das Informations- und Behandlungszentrum für Vergiftungen in Mainz</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

§16 e des Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz – ChemG) vom 20. Juni 2002 (BGBI. I, S. 2090);

Verwaltungsabkommen zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen vom 12.April / 23.Mai 2000.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Information und Beratung bei Vergiftungen werden durch die Giftinformationszentrale den hessischen Bürgern sowie den Fachkräften des Gesundheitswesens jederzeit abrufbar zur Verfügung gestellt.

Auftretende toxikologische Fragestellungen werden bewertet und entsprechende Beratungen vorgenommen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Gewährleistung einer umfassenden Information und Beratung der Bevölkerung und der Fachkräfte des Gesundheitswesens bei Vergiftungen.

5. Empfänger

Ministerium für Umwelt und Forsten, Rheinland Pfalz.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

- 1 -

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	358.300	334.300	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	358.300	334.300	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	358.300	334.300	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9.	Fina	nzieri	ungsn	nittel
J.	1 1110		ungan	1111101

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)Verhältnis Gesamtausgaben zu Beratungsfällen.
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Verhältnis der Gesamtausgaben zu der hessischen Bevölkerung.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 25 – Maßnahmen zur Abwehr von</u> Infektionsgefahren

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionsgefahren beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBI. I, S. 1045).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zur Abwehr von Infektionsgefahren erfolgt die Unterstützung der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender, die Beschaffung von Impfstoffen sowie der Betrieb eines Kompetenzzentrums für hochkontagiöse Infektionen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Eine umfassende Gesundheitsplanung bietet Konzepte und Lösungen für Vorbeugungsmaßnahmen und akute infektiöse Vorfälle.

5. Empfänger

Gemeinden und Gemeindeverbände.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Bündelung unterschiedlicher Maßnahmen lässt die Eintragung einer Zählgröße nicht zu.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	154.300	154.300	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	154.300	154.300	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	154.300	154.300	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)Gesamtkosten der Maßnahmen im Verhältnis zur Anzahl der Maßnahmen.
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Gesamtkosten der Maßnahmen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 26 – Erstattungen an Beschäftigte</u> im Gesundheitsbereich und sonstigen Berufen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

A. Erstattungen Landesärztekammer:

Hessisches Sozialministerium

B. Leistungen an Hebammen und Entbindungspfleger:

Hessisches Sozialministerium und Regierungspräsidium Darmstadt

C. Entschädigungsleistungen nach dem Infektionsschutzgesetz:

Hessisches Sozialministerium und Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen, Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

- A. Sozialplan ehemalige Röntgenbildschirmstelle;
- <u>B.</u> Gesetz über den Beruf der Hebamme und des Entbindungspflegers (Hebammengesetz HebG) vom 4. Juni 1985, Gewährung des Mindesteinkommens für Hebammen nach der Verordnung über die Gewährleistung des Mindesteinkommens für Hebammen vom 5. September 1978 (GVBI. I, S. 517), Ehrengaben an Hebammen aus Anlass von Dienstjubiläen (StAnz. 1981 S. 1931), Ausgleichsbeträge gemäß § 24 Abs. 2 und andere Leistungen gemäß § 14 Abs. 3 des Hebammengesetzes vom 21. Dezember 1938 (RGBI. I, S. 1893);
- <u>C.</u> Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionsgefahren beim Menschen (Infektionsschutzgesetz IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBI. I, S. 1045).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

- <u>A.</u> Aufwendungen (Pensionsleistungen) die im Zusammenhang mit der aufgelösten Röntgenschirmbildstelle Hessen entstehen, werden der Landesärztekammer erstattet
- <u>B.</u> Weiterhin werden Leistungen an Hebammen und Entbindungspfleger gewährt, die ein Mindesteinkommen sichern sollen, Ausgleichsbeträge enthalten bzw. Ehrengaben darstellen.
- <u>C.</u> Personen, die nach dem Infektionsschutzgesetz ihren Beruf vorübergehend nicht oder dauerhaft nicht mehr ausüben dürfen, erhalten Entschädigungsleistungen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Staatliche Gesundheitsvorsorge zum Schutz der Bevölkerung.

5. Empfänger

- A. Witwen von Landesbediensteten;
- B. Hebammen und Entbindungspfleger;
- C. Geschädigte Ausscheidungsverdächtige.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Bündelung unterschiedlicher Maßnahmen lässt die Eintragung einer Zählgröße nicht zu.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	41.000	41.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	41.000	41.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE			VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	41.000	41.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Anzahl der Pensionäre im Verhältnis zu den Landesmitteln.
- Anzahl der Entschädigungsleistungen im Verhältnis zu den eingesetzten Landesmitteln.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 27 – Arzneimitteluntersuchungen</u> und Substitutionsregister

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium und Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

A. Arzneimitteluntersuchungen

§ 65 des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz) vom 5. August 2004 (BGBI. I, S. 2031) und Abkommen über die Beteiligung des Landes Hessen am Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arzneimitteluntersuchung vom 1. August 2002.

B. Substitutionsregister

Betäubungsmittelverschreibungsverordnung gemäß Kostenvereinbarung vom 22.02.2002.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

<u>A.</u> Nach Arzneimittelgesetz ist das Land Hessen verpflichtet, von den in Verkehr gebrachten Arzneimitteln Proben zu nehmen und diese zu untersuchen. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Arzneimittelsicherheit geleistet. Diese Aufgabe wird für das Land durch das Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH in Bremen wahrgenommen. Die Kosten werden zum Teil durch die Pharmaunternehmen erstattet.

<u>B.</u> Beteiligung des Landes Hessen für ein Register das im Auftrag der Länder beim Bundesinstitut für Arzneimittel- und Medizinprodukte zur zentralen Erfassung der Substitutionsbehandlungen von Drogenabhängigen (Substitutionsregister) eingerichtet wurde.

4. Bezug zu politischen Zielen

Die Sicherheit im Verkehr mit Arzneimitteln und Wirkstoffen ist zum Schutz und Wohle der Verbraucher nach nationalen und internationalen Normen interessenunabhängig zu gewährleisten.

5. Empfänger

- A. Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH (= 540.000 Euro).
- <u>B.</u> Bundesinstitut für Arzneimittel- und Medizinprodukte (= 16.000 Euro).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

- 1 -

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	556.000	556.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	556.000	556.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	556.000	556.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

8.1 Ausgaben können unabhängig von den Erlösen in Höhe der Gesamtkosten geleistet werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Verhältnis der untersuchten Proben zu beanstandeten Proben.
- Verhältnis der Gesamtzahl der Substituierten zu den mehrfach Substituierten.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.3 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 28 – Ausbildung und Prüfungen im</u> Bereich der Gesundheitsberufe

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

<u>A.</u> Artikel 11 des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in der Fassung vom 17. Juni 1993, Bekanntmachung vom 4. September 1994 (GVBI. I, S. 422).

<u>B.</u> Approbationsordnung für Apotheker vom 19. Juli 1989 (BGBI. I, S. 1489), Approbationsordnung für Ärzte vom 14. Juli 1987 (BGBI. I, S. 1593), Psychotherapeutengesetz vom 16. Juni 1998 (BGBI. I, S. 1311) und entsprechende Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

<u>A.</u> Für eine ordnungsgemäße und einheitliche Durchführung der Prüfungen der Heilberufe (Ärzte, Apotheker, Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichen Psychotherapeuten) werden vom Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz, die entsprechenden Prüfungsunterlagen erarbeitet. Die Bundesländer sind an der Finanzierung beteiligt.

<u>B.</u> Die Approbationsordnungen der Ärzte und Apotheker sowie die Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen für Kinder- und Jugendlichen Psychotherapeuten schreiben verpflichtend entsprechende Ausbildungs- und Unterrichtsveranstaltungen vor. Darüber hinaus beteiligt sich das Land Hessen für berufsbegleitende Unterrichtsveranstaltungen der Pharmaziepraktikanten und Ausbildungsveranstaltungen für ärztliche Fachberufe.

4. Bezug zu politischen Zielen

Durch Ausbildung, Prüfung, Approbation und Berufserlaubnis für Angehörige der akademischen Heilberufe ist die fachgerechte Wahrnehmung ihrer Aufgaben gesichert.

5. Empfänger

- A. Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP).
- <u>B.</u> Ärzte, Apotheker, Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichen Psychotherapeuten.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

A. - 1 -

<u>B.</u> Die Bündelung unterschiedlicher Maßnahmen lässt die Eintragung einer Zählgröße nicht zu.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	449.100	449.100	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	449.100	449.100	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	449.100	449.100	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Erlöse erhöhen die Ausgabeermächtigung.
- 8.1 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Anzahl der Prüflinge im Verhältnis zu den Gesamtkosten.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Zahl der bestandenen Prüfungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Prüfungen.

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 29 – Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten vom 6. Juli1998 (GVBI. I, S. 436 / 1999).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten ist im Auftrag der Länder für die Akkreditierung von Laboratorien, Zertifizierungsstellen und Konformitätsbewertungsstellen im Bereich der Medizinprodukte zuständig. Darüber hinaus koordiniert sie im Auftrag der Länder im Bereich der Arzneimittelüberwachung und -untersuchung die Arbeiten für das notwendige Qualitätssystem, bereitet Informationen auf und fasst diese zusammen und vertritt die Länder auf internationaler Ebene, z.B. in europäischen Gremien sowie im Rahmen internationaler Abkommen der EU mit Drittstaaten (Kanada, Australien, Neuseeland, Schweiz, Japan).

4. Bezug zu politischen Zielen

Qualität und Sicherheit von Medizinprodukten und Arzneimittelüberwachung und -untersuchung sind durch die Bündelung an einer Stelle unter internationalen Wettbewerbsbedingungen gesichert und werden fortlaufend verbessert.

5. Empfänger

Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

- 1 -

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	46.400	33.300	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	46.400	33.300	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008			VE 2005 VE 2006 VE 2007
VE 2009 ff. Summe VE	-	-	VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	46.400	33.300	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Anteil der Landesmittel im Verhältnis zu den nicht durch Einnahmen gedeckten Gesamtausgaben im Bereich der Medizinprodukte.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Arzneimittelbereich: Zufriedenheit der Bundesländer nach Befragungsergebnis.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Aufgaben der Länder im internationalen Bereich nehmen aufgrund der Globalisierung der Pharmaindustrie zu.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 30 – Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

§7 Abs.2 des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen (Gesetz zu dem Abkommen vom 11.Juni 1971 (GVBI. I, S. 141)).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf bietet für die Bundesländer eine Qualifizierung von Ärzten und Ärztinnen für den öffentlichen Gesundheitsdienst an. Die Landesmittel sind für die hessischen Teilnehmer an den Lehrgängen bestimmt.

4. Bezug zu politischen Zielen

Durch Schulung von Fachpersonal ist die Qualität des öffentlichen Gesundheitsdienstes gesichert und die Gesundheitsaufklärung verbessert.

5. Empfänger

Akademie für öffentliches Gesundheitswesen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

- 1 -

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	275.000	275.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	275.000	275.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008			VE 2005 VE 2006 VE 2007
VE 2006 VE 2009 ff. Summe VE	-	-	VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	275.000	275.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)Zahl der hessischen Teilnehmer im Verhältnis zu den Gesamtkosten.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Absolventenzufriedenheit nach Befragungsergebnis.

- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 31 – Abwicklung der Abschnitte II und IV des Flüchtlingshilfegesetzes (FlüHG)</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Abschnitte II und IV des Flüchtlingshilfegesetzes (FlüHG) in der Fassung vom 15.Mai 1971 (BGBI. I, S. 681) zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 26.Mai 1994 (BGBI. I, S. 1014).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Vereinnahmung der Rückflüsse des Landesanteils (20%) der nach dem Flüchtlingshilfegesetz gewährten Eingliederungs-Darlehen einschließlich der anteiligen Zinsen, Erstattung von Verwaltungskosten an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

4. Bezug zu politischen Zielen

Abwicklung der Kriegs-, NS- und Teilungsfolgen.

5. Empfänger

Land Hessen (Rückflüsse), Kreditanstalt für Wiederaufbau (Verwaltungskosten).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Verwaltungskostenerstattung richtet sich nach der Anzahl der Rückzahlungsbeträge.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	1.000	1.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	1.000	1.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	1.000	1.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Ausgaben können unabhängig von den Erlösen in Höhe der Gesamtkosten geleistet werden.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Rückzahlungsbetrag gegenüber dem offenen Darlehensbetrag.

- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Anzahl der Überweisungen.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 32 - Erstattungen an die Zentralstelle für Sicherheitstechnik (ZLS)

1. Verantwortliche operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Staatsvertrag vom 16./17. Dezember 1993, zuletzt geändert am 13. März 2003.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die Zentralstelle für Sicherheitstechnik ist für die bundesweite Akkreditierung von Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen im Bereich der Sicherheitstechnik sowie im Bereich des Gefahrstoffrechts gemäß der Normenreihe DIN EN 45 000 im Hinblick auf die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes zuständig.

Zu Ihren Aufgaben gehören unter anderem die Betriebssicherheit von Arbeitsmitteln und überwachungsbedürftigen Anlagen.

Die ZLS finanziert sich in erster Linie aus Gebühreneinnahmen aus den durchgeführten Akkreditierungen und Zertifizierungen. Erzielte Überschüsse beziehungsweise Defizite werden nach einem abgeschlossenen Geschäftsjahr nach dem "Königsteiner Schlüssel" auf die Bundesländer verteilt.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt XVIII.

5. Empfänger

Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik in Bayern (München).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

1; abhängig vom Jahresergebnis der ZLS.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro <u>nachrichtlich</u> 2004
Gesamtkosten	10.000	- Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre		davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	10.000	- davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005		Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	_	VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	- Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	10.000	- Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Regelungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennziffern / Qualitätskennziffern
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 - Höhe des Defizitzuschusses.
 - Höhe des Überschusses.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
 - Anzahl der Akkreditierungen.
 - Anzahl der abgelehnten Akkreditierungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Anträge.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Keine.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 33 - Grenzüberschreitende Marktüberwachung - ICSMS –</u>

1. Verantwortliche operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

§ 8 Abs. 2, § 9 Abs. 1 und § 10 Abs. 2 Geräte- und Produktsicherheitsgesetz vom 6.Januar 2004 (BGBl. I, S.2);

Richtlinie 2001/95/EG zur allgemeinen Produktsicherheit (ABI. EG Nr. L11 S. 4).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Internetgestütztes Informations- und Kommunikationssystem für eine grenzüberschreitende Marktüberwachung (ICSMS).

Die wesentliche Aufgabe von ICSMS besteht darin, über eine Internetdatenbank den Marktüberwachungsbehörden in Europa Produktinformationen bereitzustellen und diese auszutauschen.

ICSMS besteht aus einem geschlossenen und einem öffentlichen Bereich. Der geschlossene Bereich dient den Marktüberwachungsbehörden, dem Zoll und der EU-Kommission also den amtlichen Stellen. Er beinhaltet alle Produktinformationen, Prüfergebnisse, behördliche Maßnahmen, etc. für das staatliche Handeln. Der öffentliche Teil beinhaltet amtliche Informationen zu gefährlichen Produkten für Verbraucher und Inverkehrbringer gem. § 10 GPSG.

Die Behörden erhalten damit zeitnah Testergebnisse und Informationen über unsichere Produkte, Schutzklauselmeldungen, RAPEX Meldungen sowie Informationen über Hersteller, Importeure und Händler und getroffene Maßnahmen. Zwischenzeitlich nehmen neben der Bundesrepublik Deutschland bereits folgende Mitgliedsstaaten an dem Informationsaustausch über das Internet teil: Belgien Luxemburg Schweden Österreich Estland. Insgesamt sind dies 230 Behörden mit ca. 900 Anwendern. Ein weiterer Ausbau auf alle Mitgliedsstaaten in Verbindung mit der EU-Kommission ist geplant.

Der Aufbau von modernen Medien (Internet) zum schnellen Austausch von Informationen über unsichere Produkte im Rahmen europäischer Netzwerke ist Bestandteil der Verbraucherschutzpolitischen Ziele 2002 bis 2006. Ebenso dient eine wirksame effektive Marktüberwachung dem Schutz vor unfairem Wettbewerb durch unsichere Produkte. (Aufteilung der Gesamtkosten entsprechend dem "Königsteiner Schlüssel" in Deutschland bzw. europaweit nach dem "Nizza-Schlüssel").

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt XVIII und XXI.8.

5. Empfänger

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, die das Running-Team von ICSMS stellen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

1; abhängig von den Gesamtkosten der ICSMS.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	8.000	8.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	8.000	8.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	_		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	8.000	8.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Regelungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennziffern / Qualitätskennziffern

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Höhe des Finanzierungsbedarfes.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

- Anzahl der Gesamteinträge.
- Anzahl der hessischen Einträge.
- Anzahl der verfolgten Meldungen.

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Verfügbarkeit der Datenbank.

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Kapitel 08 05 / Buchungskreisnummer 2799 Kapitelbezeichnung Wirtschaftsplan Leistungsplan Förderproduktblatt

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 34 – Bewerber für den öffentlichen</u> Gesundheitsdienst (Rückflüsse aus Darlehen/Vertragsstrafen)

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit dem jeweiligen Darlehensempfänger

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Rückzahlungen der Darlehen, die Bewerber für den öffentlichen Gesundheitsdienst im Rahmen ihrer Ausbildung erhalten haben; Geltendmachung von Vertragsstrafen bei Bewerbern, die nicht in den öffentlichen Gesundheitsdienst eingetreten sind. Das damalige Darlehensprogramm wird abgewickelt.

4. Bezug zu politischen Zielen

5. Empfänger

Land Hessen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Rückzahlungen sind wegen Klageverfahren und unterschiedlicher Darlehenshöhe nicht bestimmbar.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	-	-	Gesamtkosten
davon für eingegange VE			davon für eingegange VE
der Vorjahre			der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	-	-	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006			VE 2005
VE 2007			VE 2006
VE 2008			VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	-	-	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

Kapitel 08 05 / Buchungskreisnummer 2799 Kapitelbezeichnung Wirtschaftsplan Leistungsplan Förderproduktblatt

- 9. Finanzierungsmittel
- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Zahl der zurückzahlenden Bewerber.
- 10.4 Kennzahlen zur ProzessqualitätErhaltene Darlehensrückflüsse zu geforderten Darlehensrückflüssen.
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

 Das Programm läuft aus.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Bis zur Abwicklung aller offenen Forderungen des Landes.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 35 – Akademie der Arbeit

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Vertrag des Landes Hessen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund vom 24.April / 23.Mai 1951, zuletzt geändert durch Vertrag vom 23.Januar 2002 sowie Vertrag zur Übernahme der Schulden- und Tilgungsleistungen aus der Aufnahme eines Darlehens vom Februar 1995.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Förderung der Stiftung "Akademie der Arbeit" sowie Übernahme des Schuldendienstes für die Grundsanierung des Internatsgebäudes.

4. Bezug zu politischen Zielen

Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

5. Empfänger

Akademie der Arbeit.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

1

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	396.000	649.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	396.000	649.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.			VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	396.000	649.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)Verwaltungskosten pro Euro Landeszuschuss.
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Durchschnittlicher Landeszuschuss pro Lehrgangsteilnehmer.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Vertragsänderung ist beabsichtigt.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Der Schuldendienst endet mit Ablauf des Jahres 2005.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 36 – HIV-Stiftung

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Gesetz über die humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen (HIV-Hilfegesetz - HIVHG) vom 24. Juli 1995 (BGBI. I, S. 972) zuletzt geändert am 25. November 2003 (BGBI. I, S. 2304, 2310);

Beschluss der 74. Gesundheitsministerkonferenz (GMK) vom 21. Juni 2001.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die seit 1995 aufgebrachten Mittel der Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen" in Höhe von 250 Mio. DM sind durch die erheblichen therapeutischen Erfolge bei der AIDS-Bekämpfung und den dadurch bedingten längeren Überlebenszeiten der Erkrankten früher verbraucht, als ursprünglich angenommen. Insoweit haben die Länder auf der 74. GMK am 21. Juni 2001 einstimmig beschlossen, sich an einer Zustiftung, die den Bedarf bis voraussichtlich 2010 abdecken wird, zu beteiligen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein auf die AIDS-Kranken abgestelltes Beratungs- und Hilfsangebot ist vorhanden.

5. Empfänger

Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen".

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

- 1 -

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Euro	Euro	nachrichtlich 2004
198.000		- Gesamtkosten
		davon für eingegange VE der Vorjahre
198.000		- davon für neues Programm 2004
		Verpflichtungser- mächtigungen 2004
-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. - Summe VE
198 000		- Bewilligungsvolumen 2004
	198.000	198.000 198.000

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke Keine produktspezifischen Einschränkungen.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Eingesetzte Landesmittel im Verhältnis zu den Gesamtkosten.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Zahl der unterstützten Personen im Verhältnis zu den Gesamtkosten.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Bis voraussichtlich Ende 2010.

Kapitel 08 05 / Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen Erfolgsplan (Fördermittelbuchungskreise)

Pos	. VKR	Bezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
1	50/51 548-549	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit Kostenersätze und Erstattungen	2.929.000	2.929.000	3.011.106 -
	510-513	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit	2.929.000	2.929.000	3.011.106
4	514-518 530-538	Sonstige Erträge Sonstige betriebliche Erträge	- 8.970.000	- 8.970.000	- 6.406.717
		Betriebsertrag	11.899.000	11.899.000	9.417.823
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	1.090.900	990.900	1.020.656

514-518 4 530-538 5 60/61 610-615, 617,619 650-659, 670-709 650-659	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit Sonstige Erträge Sonstige betriebliche Erträge Betriebsertrag Bezogene Waren und Leistungen Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	2.929.000 - 8.970.000 11.899.000 1.090.900 1.090.900	2.929.000 - 8.970.000 11.899.000 990.900	3.011.106 - 6.406.717 9.417.823 1.020.656 1.020.656
5 60/61 610-615, 617,619 650-659, 670-709 650-659	Sonstige betriebliche Erträge Betriebsertrag Bezogene Waren und Leistungen	11.899.000	11.899.000	9.417.823
5 60/61 610-615, 617,619 650-659, 670-709 650-659	Betriebsertrag Bezogene Waren und Leistungen	11.899.000	11.899.000	9.417.823
5 60/61 610-615, 617,619 650-659, 670-709 650-659	Bezogene Waren und Leistungen	1.090.900	990.900	1.020.656
610-615, 617,619 650-659, 670-709 650-659				
617,619 650-659, 670-709 650-659	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	1.090.900	990.900	1.020.656
650-659	5 , 5 ,			
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.979.000	5.433.000	1.396.276
	Sonstige Personalaufwendungen	-	-	-
6/0-6/9	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3.979.000	5.433.000	1.396.276
690-696	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen	-	-	-
	Betriebsaufwand	5.069.900	6.423.900	2.416.932
	Don 1000aa maria		5.475.100	7.000.891

Kapitel 08 05 / Buchungskreisnummer 2799 Verpflichtende Transferleistungen Erfolgsplan (Fördermittelbuchungskreise)

9	540-543,	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	21.972.000	20.391.500	21.699.579
9a	545-547 544	Erträge aus Produktabgeltungen	170 072 000	186.934.000	200.232.000
9a 10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	179.973.000	100.934.000	200.232.000
10	330-339	Steuererträge und Leistungsabgeltung	201 945 000	207.325.500	221.931.579
		Stederer rage und Leistungsabgeitung	201.943.000	207.323.300	221.931.379
11	710-719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen (ohne Investitionen)	208.774.600	212.801.100	228.819.721
11a	7100100300	nicht rückzb. Zuw. f. Investitionen	-	-	112.808
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	
		Leistungstransfers	208.774.600	212.801.100	228.932.529
		Steuer- und Leistungsergebnis	-6.829.600	-5.475.600	-7.000.950
		Verwaltungsergebnis	-500	-500	-59
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	500	500	59
		Finanzertrag	500	500	59
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen		-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	
		Finanzaufwand	0	0	0
		Finanzergebnis	500	500	59
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
17	539, 590-599	Außerordentliche Erträge, Entnahmen aus Rücklagen, Erträge aus Verlustübernahme, periodenfremde Erträge	-	-	-
		Außerordentlicher Ertrag	0	0	0
18	668-669, 697-699, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Einstellungen in Rücklagen, Aufwand aus Gewinnabführungen, periodenfremde Aufwendungen	-	-	
		Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
		Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	
		= Transferzuwendungen	0	0	0
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen f. Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen u. besondere Finanzausgaben	-	-	-
		= Transferzahlungen	0	0	0
_		= Transferergebnis	0	0	0
		= Neutrales Ergebnis	0	0	0
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	
		Jahresergebnis	0	0	0

Kapitel 08 05 Verpflichtende Transferleistungen

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 05 Verpflichtende Transferleistungen

- 1. Einnahmen können, soweit durch die Bewirtschaftungsvermerke in den einzelnen Förderproduktblättern geregelt, zur Verstärkung der Ausgaben eingesetzt werden.
- Die Ansätze der Hauptgruppen 5 bis 9 sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.
 Verpflichtungsermächtigungen sind im Rahmen der jeweiligen Einzelregelungen in den Förderproduktblättern deckungsfähig.
 Rücklagen können mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen gebildet werden.

EINNAHMEN

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

n o 11					
n e u 111	234	Gebühren, sonstige Entgelte	2 929 000	2 929 000	3 011 106
119	div	Sonstige Verwaltungseinnahmen	180 000	180 000	486 543
n e u 162	246	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	500	500	59
182	div	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	50 000	50 000	6 648
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
231	div	Sonstige Zuweisungen vom Bund	20 528 000	20 190 000	21 213 036
n e u 232	254	Sonstige Zuweisungen von Ländern	_	21 500	_
n e u 271	127	Erstattungen von der EU	1 264 000	_	_
281	div	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	8 970 000	8 970 000	6 406 717
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)			
n e u 359	951	Sonstige Entnahmen	_	_	_
		Gesamteinnahmen Kapitel 08 05	33 921 500	32 341 000	31 124 109

Kapitel 08 05 Verpflichtende Transferleistungen

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst

511 div Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	_
533 div Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Au- ßenstehender	9 240
538 div Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	934 985
div Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	85 671
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)	
611 div Allgemeine Zuweisungen an Bund — — —	_
631 div Sonstige Zuweisungen an Bund	3 931 455
div Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	376 000
div Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	140 370 502
n e u 636 214 Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	645 615
div Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	3 164 695
n e u 663 156 Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	85 897
671 div Erstattungen an Inland	1 387 035
div Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	52 598 801
n e u 682 291 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661)	17 187 257
div Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	8 604 852
Verpflichtungsermächtigung	
Haushaltsjahr EUR	
2006 2 000 000	
2007 2 000 000	
2008	
Gesamtverpflichtung 5 000 000	

Kapitel 08 05 Verpflichtende Transferleistungen

Kapite Titel	el	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer		ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
Ker	nziiter		EUR	EUR	EUR
685	div	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtun-			
000	uiv	gen	1 788 500	1 829 700	1 855 604
n e u					
686	314	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	_	_	_
		Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
n e u	04.4	Email and Continue to the Cont			
812	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	_	_	112 808
n e u 893	314	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	_	_	_
		Besondere Finanzierungsausgaben			
n e u 919	951	Sonstige Zuführungen	_	_	_
n e u					
981	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	_	_	_
		Gesamtausgaben Kapitel 08 05	213 844 900	219 565 800	231 350 418
	Abso	chluss Kapitel 08 05			
	0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	_	_	_
	1	Eigene Einnahmen	3 159 500	3 159 500	3 504 356
	2	Übertragungseinnahmen	30 762 000	29 181 500	27 619 754
	3	Vermögenswirksame und besondere			
		Finanzierungseinnahmen	_	_	
	Gesa	ımteinnahmen	33 921 500	32 341 000	31 124 109
	4	Personalausgaben	_	_	_
	5	Sächliche Verwaltungsausgaben	1 114 900	1 014 900	1 029 896
		Ausgaben für den Schuldendienst	_	_	_
	6	Übertragungsausgaben	212 730 000	218 550 900	230 207 714
	7	Baumaßnahmen	_	_	_
	8	Sonstige Investitionsausgaben	_	_	112 808
	9	Besondere Finanzierungsausgaben	_	_	
	Gesa	ımtausgaben	213 844 900	219 565 800	231 350 418
	Zusc	huss/Überschuss	-179 923 400	-187 224 800	-200 226 309

Kapitel 08 06 / Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen Wirtschaftsplan (Fördermittelbuchungskreise)

A. Vorbemerkungen

Bei Kapitel 08 06 sind freiwillige Leistungen des Landes insbesondere aus den Bereichen Kinder, Jugend, Familie, Frauen, Ältere Menschen, Behinderte, Gesundheit, Suchthilfe, Arbeitsmarkt, Vertriebene und ausländische Mitbürger sowie die Mittel für die Rahmenvereinbarung zur Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen veranschlagt.

Die entsprechenden Mittel waren bisher in den Kapiteln 08 02, 08 03, 08 20, 08 21, 08 22, 08 24, 08 29, 08 30 und 08 44, etatisiert.

Die einzelnen Produkte ergeben sich aus dem beigefügten Leistungsplan.

B. <u>Bewirtschaftungsvermerke</u>

1. Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach §§ 7 a und 71 a LHO und den dazu ergangenen Vorläufigen Regelungen.

Die Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen der Produkte Nr. 6, 7, 8 und 35 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der Produkte Nr. 23 und 24 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der Produkte Nr. 33 und 34 sind gegenseitig deckungsfähig.

Produktbezogene Rückzahlungen aus Leistungen des laufenden Jahres erhöhen die jeweiligen Ausgabeermächtigungen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, dürfen zur Verstärkung der einzelnen Produkte eingesetzt werden.

Informationsmaterial darf unentgeltlich abgegeben werden.

Rücklagen dürfen mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums der Finanzen produktbezogen gebildet werden.

Vorgriffe gem. § 37 Abs. 6 LHO gehen nicht zu Lasten von Rücklagen.

Kapitel 08 06 / Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen Wirtschaftsplan (Fördermittelbuchungskreise)

2. Leistungsplan

Hinsichtlich der im Leistungsplan ausgewiesenen Produkte ist Nr. 6.5 der VV zu § 7 a LHO zu beachten, soweit förderproduktbezogene Regelungen bzw. Bewirtschaftungsvermerke nichts anderes bestimmen.

Für die Zuführungen aus den Überschüssen der Wetteinsätze von Lotto, Sportwetten und Zusatzlotterien in Höhe von 55.864.000 Euro in 2005 und für die Zuführungen aus den Leistungen der Spielbanken und des Landesanteils am Troncaufkommen von 3.504.000 Euro in 2005 wurden keine Produkte gebildet. Diese Einnahmen sind nicht im Leistungsplan enthalten. Die Darstellung erfolgt ausschließlich im kameralen Teil und im Erfolgsplan.

Gleiches gilt für im kameralen Teil veranschlagte erwartete Einnahmen aus Rückforderungen von Zuwendungen, Einnahmen aus Zinsen und vermischte Einnahmen mit zusammen 754.300 Euro in 2005.

	In 1	1.000 Euro	
	2005	2004	2003
Produktabgeltung laut Leistungsplan	66.082	59.119	63.652
 Verrechnung zwischen Kapiteln aus Lotto, Sportwetten und Zusatzlotterien bei Kap. 08 06 – 381 41 dto. aus dem Aufkommen der Spielbanken 	55.864	53.557	47.144
und Tronc bei Kap. 08 06 – 381 42	3.504	3.504	2.930
 Rückzahlung von Überzahlungen bei Kap. 08 06 – 119 41 	718	721	988
 Vermischte Einnahmen bei Kap. 08 06 – 119 51 	1	0	10
 Zinsen aus zurückzuzahlenden Zuwendung bei Kap. 08 06 – 162 44 	en 35	38	56
Kameraler Zuschuss	5.960	1.299	12.524
HAV	5.960	1.300	12.523

Kapitel 08 06 / Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen Wirtschaftsplan (Fördermittelbuchungskreise)

3. **Erfolgsplan**

Zuführungen aus den Überschüssen der Wetteinsätze von Lotto, Sportwetten und Zusatzlotterien sowie aus den Leistungen der Spielbanken und des Landesanteils am Troncaufkommen sind im Erfolgsplan aufzunehmen.

Gleiches gilt für im Leistungsplan nicht enthaltene Einnahmen aus Rückforderungen von Zuwendungen, Einnahmen aus Zinsen und vermischte Einnahmen.

	In 1.000 Euro		
	2005	2004	2003
Jahresergebnis laut Erfolgsplan	60.122	57.820	51.128
- Lotto, Sportwetten und Zusatzlotterien;			
sowie aus dem Aufkommen der Spiel-			
banken und Tronc	59.368	57.061	50.074
- außerordentliche Erträge aus Rück-			
zahlung von Überzahlungen, Vermischte			
Einnahmen und Zinsen	754	759	1.054
Ergebnis:	0	0	0

Kapitel 08 06/ Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen Leistungsplan

(Fördermittelbuchungskreise)

		Soll 2005						
Nr.	Förderprodukte	Menge ¹⁾	Gesamt- kosten ²⁾	Erlöse ³⁾	Produkt- abgeltung ⁴⁾	Ergebnis ⁵⁾		
1	Bürgerschaftliches Engagement im sozialen Bereich einschließlich Hospizarbeit	1	450	-	450	-		
2	Chancengleichheitsmaßnahmen	1	148	-	148	-		
3	Frühförderung Behinderter	1	830	-	830	-		
4	Preise und Auszeichnungen	1	53	-	53	-		
5	Schutz von Frauen vor Gewalt	1	299	-	299	-		
6	Ausbildung für Benachteiligte	1	12.813	3.373	9.440	-		
7	Hessisches Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik (HARA)	1	10.070	6.070	4.000	-		
8	Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte	1	9.908	3.228	6.680	-		
9	Lokales Kapital für soziale Zwecke	1	380	380	-	-		
10	Gemeinschaftinitiative Beschäftigung	1	213	213	-	-		
11	Kommunalisierung sozialer Hilfen	1	13.000	-	13.000	-		
12	Freie Wohlfahrtspflege	1	156	-	156	-		
13	Offene Altenhilfe	1	903	722	181	-		
14	Förderung von ambulanten Versorgungskonzepten und -strukturen für demenziell Erkrankte	1	220	-	220	-		
15	Förderung von Behindertenverbänden	1	147	-	147	-		
16	Investitionszuschüsse für Behinderteneinrichtungen	1	6.000	-	6.000	-		
17	Berufliche Qualifizierung für behinderte junge Menschen	1	289	289	-	-		
18	"hessenstiftung - familie hat zukunft"	1	32	-	32			
19	Investitionszuschüsse an Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe	1	1.500	-	1.500	-		
20	Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Kinder- Jugendhilfe	1	101	-	101			

¹⁾ Bei unterschiedlicher Zählgrösse nähere Angaben auf Produktblatt

²⁾ Entspricht dem bisherigen Haushaltsansatz

³⁾ Erlöse = EU-, Bundes- und sonst. Mittel

⁴⁾ Produktabgeltung entspricht dem Landesanteil an der Finanzierung

⁵⁾ Ergebnis = Gesamtkosten ./. Erlöse ./. Produktabgeltung

Kapitel 08 06/ Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen L e i s t u n g s p l a n (Fördermittelbuchungskreise)

Soll 2004					Ist 2003				
Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
-	300	-	300	-	-	354	-	354	-
-	148	-	148	-	-	178	-	178	-
-	830	-	830	-	-	816	-	816	-
-	53	-	53	-	-	13	-	13	-
-	299	-	299	-	-	123	-	123	-
-	8.250	-	8.250	-	-	7.488	-	7.488	-
-	4.000	-	4.000	-	-	9.995	5.197	4.798	-
-	8.750	2.500	6.250	-	-	8.835	2.387	6.448	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	12.489	-	12.489	-	-	17.479	-	17.479	-
-	156	-	156	-	-	221	-	221	-
-	1.536	1.355	181	-	-	366	213	153	-
-	846	726	120	-	-	-	-	-	-
-	147	-	147	-	-	170	-	170	-
-	6.000	-	6.000	-	-	4.241	-	4.241	-
-	-	-	-	-	-	314	314	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	1.500	-	1.500	-	-	1.647	-	1.647	-
-	101	-	101	-	-	153	-	153	-

Kapitel 08 06/ Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen L e i s t u n g s p l a n (Fördermittelbuchungskreise)

				Soll 2005		
Nr.	Förderprodukte	Menge ¹⁾	Gesamt- kosten ²⁾	Erlöse ³⁾	Produkt- abgeltung ⁴⁾	Ergebnis ⁵⁾
21	Sondermaßnahmen der Jugendhilfe	1	164	-	164	-
22	Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit	1	151	111	40	-
23	Offensive für Kinderbetreuung	1	14.000	-	14.000	-
24	Familienpolitische Offensive	1	323	-	323	-
25	Investitionsförderung für Kindergärten	1	-	-	-	-
26	Maßnahmen der Suchthilfe	1	1.314	-	1.314	-
27	Früherkennung	1	200	-	200	-
28	Zuwendungen für nicht-ärztliche Heilberufe	1	1.102	462	640	-
29	Gesundheitsförderung	1	372	-	372	-
30	Förderung des Internatsbetriebes des privaten Litauischen Gymnasiums	1	70	-	70	-
31	Förderung der ostdeutschen Kultur nach § 96 BVFG	1	610	-	610	-
32	Förderung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen	1	310	-	310	-
33	Förderung von Integrationsmaßnahmen	1	1.500	-	1.500	-
34	Sprachförderung im Kindergartenalter	1	3.256	-	3.256	-
35	ESF-Arbeitsmarktprogramme	1	5.075	5.075	-	-
36	Qualifizierung und Weiterentwicklung der Arbeit von Betreuungsvereinen	1	47	-	47	
	Summe	/	86.005	19.923	66.082	-

- 1) Bei unterschiedlicher Zählgrösse nähere Angaben auf Produktblatt
- 2) Entspricht dem bisherigen Haushaltsansatz
- 3) Erlöse = EU-, Bundes- und sonst. Mittel
- 4) Produktabgeltung entspricht dem Landesanteil an der Finanzierung
- 5) Ergebnis = Gesamtkosten ./. Erlöse ./. Produktabgeltung

Kapitel 08 06/ Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen L e i s t u n g s p l a n (Fördermittelbuchungskreise)

		Soll 200	4		Ist 2003				
Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
-	164	-	164	-	-	996	-	996	-
-	151	111	40	-	-	152	107	45	-
-	10.500	-	10.500	-	-	10.286	-	10.286	-
-	323	-	323	-	-	188	-	188	-
-	-	-	-	-	-	427	-	427	-
-	1.314	-	1.314	-	-	1.039	-	1.039	-
-	200	-	200	-	-	200	-	200	-
-	640	-	640	-	-	1.131	57	1.074	-
-	372	-	372	-	-	531	-	531	-
-	70	-	70	-	-	77	-	77	-
-	560	-	560	-	-	570	-	570	-
-	310	-	310	-	-	370	-	370	-
-	1.500	-	1.500	-	-	1.919	-	1.919	-
-	2.256	-	2.256	-	-	1.649	-	1.649	-
-	-	-	-	-	-	1.529	1.529	-	-
	47	-	47		-	-	-	-	
	63.811	4.692	59.119	-	1	73.456	9.804	63.652	-

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 01 - Bürgerschaftliches Engagement im sozialen Bereich einschließlich Hospizarbeit</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

Fach- und Fördergrundsätze für die Förderung von Qualifizierungs- und Koordinierungsmaßnahmen für bürgerschaftliche/ehrenamtliche Arbeit im sozialen Bereich vom 19.November 2002 (StAnz. S. 4589).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Bürgerengagement, Förderung von Qualifizierungs- und Koordinierungsmaßnahmen für bürgerschaftliches/ehrenamtliches Engagement im sozialen Bereich einschließlich Hospizarbeit. Hierzu gehören auch die Durchführung von Fachtagungen, Veranstaltungen sowie die Erstellung von Dokumentationen und die pädagogische Betreuung und Anleitung von 15 – 18jährigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Freiwilligen Sozialen Jahres.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt XIV, Ziffer 2.

5. Empfänger

Kommunale und freie Träger, die kommunale Anlaufstellen einrichten sowie Qualifizierungs- und Koordinierungsmaßnahmen im Bereich der bürgerschaftlichen / ehrenamtlichen Arbeit anbieten. (z.B. Freiwilligenagenturen oder Seniorengenossenschaften). Anerkannte Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Angabe der Zählgröße nicht möglich, da die Zahl der Antragsteller nicht feststeht und unterschiedliche Förderungen nach den Richtlinien vorgesehen sind.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	450.000	300.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	450.000	300.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.			VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	450.000	300.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

8.1 Veröffentlichungen dürfen unentgeltlich abgegeben werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Geförderte Anlaufstellen gesamt.
- Geförderte Maßnahmen gesamt.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Fördersumme je Anlaufstelle.
- Verwaltungskosten je Euro Fördermittel.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Rechtsmittelverfahren im Verhältnis zu den erteilten Bescheiden.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 02 –Chancengleichheitsmaß-nahmen</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Umsetzung des Prinzips der Chancengleichheit der Europäischen Union durch Untersuchungen, Gutachten und Veranstaltungen für Frauen sowie Fortbildungsangebote für Frauen (durch das Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit), die dem gesellschaftlichen Engagement von Frauen zugute kommen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm 2003-2008 Abschnitt IX, Nummer 2.

5. Empfänger

Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit, Frauen und Männer.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Angabe einer Zählgröße ist aufgrund jährlich neu festzulegender Maßnahmen nicht möglich.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	148.000	148.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	148.000	148.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	148.000	148.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

8.1 Aus der Zuwendung an das Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit dürfen auch Beträge für Personen- und Sachversicherungen geleistet werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
 Verhältnis Sachkosten zu Personalkosten.
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Verwaltungskosten pro Euro Fördermittel.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 03 – Frühförderung Behinderter

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Landeswohlfahrtsverband Hessen

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

§§ 30 und 56 Sozialgesetzbuch IX, Frühförderungsverordnung vom 1.Juli 2003 (BGBI. I, Nr. 28).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

- A) <u>Spezielle Frühförderung</u>: Gefördert werden Maßnahmen der speziellen Frühförderung für sinnesgeschädigte Kinder. Spezielle Frühförderstellen für hör- und sehgeschädigte Kinder führen entwicklungsdiagnostische, pädagogisch-audiologische oder pädagogisch-visuelle Maßnahmen durch. Die interdisziplinäre Abstimmung der Maßnahmen mit Ärzten, Therapeuten und sonstigen Fachkräften wird durch das Förderprogramm unterstützt.
- B) <u>Arbeitsstelle Frühförderung Hessen</u>: Die Arbeitsstelle Frühförderung Hessen (ASFFH) führt Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Fachkräfte der Frühförderung durch. Die ASFFH berät Familien behinderter Kinder und begleitet fachlich die sozialpolitische Umsetzung gesetzlicher Grundlagen (§ 30 i.V.m. § 56 SGB IX).
- C) <u>Fachliche Qualitätsentwicklung der Frühförderung</u>: Förderung von Umfragen, Erhebungen und Publikationen in der Frühförderung behinderter Kinder.

4. Bezug zu politischen Zielen

Umsetzung gesetzlicher Leistungsansprüche gemäß dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch.

5. Empfänger

- A) Frühförderstellen für hör- und sehgeschädigte Kinder in Trägerschaft des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV).
- B) Arbeitsstelle Frühförderung Hessen in Trägerschaft eines freigemeinnützigen Vereins.
- C) Zuwendung an Träger der Freien Wohlfahrtspflege.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Der Umfang der Förderung richtet sich nach den Aufwendungen sowie Festsetzung der Förderung im Einzelfall.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	830.000	830.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	830.000	830.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	•		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	830.000	830.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- a) Geförderte Stellen gesamt Geförderte Stellen pro Einrichtung Betreuungsverhältnis geförderte Stellen zu behinderten Kindern/Familien pro Jahr.
- b) Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen gesamt Anzahl der TeilnehmerInnen an Fortbildungsmaßnahmen Anzahl der Beratungen für Fachkräfte/Familien behinderter Kinder (telefonisch oder persönlich).

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- a) Fördersumme je Vollzeitstelle Verwaltungskosten je Euro Fördersumme.
- b) Fördersumme pro Fortbildungsmaßnahme Fördersumme pro Beratungseinheit Verwaltungskosten je Euro Fördermittel.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht absehbar.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 04 – Preise und Auszeichnungen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

- A) <u>Auszeichnung für Beschäftigung von Behinderten</u> Preise für beispielhafte Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Unternehmen.
- B) <u>Förderpreise in der Kinder- und Jugendarbeit</u> zur Förderung besonderen freiwilligen Engagements in der Kinder- u. Jugendarbeit.
- C) <u>Frauenförderpreise</u> -Auszeichnung von hessischen Betrieben für besondere vorbildliche Maßnahmen der Frauenförderung sowie Verleihung des Elisabeth-Selbert-Preises.
- D) <u>Auszeichnungen für beispielgebende Integrationsleistungen</u> Preise zur Förderung beispielgebender Integrationsleistungen in hessischen Kommunen oder von Initiativen, Vereinen und Verbänden.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX, Ziffern 1, 2, 4,5.

5. Empfänger

Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche, Unternehmen, Kommunen, Initiativen, Vereine, Verbände.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Preisgelder werden in unterschiedlicher Höhe ausgelobt.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	53.000	53.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	53.000	53.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	53.000	53.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke Keine produktspezifischen Einschränkungen.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)Verwaltungskosten pro Bewerbung.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
 - Anzahl der Anträge.
 - Anzahl Förderpreisempfänger.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 05 - Schutz von Frauen vor Gewalt

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz zur Umsetzung von Maßnahmen nach dem Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen vom 11.Dezember 2001 (BGBI. I, S. 3513).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zuschüsse an soziale Einrichtungen für Frauen zur Förderung von Projekten für Frauen und Kinder in besonderen Notlagen, insbesondere zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt.

4. Bezug zu politischen Zielen

Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur zur Gewaltprävention.

5. Empfänger

Freie Träger die Interventionsprojekte im Bereich der häuslichen Gewalt sowie Projekte gegen Menschenhandel anbieten sowie Beratungsstelle für straffällig gewordene Frauen mit Kindern.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	299.000	299.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	299.000	299.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006			VE 2005
VE 2007			VE 2006
VE 2008			VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	299.000	299.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)Verwaltungskosten pro € Fördermittel.
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Durchschnittliche Fördersumme pro Projekt.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 06 – Ausbildung für Benachteiligte

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Investitionsbank Hessen und Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit.

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Richtlinien für das Landesprogramm "Ausbildung statt Sozialhilfe" vom 31. März 1998; Richtlinien des Hessischen Sozialministeriums zur Förderung der Berufsausbildung von Benachteiligten vom 20. Januar 2004; Verordnungen (EG) Nr. 1260/1999, 1784/1999, 1685/2000, 1159/2000, 438/2001, 1447/2001, 2355/2002 und 1145/2003;

Freiwillige Leistungen nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Benachteiligten jungen Menschen soll durch Förderinstrumente des HSM die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung ermöglicht werden; diese Förderinstrumente sind derzeit:

- a) Ausbildungskostenzuschüsse (AKZ) für Lern-/Leistungsbeeinträchtigte;
- b) Betriebliche Ausbildung Alleinerziehender;
- c) Ausbildung in der Migration;
- d) Ausbildung statt Sozialhilfe;
- e) Betreuung Jugendlicher unter 18 Jahren in externer Ausbildung in Wohnheimen. Die Investitionsbank Hessen erhält für die Abwicklung des Förderprodukts (b bis d) eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VII Ziffer 2.

5. Empfänger

- a) Betriebe, die Ausbildungsverhältnisse mit der Zielgruppe begründen.
- b) Träger, die betriebliche Ausbildungsplätze akquirieren und die Alleinerziehenden unterstützen.
- c) Träger, die außerbetriebliche Ausbildungsplätze für die Zielgruppe bereitstellen.
- d) Kreise und kreisfreie Städte, die außerbetriebliche Ausbildungsplätze für die Zielgruppe (in Kooperation mit Trägern) bereitstellen.
- e) Wohnheimbetreiber (Wohlfahrtsverbände).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Landes- und EU-Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	12.813.400	8.250.100	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre	7.535.100		davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	5.278.300	8.250.100	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006	2.700.000	2.724.000	VE 2005
VE 2007	2.700.000	2.724.000	VE 2006
VE 2008	1.600.000	1.638.300	VE 2007
VE 2009 ff.	100.000	100.000	VE 2008 ff.
Summe VE	7.100.000	7.186.300	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	12.378.300	15.436.400	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.
- 8.2 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.3 Das Förderprodukt ist gegenseitig deckungsfähig mit den Förderprodukten Nummer 7 (Hessisches Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik), Nummer 8 (Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte) und Nummer 35 (ESF-Arbeitsmarktprogramme) im Leistungsplan "Freiwillige Transferleistungen".
- 8.4 Bewilligungen zu Lasten der EU-Mittel dürfen im Rahmen des genehmigten ESF-Förderprogramms auch für Folgejahre ausgesprochen werden.
- 8.5 Informationsmaterial kann gemäß § 61 Abs. 1 Satz 1 und § 63 Abs. 2 Satz 2 LHO unentgeltlich abgegeben werden.
- 8.6 Rückerstattungen an den Bund und an die EU dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.7 Rückflüsse und Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel und Europäischer Sozialfonds.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen) Verwaltungskosten pro Bewilligung.
- **10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)** EURO Landesförderung plus ESF pro Teilnehmer.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Keine.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Ausbildungsprogramme für Benachteiligte bis 31.12.2007. Die ESF-Förderperiode endet im Jahr 2006.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 07 – Hessisches Aktionsprogramm</u> <u>Regionale Arbeitsmarktpolitik (HARA)</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Investitionsbank Hessen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Neufassung der Fördergrundsätze vom 04. Februar 2004;

Verordnungen (EG) Nr. 1260/1999, 1784/1999, 1685/2000, 1159/2000, 438/2001, 1447/2001, 2355/2002 und 1145/2003;

Freiwillige Leistungen nach Haushaltsgesetz;

(Regelungen Hartz IV/ Optionsregelung - Fördergrundsätze werden an die neuen Regelungen angepasst werden).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Ziel ist die Regionalisierung bzw. die Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik nach Hartz IV.

Die Verbesserung bzw. Herstellung der Beschäftigungsfähigkeit in Verknüpfung mit der Umstellung auf Arbeitslosengeld II (Zusammenlegung Arbeitslosen- und Sozialhilfe).

Die Erwerbsintegration insbesondere langzeiterwerbsloser und von sozialer Ausgrenzung bedrohter bedürftiger erwerbsfähiger Erwerbsloser (sowie der erwerbsfähigen Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaften) fördert das Land aus Landes- und ESF-Mitteln.

Die Investitionsbank Hessen erhält für die Abwicklung des Förderprodukts eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm, Hartz IV - Kommunales Optionsgesetz (Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik).

5. Empfänger

Kreise und kreisfreie Städte als Träger der Sozialhilfe.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Derzeit kann keine Zählgröße genannt werden. Für die Umsetzung der Budgets ab 2005 werden zurzeit die Fördergrundsätze überarbeitet.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	10.070.400	4.000.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE			davon für eingegange VE
der Vorjahre	3.210.000	2.290.000	der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	6.860.400	1.710.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006		1.200.000	VE 2005
VE 2007		2.200.000	VE 2006
VE 2008		2.500.000	VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	-	5.900.000	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	6.860.400	7.610.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.
- 8.2 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.3 Das Förderprodukt ist gegenseitig deckungsfähig mit den Förderprodukten Nummer 6 (Ausbildung für Benachteiligte), Nummer 8 (Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte) und Nummer 35 (ESF-Arbeitsmarktprogramme) im Leistungsplan "Freiwillige Transferleistungen".
- 8.4 Bewilligungen zu Lasten der EU-Mittel dürfen im Rahmen des genehmigten ESF-Förderprogramms auch für Folgejahre ausgesprochen werden.
- 8.5 Rückerstattungen an die EU dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.6 Rückflüsse und Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel, Europäischer Sozialfonds.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen) Verwaltungskosten pro Bewilligung.
- **10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)** EURO Landesförderung plus ESF pro Teilnehmer.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Umsetzung Hartz IV.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Die ESF-Förderperiode endet im Jahr 2006.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 08 – Ausbildungsvorbereitung für</u> Benachteiligte

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium; Investitionsbank Hessen und Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit.

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

§ 13 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII (für Förderprogramme der Jugendberufshilfe);

Fach- und Fördergrundsätze für die Gewährung von Zuschüssen des Landes Hessen und der Europäischen Union (ESF) zur Förderung des Programmsegments START (StAnz 19/2002 S. 1766);

Fach- und Fördergrundsätze für die Gewährung von Zuschüssen des Landes Hessen und der Europäischen Union (ESF) zur Förderung von Qualifizierungs-, Beschäftigungsprojekten für Mädchen und junge Frauen (StAnz 19/2002 S. 1768);

Fach- und Fördergrundsätze für die Gewährung von Zuschüssen des Landes Hessen und der Europäischen Union (ESF) zur Förderung von Qualifizierungs-, Beschäftigungsprojekten für junge Menschen (StAnz 19/2002 S. 1769);

für FAUB: Richtlinien des Hessischen Sozialministeriums (HSM) zur Förderung der Berufsausbildung von Benachteiligten vom 20. Januar 2004 (StAnz 6/2004 S. 801); Verordnungen (EG) Nr. 1260/1999, 1784/1999, 1685/2000, 1159/2000, 438/2001, 1447/2001, 2355/2002 und 1145/2003;

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Junge Benachteiligte sollen durch die Förderinstrumente des HSM zur Ausbildungsreife gebracht werden; diese Förderinstrumente sind derzeit:

- a) "Fit für Ausbildung und Beruf (FAUB)";
- b) "Qualifizierung und Beschäftigung für junge Menschen";
- c) "Qualifizierung und Beschäftigung für Mädchen";
- d) "START" (Qualifizierung und Beschäftigung für berufsschulpflichtige "Jungarbeiter");
- e) Modellfirma "Unternehmen Hessen".

Die Investitionsbank Hessen erhält für die Abwicklung des Förderprodukts (b bis d) eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VII Ziffer 2, "Pakt für Ausbildung" für 2004/2005.

5. Empfänger

Bei FAUB: Wirtschaftnahe Träger,

bei "Unternehmen Hessen" Wirtschaftunternehmen,

im Übrigen: Freie Träger der Jugendhilfe.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Landes- und EU-Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	9.908.200	8.750.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE			davon für eingegange VE
der Vorjahre	1.500.000	1.500.000	der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	8.408.200	7.250.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006	1.500.000	1.500.000	VE 2005
VE 2007			VE 2006
VE 2008			VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	1.500.000	1.500.000	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	9.908.200	8.750.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.
- 8.2 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.3 Das Förderprodukt ist gegenseitig deckungsfähig mit den Förderprodukten Nummer 6 (Ausbildung für Benachteiligte), Nummer 7 (Hessisches Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik) und Nummer 35 (ESF-Arbeitsmarktprogramme) im Leistungsplan "Freiwillige Transferleistungen".
- 8.4 Bewilligungen zu Lasten der EU-Mittel dürfen im Rahmen des genehmigten ESF-Förderprogramms auch für Folgejahre ausgesprochen werden.
- 8.5 Informationsmaterial kann gemäß § 61 Abs. 1 Satz 1 und § 63 Abs. 2 Satz 2 LHO unentgeltlich abgegeben werden.

- 8.6 Rückerstattungen an die EU dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.7 Rückflüsse und Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel, Europäischer Sozialfonds und ggf. Bundesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen) Verwaltungskosten pro Bewilligung.
- **10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)** EURO Landesförderung plus ESF pro Teilnehmer.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Keine.

12. Laufzeit bzw. Befristung

- a) "Fit für Ausbildung und Beruf (FAUB)" bis 31.12.2007.
- b) "Qualifizierung und Beschäftigung für junge Menschen bis 31.12.2005".
- c) "Qualifizierung und Beschäftigung für Mädchen" bis 31.12.2005.
- d) "START" (Qualifizierung und Beschäftigung für berufsschulpflichtige "Jungarbeiter") bis 31.12.2005.
- e) Modellfirma "Unternehmen Hessen" bis 31 07.2007.

Die ESF-Förderperiode endet im Jahr 2006.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 9 – Lokales Kapital für soziale</u> Zwecke

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium und Investitionsbank Hessen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

VO (EG) 1260/1999, VO (EG) 1784/1999 und das Einheitliche Programmplanungsdokument der Bundesrepublik Deutschland Ziel 3 der Förderperiode 2000 bis 2006.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Unterstützung kleiner Organisationen und lokaler Initiativen bei der Heranführung von Problemgruppen an den Arbeitsmarkt.

Die Investitionsbank Hessen erhält für die Abwicklung des Förderprodukts eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

4. Bezug zu politischen Zielen

Heranführung kleiner und neuer Projektträger an die Förderungsmöglichkeiten des ESF.

5. Empfänger

Freie Träger, Initiativen und Vereine.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren EU-Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro <u>nachrichtlich</u> 2004
Gesamtkosten	380.200	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre		davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	380.200	- davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005		Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	<u>-</u>	VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. - Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	380.200	- Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.
- 9. Finanzierungsmittel

Europäischer Sozialfonds.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Verwaltungskosten pro Euro Fördermittel.
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Durchschnittliche Fördersumme pro Bewilligung.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Keine.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Die ESF-Förderperiode endet im Jahr 2006.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 10 – Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium und Investitionsbank Hessen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Verordnung (EG) Nr. 2052/88 und 4253/88 und das Einheitliche Programmplanungsdokument der Bundesrepublik Deutschland für die Förderperiode 1994 - 1999.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Abwicklung der EU-Initiative aus der Förderperiode 1994 bis 1999.

Die Investitionsbank Hessen erhält für die Abwicklung des Förderprodukts eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

4. Bezug zu politischen Zielen

Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen, Behinderten und besonders Benachteiligten.

5. Empfänger

Öffentliche und private Träger.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro <u>nachrichtlich</u> 2004
Gesamtkosten	212.500	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre		davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	212.500	- davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-		Verpflichtungser-
mächtigungen 2005		mächtigungen 2004
VE 2006		VE 2005
VE 2007		VE 2006
VE 2008		VE 2007
VE 2009 ff.	-	VE 2008 ff.
Summe VE	-	- Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	212.500	- Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.
- 8.2 Rückerstattungen an die EU dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.3 Rückflüsse und Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 9. Finanzierungsmittel

Europäischer Sozialfonds.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

Keine.

Maßnahme ist auslaufend.

- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Restabwicklung aus dem Haushaltsjahr 1999.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 11 – Kommunalisierung sozialer</u> Hilfen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Entwurf einer Rahmenvereinbarung über die Grundsätze der Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die Förderung von sozialen Hilfen soll in festgelegten Bereichen auf die kommunale Ebene verlagert werden, um die Orientierung an den jeweiligen Lebenslagen der Menschen zu stärken und gleichzeitig eine effektive Steuerung der hierfür bereitgestellten Mittel zu erreichen. Die Mittel werden den Gebietskörperschaften, die örtliche Träger der Sozialhilfe sind, zur Verfügung gestellt.

Der bisherige Modellversuch GG/KS It. Vereinbarung vom 20.März /13.April 2000 wird Bestandteil der neuen Rahmenvereinbarung.

Bei den festgelegten Bereichen handelt es sich um soziale Hilfen zum/zur:

- Schutz vor Gewalt,
- Suchtprävention und Suchthilfe,
- ambulanten Versorgung von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien,
- Stärkung des Gemeinwesens,
- Prävention und Beratung im Gesundheitswesen.

Während der Einführungsphase in 2005 erfolgen Bewilligungen und Auszahlungen in bisheriger Form letztmalig direkt an die Maßnahmeträger.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt XX.2.

5. Empfänger

2005: Freie und öffentliche Träger.

2006: Gebietskörperschaften.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

2005: Verschiedene Empfänger erhalten unterschiedliche Erstattungsbeträge entsprechend der Festsetzung der Förderung im Einzelfall.

2006: Die Gebietskörperschaften erhalten unterschiedliche Erstattungsbeträge entsprechend der Rahmenvereinbarung.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	13.000.000	12.489.300	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	13.000.000	12.489.300	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	13.000.000	12.489.300	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 2005: Während der Einführungsphase finden die jeweiligen Richtlinien in den einzelnen Bereichen Anwendung. Dies gilt nicht für die Leistungen aus dem bisherigen Modellversuch Kassel/Groß Gerau.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verwaltungskosten pro Euro Fördermittel.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Euro eingesetzte kommunale Mittel pro Euro Landesförderung.

- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Nach der Rahmenvereinbarung wächst das Gesamtbudget um jährlich 2% bis einschließlich 2008.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Eine Befristung ist nicht vorgesehen.

Der in der Rahmenvereinbarung festgelegte Betrag wird bis 2008 dem Grunde nach garantiert.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 12 – Freie Wohlfahrtspflege

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach dem Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zuschüsse an Vereine und Verbände für gemeinnützige wohlfahrtspflegerische Aufgaben sowie für Aufgaben im sozialen Bereich.

4. Bezug zu politischen Zielen

Verbesserung der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für benachteiligte Menschen.

5. Empfänger

Freie Träger.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Derzeit 4 Träger mit unterschiedlichen Erstattungsbeträgen.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	156.000	156.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	156.000	156.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	156.000	156.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Regelungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Verwaltungskosten pro € Fördermittel.
- **10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen** Verhältnis Personal- und Sachkosten.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Keine.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 13 - Offene Altenhilfe

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen, Investitionsbank Hessen (IBH)

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

Fach- und Fördergrundsätze zur Förderung von Maßnahmen der Altenhilfe vom 25.Mai 2002 veröffentlicht im Staatsanzeiger, Seite 2163.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

- Beratung von alten Menschen in Angelegenheiten des altengerechten Wohnens sowie anderen Maßnahmen der offenen Altenhilfe wie zum Beispiel Landesseniorenvertretung Hessen.
- 2. Förderung von Maßnahmen für den Auf- und Ausbau einer qualifizierten Infrastruktur in der Altenhilfe einschließlich berufsbegleitender Qualifizierung des vorhandenen Personals.

Die IBH erhält für die Abwicklung des Förderprogramms eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX, Ziffer 3.

Seniorenpolitische Grundsätze und Leitlinien.

5. Empfänger

Kommunale und freie Träger (innerhalb des Verbandes der freien Wohlfahrtspflege, privatgewerbliche Träger, kommunale Gebietskörperschaften, gemeinnützige Vereine und andere rechtsfähige Träger wie zum Beispiel Genossenschaften).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	903.000	1.536.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	903.000	1.536.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008			VE 2005 VE 2006 VE 2007
VE 2009 ff. Summe VE	-	-	VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	903.000	1.536.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabemittel.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 8.3 Die Produktmittel sind übertragbar.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel, ESF-Mittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Zahl der Veranstaltungen, Kurse, Schulungen usw..
- Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze zur ganzheitlichen Beratung.
- Zahl der Qualifizierungsmaßnahmen.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verwaltungskosten je Euro Fördermittel.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Die ESF - Förderperiode endet im Jahr 2006.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 14 - Förderung von ambulanten Versorgungskonzepten und –strukturen für demenziell Erkrankte

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Pflegeversicherungsgesetz (Sozialgesetzbuch XI) vom 26.Mai 1994, zuletzt geändert am 27.Dezember 2003 (BGBI. I, S. 3022).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Modellhafte Förderung von ambulanten Versorgungskonzepten und –strukturen für demenziell Erkrankte zur Verbesserung der ambulanten häuslichen Versorgung.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX, Ziffer 3.

Seniorenpolitische Grundsätze und Leitlinien.

5. Empfänger

Kommunale und freie Träger (Verband der freien Wohlfahrtspflege, privatgewerbliche, kommunale Gebietskörperschaften, gemeinnützige Vereine und andere rechtsfähige Träger wie zum Beispiel Genossenschaften).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Modellprojekte werden jährlich neu festgelegt.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	220.000	846.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	220.000	846.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	220.000	846.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Mehrerlöse erhöhen die Ausgabeermächtigung.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 8.3 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
 - Anzahl der Modellvorhaben.
 - Anzahl der Verknüpfungen / Kooperationen im Rahmen der Vernetzung.
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verwaltungskosten je Euro Fördermittel.

- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 15 - Förderung von Behindertenverbänden</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach dem Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zuschüsse zur Förderung:

- a) von Vereinen und Verbänden für gemeinnützige Aufgaben zur Betreuung und Förderung von behinderten Menschen, z.B. zur Förderung von Maßnahmen für geistig und seelisch behinderte Menschen sowie für Gehörlose und Blinde;
- b) des Landesverbandes der Gehörlosen für den Einsatz von Gehörlosen-Dolmetscherinnen und –Dolmetschern;
- c) des Koordinierungsbüros für behinderte Frauen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens für alle Menschen sowie gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Unterstützung im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe.

Gleiche Chancen für Frauen.

5. Empfänger

Freie Träger.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Landesmitteln.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	147.000	147.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	147.000	147.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	147.000	147.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel.

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- a) Geförderte Stellen Anzahl der erreichten (informierten, beratenden) behinderten Frauen, Anzahl der betreuten Personen, Anzahl der Veranstaltungen.
- b) Anzahl der Dolmetschereinsätze.
- c) Geförderte Stellen Beratungs- und Betreuungseinheiten bezogen auf Einzelpersonen, Expertinnen und Institutionen.

Beratungseinheiten im Jahr gesamt – Beratungseinheiten bezogen auf Kreise.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- a) Fördersumme pro behinderte Frau Verwaltungskosten je Euro Fördermittel.
- b) Fördersumme pro Dolmetschereinsatz.
- c) Fördersumme pro Beratungs-/Betreuungseinheit Verwaltungskosten je Euro Fördermittel.

Fördersumme pro Beratungseinheit – Verwaltungskosten je Euro Fördermittel.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht absehbar.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 16 – Investitionszuschüsse für Behinderteneinrichtungen</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Gießen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung entsprechend der "Richtlinie für die Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen und nichtinvestiver sozialer Maßnahmen (Investitons- und Maßnahmeförderungsrichtlinie – IMFR)" vom 5. Februar 2001 (StAnz. S. 868).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zuschüsse für Investitionen für Einrichtungen der Behindertenhilfe im Bereich örtliche und überörtliche Wohneinrichtungen und im betreuten Wohnen für behinderte Menschen, heimgebundene Sonderschulen (Zuwendungen gem. § 5 Abs.2 des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes vom 6.Dezember 1972), Zentren der Jugendlichenund Erwachsenen-Rehabilitation, heilpädagogische Einrichtungen für geistig Behinderte, Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation, wie Berufsförderungs- und Berufsbildungswerke, Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten.

4. Bezug zu politischen Zielen

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen behinderter Menschen. Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen entsprechend den Vorgaben der Hessischen Verfassung. Umsetzung der Vereinbarung über die Zuständigkeit, die Finanzierung und den landesweiten Ausbau von Angeboten im Bereich des "Betreuten Wohnens" für behinderte Menschen im Lande Hessen.

5. Empfänger

Freie Träger.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Landesmitteln.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	6.000.000	6.000.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE			davon für eingegange VE
der Vorjahre	5.000.000	5.000.000	der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	1.000.000	1.000.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006	2.250.000	2.250.000	VE 2005
VE 2007	2.000.000	2.000.000	VE 2006
VE 2008	1.350.000	1.350.000	VE 2007
VE 2009 ff.	300.000	300.000	VE 2008 ff.
Summe VE	5.900.000	5.900.000	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	6.900.000	6.900.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Einnahmen aus Überzahlungen aufgrund von Umsatzsteuerrückerstattungen fließen den Ausgabemitteln zu.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl der geförderten Einrichtungen – Anzahl der geförderten Plätze.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Fördermittel pro geschaffenen Betreuungsplatz – Verwaltungskosten je Euro Fördermittel.

- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht absehbar.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Kapitel 08 06 / Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen Leistungsplan – Erläuterungen - Produktblatt

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 17- Berufliche Qualifizierung für behinderte junge Menschen</u>

1. Verantwortliche operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Investitionsbank Hessen

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

ESF- Förderrichtlinien.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Fördermaßnahmen der EU zur Integration von schwerbehinderten Jugendlichen in den Arbeitsmarkt (Europäischer Sozialfond Ziel 3);

Komplementärfinanzierung durch Eigenleistungen der Träger, Ausgleichsabgabe Landeswohlfahrtsverband und Mitteln der Bundesagentur für Arbeit.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VII Ziffer 2.

5. Empfänger

Freie und kommunale Träger.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Landes- und EU-Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro <u>nachrichtlich</u> 2004
Gesamtkosten	289.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre		davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	289.000	 davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005		Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-	VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	- Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	289.000	- Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um Mehr- oder Mindereinnahmen.
- 8.2 Bewilligungen zu Lasten der EU-Mittel dürfen im Rahmen des genehmigten ESF-Förderprogramms auch für Folgejahre ausgesprochen werden.

Kapitel 08 06 / Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen Leistungsplan – Erläuterungen - Produktblatt

9. Finanzierungsmittel

Europäischer Sozialfonds.

- 10. Förderproduktspezifische Kennziffern / Qualitätskennziffern
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Verwaltungsaufwand pro Euro Fördermittel.
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Anzahl der TeilnehmerInnen pro Jahr.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht absehbar.
- **12.** Laufzeit bzw. Befristung
 Die ESF-Förderperiode endet im Jahr 2006.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 18 – "hessenstiftung - familie hat zukunft"</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Stiftungsverfassung vom 30. November 2001.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die Landesregierung hat im Jahr 2001 die "hessenstiftung - familie hat zukunft" errichtet und mit einem Stiftungskapital von insgesamt 10.255.000 € ausgestattet. Die Stiftung ist rechtsfähig nach bürgerlichem Recht und hat die Zweckbestimmung Politik und Gesellschaft mit dem Ziel zu beraten, die derzeitige Lebenssituation der Familien in Hessen zu verbessern.

Die Aufgabe der Geschäftsführung wird seit dem 15. Juni 2004 durch die Karl-Kübel-Stiftung, Bensheim wahrgenommen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm vor 2003.

5. Empfänger

- a) Karl-Kübel-Stiftung;
- b) ggf. "hessenstiftung familie hat zukunft" bei Erhöhung des Stiftungskapitals.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

a) 1

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro <u>nachrichtlich</u> 2004
Gesamtkosten	32.000	- Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre		davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	32.000	- davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-		Verpflichtungser-
mächtigungen 2005		mächtigungen 2004
VE 2006		VE 2005
VE 2007		VE 2006
VE 2008		VE 2007
VE 2009 ff.	-	VE 2008 ff.
Summe VE	-	- Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	32.000	- Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen geleistet werden.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 19 - Investitionszuschüsse an Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung vom 27.Dezember 2003 (BGBI. I, S. 3022); Hessisches Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz vom 22.Januar 2001 (GVBI. I, S. 106);

Investitions- und Maßnahmenförderungsrichtlinien – IMFR vom 5.Februar 2001 (StAnz. S. 868).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zuschüsse zum Bau, zur Ausstattung und Verbesserung von Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe.

Es handelt sich um Zuschüsse an freie Träger zum Bau, zur Ausstattung und Verbesserung von:

- Jugend- und Familienerholungseinrichtungen,
- Elternschulen, Nachbarschaftsheimen und Erziehungsberatungsstellen, Familienbildungsstätten,
- Jugendfreizeit- und Bildungsstätten,
- Dauerheimen und Wohngruppen für Kinder und Jugendliche sowie Tageseinrichtungen für entwicklungsgestörte Minderjährige,
- Beruflichen Ausbildungsstätten und Arbeitsplätzen in Einrichtungen der Jugendhilfe.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitte VIII und IX.

5. Empfänger

Freie Träger der Jugendhilfe.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Anzahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	1.500.000	1.500.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE			davon für eingegange VE
der Vorjahre	1.300.000	829.833	der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	200.000	670.167	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006	1.100.000	1.100.000	VE 2005
VE 2007	400.000	400.000	VE 2006
VE 2008			VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	1.500.000	1.500.000	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	1.700.000	2.170.167	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Für die Maßnahmen dürfen zusätzlich auch Zuwendungen aus Bundesmitteln (siehe Produkt Nr. 22), Wohnungsbau und Sportfördermitteln in Anspruch genommen werden.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel, ggf. zusätzlich Bundes- Wohnungsbau- oder Sportfördermittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Geförderte m³ umbauter Raum im Jahr.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Rechtsmittelverfahren im Verhältnis zu den erteilten Bescheiden.

- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 20 - Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung vom 27.Dezember 2003 (BGBl. I, S. 3022);

Hessisches Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz vom 22. Januar 2001 (GVBI. I, S. 106).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe:

- Veröffentlichungen von Arbeitsergebnissen,
- Zentrale Fachtagungen,
- Unterstützung und Begleitung fachpolitischer Initiativen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Verwaltungsreform in Hessen: Neustrukturierung der Kinder- und Jugendhilfe.

5. Empfänger

Verantwortliche Fachkräfte mit Multiplikatorenfunktion in der Kinder- und Jugendhilfe Hessens.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Jährlich neu festzulegende Maßnahmen in unterschiedlichem Umfang im Rahmen der zu Verfügung stehenden Mittel.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	101.000	101.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	101.000	101.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008			VE 2005 VE 2006 VE 2007
VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	101.000	101.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.2 Die Ausgabenermächtigung erhöht sich um die Ist-Einnahmen für Teilnehmerbeiträge, Veröffentlichungen, Bundesmittel.
- 8.3 Veröffentlichungen dürfen unentgeltlich abgegeben werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Fortbildungsveranstaltungen gesamt.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verwaltungskosten je Euro Fortbildungsmittel.

- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Teilnehmer im Verhältnis zu den Fortbildungsveranstaltungen.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 21 - Sondermaßnahmen der Jugendhilfe

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung vom 27.Dezember 2003 (BGBl. I, S. 3022);

Hessisches Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz in der Fassung vom 22. Januar 2001 (GVBI. I, S. 106).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Durchführung von Sondermaßnahmen der Jugendhilfe:

- Beteiligungen zur Aufwertung der Jugendleiter-Card, die u. a. auch ein ermäßigtes Bahnticket umfasst,
- Durchführung des Girls Day,
- Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Sonderprojekte der Jugendhilfe (z. B. Jugend meets Politik),
- Zuschüsse zu den Personal- und Sachkosten an das IB-Jugendsozialwerk, das Landesjugendzentrum der jüdischen Gemeinde, die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, die Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik, die Landesarbeitsgemeinschaft Erziehungsberatung, die Arbeitsgemeinschaft hessischer Elternschulen, den Deutschen Kinderschutzbund sowie ein Zuschuss an den Landesheimrat.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX, Ziffer 1 (Jugend meets Politik).

5. Empfänger

Freie Träger der Jugendhilfe, Landesarbeitsgemeinschaften, Deutscher Kinderschutzbund, Deutsche Bahn AG, Mädchen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Bündelung unterschiedlichster Maßnahmen lässt die Eintragung einer Zählgröße nicht zu.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	163.500	163.500	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	163.500	163.500	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	163.500	163.500	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

8.1 Mehrausgaben können in Höhe der Einnahmen aus Veröffentlichungen geleistet werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Anteil der Fördersumme im Vergleich zur Anzahl der "Card-Inhaber",
- Fördersumme im Verhältnis zu den erreichten Teilnehmerinnen,
- Fördersumme im Verhältnis zu den erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmern,
- Mitgliedsbeitrag im Verhältnis zum Nutzen der Aufwendung,
- Fördersumme im Vergleich zur Anzahl des geförderten Personals.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Rechtsmittelverfahren im Verhältnis zu den erteilten Bescheiden.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 22 - Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Sozialgesetzbuch VIII in der Fassung vom 27.Dezember 2003 (BGBl. I, S. 3022);

Hessisches Ausführungsgesetz vom 22. Januar 2001 (GVBI. I, S. 106);

Kinder- und Jugendplan des Bundes vom 19.Dezember 2000 (Gemeinsames Ministerialblatt I Seite 18);

Richtlinie des Deutsch-Französischen Jugendwerkes vom 5.Juli 1963;

Richtlinie des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes vom 1. Januar 1998.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit (Land) inkl. Weiterleitung der Bundesmittel für internationale Jugendbegegnungen,

Maßnahmen des Deutsch-Französischen und des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes,

TANDEM (Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch),

Con-Act (Deutsch-Israelischer Jugendaustausch),

Zuschüsse der Stiftung Dt. Jugendmarke, u. a. sowie Durchführung vom Bund finanzierter Modellversuche.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX, Ziffer 1.

5. Empfänger

Kommunale und freie Träger der Jugendarbeit, kommunale Jugendverbände, Initiativen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Maßnahmen werden jährlich neu festgelegt.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	151.000	151.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	151.000	151.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	151.000	151.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.2 Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich bei Maßnahmen aus Bundeszuweisungen, Zuschüssen von Jugendwerken und der Stiftung Deutsche Jugendmarke um die jeweiligen Mehr- oder Mindereinnahmen.
- 8.3 Rückerstattungen an den Bund oder sonstige Dritte dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.4 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel, Bundesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Fördersumme pro Teilnehmer und Tage gemäß den Richtlinien/Hinweise.

- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Rechtsmittelverfahren im Verhältnis zu den erteilten Bescheiden.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 23 - Offensive für Kinderbetreuung

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Hessisches Kindergartengesetz in der Fassung vom 28.November 2000 (GVBI. I, S. 521);

Fach- und Fördergrundsätze vom 1. August 2001.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Offensive für Kinderbetreuung, Zuweisungen und Zuschüsse, die insbesondere in Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe Initiativen und Anbieter von Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei der Schaffung neuer und verbesserter Angebote der Betreuung von Kindern unterstützen einschließlich Veröffentlichungen und Fachtagungen.

Modellversuche usw. können hieraus bis zu einem Betrag von 765.000 Euro gefördert werden.

Aus den Mitteln können auch Individualzuschüsse für Familienerholung gewährt werden.

Weiter werden Bauvorhaben mit Gesamtkosten von bis zu 51.000 Euro bezuschusst.

Abgewickelt werden (Haushaltsreste) noch erforderliche Abfinanzierungen aus früheren Investitionsprogrammen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VIII.

5. Empfänger

Kommunale und freie Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen, Tagesmütter über öffentliche Träger der Jugendhilfe.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Anzahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Mitteln für die einzelnen Leistungsarten nach den Fördergrundsätzen.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	14.000.000	10.500.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	14.000.000	10.500.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	14.000.000	10.500.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.2 Das Produkt ist gegenseitig deckungsfähig mit Produkt 24 (Familienpolitische Offensive).
- 8.3 Für diese Maßnahmen dürfen auch Zuwendungen des Bundes aus Produkt 22 (Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit) in Anspruch genommen werden.
- 8.4 Veröffentlichungen dürfen unentgeltlich abgegeben werden.
- 8.5 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel, ggf. Bundesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Neu geschaffene oder dauerhafte gesicherte Plätze.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Mit Beratungs- und Qualifizierungsangeboten erreichte Tagespflegepersonen.

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Das Förderprogramm ist befristet bis 31.12.2005.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 24 - Familienpolitische Offensive

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Kassel

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Das Förderprodukt setzt sich zusammen aus:

- Fördermaßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer sowie für Modellvorhaben, die sich mit diesem Thema beschäftigen u.ä.;
- Förderung der Familienverbände;
- · Hessischer Familientag.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VIII.

5. Empfänger

Freie und kommunale Träger, Institutionen, Stiftungen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Anzahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Mitteln.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	322.600	322.600	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	322.600	322.600	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	322.600	322.600	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Die Mittel sind übertragbar.
- 8.2 Das Produkt ist gegenseitig deckungsfähig mit Produkt 23 (Offensive für Kinderbetreuung).
- 8.3 Aus den Mitteln können auch Preisvergaben erfolgen und die Aufwendungen für die Preisverleihungen bestritten werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Schaffung positiver Lebensbedingungen sowie einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt.
- Erreichte Einwohner/Teilnehmer.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Optimaler Einsatz der Haushaltsmittel für den Wettbewerb Familienfreundliche Kommune, Vernetzungsworkshops, Hessischer Familientag, Förderung der Familienverbände:

- Fördermittel in Bezug zu erreichten Einwohnern;
- Höhe der Verwaltungskosten pro Euro Fördermittel.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der Fälle, Plätze, Maßnahmen und Einrichtungen, Wirksamkeitsprüfung, qualifizierte Auswahlentscheidung.

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

Anzahl der Fälle, Maßnahmen und Einrichtungen und Bearbeitungsdauer.

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl von Beschwerden, Anregungen, Änderungswünschen.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 25 - Investitionsförderung für Kindergärten</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Hessisches Kindergartengesetz in der Fassung vom 28.November 2000 (GVBI. I, Seite 521):

Richtlinie für die Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen und nichtinvestiver sozialer Maßnahmen (Investitions- und Maßnahmenförderrichtlinie – IMFR) vom 5. Februar 2001 (StAnz. S. 868).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zuweisungen zum Bau, zur Ausstattung und Verbesserung von Kindergärten an kommunale Träger.

Das Programm ist ausgelaufen. Es erfolgt noch die Abwicklung von in Vorjahren bewilligten Maßnahmen aus Haushaltsresten.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VIII.

5. Empfänger

Örtliche Träger der Jugendhilfe (Kindergärten in freier und kommunaler Trägerschaft).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Neue Bewilligungen werden nicht mehr ausgesprochen. Die Darstellung dient der Abwicklung bisher geförderter Maßnahmen aus Haushaltsresten.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro <u>nachrichtlich</u> 2004
Gesamtkosten		- Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre		davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	-	- davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005		Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-	VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	- Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	-	- Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Die Mittel sind übertragbar.
- 8.2 Aus den Mitteln können den Gemeinden auch Zuweisungen zur Weiterleitung an Dritte bewilligt werden, soweit deren Maßnahmen an die Stelle kommunaler Maßnahmen treten.
- 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen LeistungsmerkmalenZahl der endgültig abgewickelten Fälle.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Zahl der Rechtsmittel gegen Verwaltungsakte.

- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Keine.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Programm auslaufend (Abwicklung).

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 26 - Maßnahmen der Suchthilfe

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Darmstadt und Investitionsbank Hessen (für ESF-Projekte)

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die Suchthilfe bietet den Betroffenen ein auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittenes Hilfsangebot und ermöglicht ihnen damit ein weitgehend suchtfreies und selbst bestimmtes Leben zu führen. Die Haushaltsmittel sind für Hessische Landesstelle gegen die Suchtgefahren, Präventionsarbeit, Beratungen, Selbsthilfegruppen, Arbeitsprojekte, Datenauswertungen, Veröffentlichungen, Modellprogramme sowie Investitionen bestimmt.

4. Bezug zu politischen Zielen

Konzepte zur Reduzierung des Konsums von legalen und illegalen Drogen für ein Leben ohne Sucht sind erarbeitet, ihre Umsetzung wird unterstützt.

Die Investitions-Bank Hessen erhält für die Abwicklung der ESF-Maßnahmen im Rahmen des Förderprodukts eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

5. Empfänger

Freie Träger von Suchthilfeeinrichtungen, Gemeinden und Gemeindeverbände.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Landes- und ggf. EU-Mitteln.

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	1.314.000	1.314.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	1.314.000	1.314.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	<u>-</u>		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	1.314.000	1.314.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.
- 8.2 Umsatzsteuerrückerstattungen und Wohnungsbaufördermittel fließen ausschließlich den Investitionen zu.
- 8.3 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.4 Bewilligungen zu Lasten der EU-Mittel dürfen im Rahmen des genehmigten ESF-Förderprogramms auch für Folgejahre ausgesprochen werden.
- 8.5 Rückerstattungen an den Bund dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.6 Rückzahlungen und Rückflüsse dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel; Bundesmittel und Europäischer Sozialfonds.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Höhe der Landeszuschüsse im Verhältnis zu den Gesamtkosten.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der ambulant betreuten Suchtmittelabhängigen im Verhältnis zu den planmäßigen Abschlüssen/Weitervermittlungen.

- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Zunahme des legalen und illegalen Drogenmissbrauchs bei Minderjährigen und Jugendlichen sowie Veränderungen im Suchtmittelgebrauch (z.B. Crack, Designerdrogen).

12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 27 – Früherkennung

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

A. Neugeborenen- Hörscreening

Hessisches Sozialministerium

B. Rachitisprophylaxe

Hessisches Sozialministerium und Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistungen nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

<u>A.</u> Einführung des flächendeckenden qualitätsgesteuerten Neugeborenen-Hörscreenings in Hessen, um im Rahmen der Früherkennung entsprechende Erkrankungen rechtzeitig erkennen und behandeln zu können.

<u>B.</u> Aufwendungen zur Verhütung von Rachitis bei Säuglingen und Kleinkindern. Die Kosten für die Rachitisprophylaxe werden von den Krankenkassen in voller Höhe übernommen. Das Land Hessen stellt durch den zentrale Bedarfsermittlung, Beschaffung und Verteilung durch die Gesundheitsämter eine qualitativ gleichwertige und flächendeckende Versorgung der Säuglinge und Kleinkinder sicher.

4. Bezug zu politischen Zielen

Die Aufrechterhaltung und Förderung der Gesundheit in der Bevölkerung wird durch Vorsorge- und Präventionsprogramme unterstützt.

5. Empfänger

<u>A.</u> Philipps- Universität Marburg und J. W. v. Goethe-Universität Frankfurt; Letztempfänger der Leistungen zu A. und B. sind Säuglinge und Kleinkinder.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Anzahl der durchgeführten Hörscreening-Untersuchungen und Rachitisprophylaxen entsprechend der Geburtenzahl.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	200.000	200.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	200.000	200.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	200.000	200.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel und Erstattungen von Sozialversicherungsträgern.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Anzahl der Neugeborenen im Verhältnis zu den gescreenten Kindern.
- Anzahl der Neugeborenen im Verhältnis zu den geimpften Kindern.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Anzahl der gescreenten Kinder an den Neugeborenen.
- Anzahl der geimpften Kinder an den Neugeborenen.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Erfassungsgrad der Behinderungen bzw. der vermeidbaren Erkrankungen.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 28 – Zuwendungen für nicht-</u>ärztliche Heilberufe

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen, Kassel und Investitionsbank Hessen

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Fach- und Fördergrundsätze für die Förderung von Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung in Fachberufen des Gesundheitswesen (IMFR);

Fach- und Fördergrundsätze für die Förderung von Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung in Fachberufen des Gesundheitswesens- Teil ESF vom 28. März 2004. Freiwillige Leistungen nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Bezuschussung der Aus- und Weiterbildungsstätten für nichtärztliche Heil- und Fachberufe im Gesundheitswesen, z.B. Pharmazeutisch-Technische/r Assistent/in, Medizinisch-Technische/r Assistent/in und Rettungsassistent/in.

Sonderprogramm der EU zur Förderung von Lehrgängen für Krankenpflegehilfe.

Die Investitionsbank Hessen erhält für die teilweise Abwicklung des Förderprodukts eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

4. Bezug zu politischen Zielen

Staatlich anerkannte Ausbildungsstätten sind im Einzelfall gefördert und gewährleisten eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ausbildung zu angemessenen Kosten für die Auszubildenden.

5. Empfänger

Träger der Aus- und Weiterbildungsstätten sowie andere Anbieter von Lehrgängen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Lehrgänge unterschiedlicher Ausbildungsberufe mit nicht bestimmbaren Teilnehmerzahlen.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	1.102.100	640.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	1.102.100	640.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.			VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	1.102.100	640.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.
- 8.2 Bewilligungen zu Lasten der EU-Mittel dürfen im Rahmen des genehmigten ESF-Förderprogramms auch für Folgejahre ausgesprochen werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel und Europäischer Sozialfonds.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl der erfolgreich abschließenden Schülerinnen und Schüler im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Anzahl der Aus- und Weiterbildungsplätze im Verhältnis zu den eingesetzten Landesmitteln.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Die ESF-Förderperiode endet im Jahr 2006.

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 29 – Gesundheitsförderung

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium und Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Fach- und Fördergrundsätze für die Förderung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention vom 28. Januar 2002.

Freiwillige Leistungen nach dem Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zuschüsse für Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und- Erziehung, auf die Gestaltung gesundheitsfördernder Lebensweisen und Lebensbedingungen, Projektentwicklung, Aufklärung, Fort- und Weiterbildung sowie Projektdurchführung, sowie Beschaffung von Aufklärungsmaterial usw..

4. Bezug zu politischen Zielen

Die Gesundheit der Bevölkerung wird durch Gesundheitsaufklärung und Gesundheitserziehung kontinuierlich gefördert.

5. Empfänger

Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung in Marburg; Feministisches Frauengesundheitszentrum Frankfurt e.V.; Landesverband AIDS-Hilfe e.V.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Derzeit drei Förderungen in unterschiedlicher Höhe.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004	
Gesamtkosten	372.400	372.400	Gesamtkosten	
davon für eingegange VE der Vorjahre		davon für eingegange VE der Vorjahre		
davon für neues Programm 2005	372.400	372.400	davon für neues Programm 2004	
Verpflichtungser-		Verpflichtungser-		
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004	
VE 2006		VE 2005		
VE 2007		VE 2006		
VE 2008		VE 2007		
VE 2009 ff.	-	VE 2008 ff.		
Summe VE	-	-	Summe VE	
Bewilligungsvolumen 2005	372.400	372.400	Bewilligungsvolumen 2004	

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9.	Fina	nzieri	ungsn	nittel
J.	1 1110		ungan	1111101

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Eingesetzte Landesmittel im Verhältnis zu den Gesamtkosten.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur KundenzufriedenheitZufriedenheit der Mitgliedsorganisationen nach Befragungsergebnis.
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 30 – Förderung des Internatsbetriebes des privaten Litauischen Gymnasiums</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die Litauische Volksgemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland betreibt in Lampertheim-Hüttenfeld ein Gymnasium mit angeschlossenem Internat. In diesem Gymnasium wird in litauischer Sprache unterrichtet. Besucht wird die Einrichtung von Kindern von Litauern aus aller Welt und von Kindern von Spätaussiedlern sowie teilweise von einheimischen Kindern. Das Land unterstützt den Betrieb des Internats mit einem Zuschuss.

4. Bezug zu politischen Zielen

Aufbau und Erhalt politischer Beziehungen zu Litauen/Hessen. In Litauen (Klaipeda) wird im Gegenzug eine deutsche Schule unterstützt.

5. Empfänger

Kuratorium des privaten Litauischen Gymnasiums.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

1

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	70.000	70.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	70.000	70.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008			VE 2005 VE 2006 VE 2007
VE 2009 ff. Summe VE	-	-	VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	70.000	70.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Durchschnittliche Anzahl der Internatsbewohner pro Haushaltsjahr

- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 - Durchschnittliche Anzahl der Internatsbewohner pro Haushaltsjahr.
 - Verwaltungskosten pro Euro Landesförderung.
 - Durchschnittliche Fördersumme pro Internatsbewohner pro Haushaltsjahr.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 31 – Förderung der ostdeutschen Kultur nach § 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG)</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

§ 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz vom 19.Mai 1953 (BGBl. I, S. 201), in der Fassung vom 30.August 2001 (BGBl. I, S. 2266).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Förderung von Vertriebenenverbänden, Landsmannschaften und Patenschaftslandsmannschaften sowie heimatpolitischen Maßnahmen im Sinne des § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes; Beschaffung von Schriftgut und Kunstgegenständen zur ostdeutschen Kultur.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX, Ziffer 6.

5. Empfänger

Vertriebenenverbände, Landsmannschaften, Bibliotheken, Heimatmuseen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	610.200	560.200	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	610.200	560.200	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007			VE 2005 VE 2006
VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-	-	VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	610.200	560.200	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 - Verwaltungskosten je Euro Fördermittel (bei institutioneller Förderung).
 - Durchschnittliche Fördersumme pro Veranstaltung/Buchankauf (bei Projektförderung).
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
 - Anzahl geförderter Institutionen.
 - Anzahl geförderter Projekte.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt
 Derzeit nicht absehbar.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 32 –Förderung der Geschäftsstelle</u> der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) unterhält in Wiesbaden eine Geschäftsstelle. Das Land Hessen fördert die Personal- und Sachkosten.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm, Abschnitt IX, Ziffer 5.

5. Empfänger

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

1

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	310.000	310.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	310.000	310.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	310.000	310.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Verhältnis der Sachkosten zu den Personalkosten pro Haushaltsjahr.

- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Verwaltungskosten pro Euro Landesförderung.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 33 – Förderung von Integrationsmaßnahmen</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz;

Fach- und Fördergrundsätze zur Förderung von Integrationsmaßnahmen in der Fassung vom 6. April 2004.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Integrationsmaßnahmen, insbesondere Sprachfördermaßnahmen für dauerhaft und rechtmäßig in Hessen lebende Zuwanderer einschließlich in Hessen lebender Spätaussiedler. Abwicklung der Förderung der Ausländersozialberatung sofern vom Bund hierfür noch Mittel zur Verfügung gestellt werden.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX, Ziffern 5 und 6.

5. Empfänger

Kommunale und freigemeinnützige Träger.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	1.500.000	1.500.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	1.500.000	1.500.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006			VE 2005
VE 2007			VE 2006
VE 2008			VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	1.500.000	1.500.000	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Gegenseitige Deckungsfähigkeit mit Produkt Nr. 34 (Sprachförderung im Kindergartenalter).
 - 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
 - 9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

Anzahl geförderter Einrichtungen pro Haushaltsjahr.

- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 - Verwaltungskosten pro Euro Landesförderung.
 - Durchschnittliche Fördersumme pro Teilnehmer/-in pro Haushaltsjahr.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 34 – Sprachförderung im Kindergartenalter</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz;

Fach- und Fördergrundsätze zur Förderung der Sprachkompetenz von Kindern im Kindergartenalter ohne ausreichende Deutschkenntnisse vom 22.Februar 2002.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Zuschüsse zur Förderung von Sprachmaßnahmen zur Stärkung der Sprachkompetenz von Kindern im Kindergartenalter in Kindertagesstätten und in familienunterstützenden Einrichtungen. Bezuschussung von Fortbildungen für Erzieherinnen und für sonstige für die Sprachvermittlung geeigneter Personen, die Sprachförderung anbieten. Durchführung von Fachtagungen und Erstellung von Dokumentationen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt IX, Ziffern 5 und 6.

5. Empfänger

Kommunale und freigemeinnützige Träger.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	3.255.900	2.255.900	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	3.255.900	2.255.900	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	3.255.900	2.255.900	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Gegenseitige Deckungsfähigkeit mit Produkt Nr. 33 (Förderung von Integrationsmaßnahmen).
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

- Teilnehmerzahl der Kinder an Sprachfördermaßnahmen.
- Teilnehmerzahl Fortbildung für Sprachvermittler/-innen.
- Anzahl geförderter Einrichtungen pro Haushaltsjahr.

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

- Verwaltungskosten pro Euro Landesförderung.
- Fördersumme pro Kind und pro Sprachförderstunde pro Haushaltsjahr
- Durchschnittliche Fördersumme pro Fortbildungsplatz für Sprachvermittlerinnen pro Haushaltsjahr.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 35 – ESF-Arbeitsmarktprogramme

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium und Investitionsbank Hessen

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Einheitliches Programmplanungsdokument (EPPD) für den ESF (Europäischer Sozialfonds).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Aus Sicht des Landes unzureichend gelöste Probleme des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungsfähigkeit sollen aus Mitteln des ESF mittels geeigneter Programme und Projekte einer Lösung zugeführt werden.

Dazu zählen:

- a) das Programm "Impulse der Arbeitsmarktpolitik (IdeA)";
- b) das "Sammelprogramm für den Politikbereich B des ESF" (Arbeitstitel).

Die Investitionsbank Hessen erhält für die Abwicklung des Förderprodukts eine Dienstleistungsvergütung aus den Produktmitteln.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm Abschnitt VII.

5. Empfänger

a + b) Freie Träger, Kommunen (außer: Kreise und kreisfreie Städte) sowie Zusammenschlüsse von Kommunen (hieran dürfen auch Kreise und kreisfreie Städte beteiligt sein) aus Hessen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Zahl und Höhe der Bewilligungen richtet sich entsprechend der Antragslage nach den verfügbaren EU-Mitteln.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	5.074.600		Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	5.074.600	1	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004
VE 2006			VE 2005
VE 2007			VE 2006
VE 2008			VE 2007
VE 2009 ff.			VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	5.074.600	-	Bewilligungsvolumen 2004

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Mehrerlöse erhöhen, Mindererlöse reduzieren die Ausgabeermächtigung.
- 8.2 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.3 Das Förderprodukt ist gegenseitig deckungsfähig mit den Förderprodukten Nummer 6 (Ausbildung für Benachteiligte), Nummer 7 (HARA) und Nummer 8 (Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte) im Leistungsplan "Freiwillige Transferleistungen".
- 8.4 Bewilligungen zu Lasten der EU-Mittel dürfen im Rahmen des genehmigten ESF-Förderprogramms auch für Folgejahre ausgesprochen werden.
- 9. Finanzierungsmittel

Europäischer Sozialfonds.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
 Verwaltungskosten pro Bewilligung.
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Euro Landesförderung plus ESF pro Bewilligung.
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Keine.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Die ESF-Förderperiode endet im Jahr 2006.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 36 –Qualifizierung und Weiterentwicklung der Arbeit von Betreuungsvereinen</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach dem Haushaltsgesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Qualifizierungsangebote für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Erstellung einer Homepage zur Präsentation der Arbeit der Betreuungsvereine und -stellen, Weiterentwicklung des Hessischen Curriculums zur Schulung ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer" u. a..

4. Bezug zu politischen Zielen

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Betreuungswesen.

5. Empfänger

Freie und kommunale Träger.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Der Umfang der Förderung richtet sich nach den Aufwendungen sowie der Festsetzung der Förderung im Einzelfall.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	46.700	46.700	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	46.700	46.700	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008			VE 2005 VE 2006 VE 2007
VE 2009 ff. Summe VE	-	_	VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	46.700	46.700	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Rückerstattungen an die EU dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der durchgeführten Schulungen nach dem Hessischen Curriculum.

- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Evaluation der Teilnehmer.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Verabschiedung des Zweiten Betreuungsrechtsänderungsgesetzes voraussichtlich Ende 2004.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Kapitel 08 06 / Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen E r f o l g s p l a n (Fördermittelbuchungskreise)

Pos	. VKR	Bezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	-	-	-
	548-549	Kostenersätze und Erstattungen	-	-	-
	510-513	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit	-	-	-
	514-518	Sonstige Erträge	-	-	-
4	530-538	Sonstige betriebliche Erträge	-	726.000	-
		Betriebsertrag	0	726.000	0
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	696.000	696.000	716.234
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	1.000	1.000	11.468
	610-615, 617,619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	695.000	695.000	704.766
8	650-659, 670-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	660.100	126.100	553.866
	650-659	Sonstige Personalaufwendungen	-	-	-
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	623.600	79.600	534.910
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	36.500	46.500	18.956
	690-696	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen	-	-	-
		Betriebsaufwand	1.356.100	822.100	1.270.100

-1.356.100

-96.100

-1.270.100

Eigenergebnis

Kapitel 08 06 / Buchungskreisnummer 2799 Freiwillige Transferleistungen Erfolgsplan

9	540-543, 545-547	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	80.010.700	61.748.000	60.875.556
9a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	66.082.000	59.119.000	63.652.000
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	146.092.700	120.867.000	124.527.556
11	710-719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen (ohne	76.282.800	54.622.400	65.258.270
		Investitionen) nicht rückzb. Zuw. f. Investitionen			
	7100100300		8.366.500	8.366.500	6.927.483
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	84.649.300	62.988.900	72.185.753
		Leistungstransfers Steuer- und Leistungsergebnis	61.443.400	57.878.100	52.341.803
		Verwaltungsergebnis	60.087.300	57.782.000	51.071.703
		verwaltungsergebilis	00.067.300	57.762.000	31.071.703
		Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren			
13	560-569	und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35.000	38.000	55.984
		Finanzertrag	35.000	38.000	55.984
		Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des			
15	740-749	Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden	-	-	-
40	750 700	Abgängen			
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Finanzaufwand	25.000	20,000	0 EE 094
		Finanzergebnis Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	35.000 60.122.300	38.000 57.820.000	55.984 51.127.687
		Ergebnis der gewonnlichen Geschaltstatigkeit	60.122.300	57.820.000	31.127.007
17	539,	Außerordentliche Erträge, Entnahmen aus Rücklagen,	_	_	_
	590-599	Erträge aus Verlustübernahme, periodenfremde Erträge			
		Außerordentlicher Ertrag	0	0	0
	668-669,	Außerordentlicher Aufwand, Einstellungen in Rücklagen,			
18	697-699, 790-799	Aufwand aus Gewinnabführungen, periodenfremde	-	-	-
	190-199	Aufwendungen Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
		Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
		Autororacinilones Ergosino			Ū
	F00 F00	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse			
19	580-589	für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		= Transferzuwendungen	0	0	0
		(durchlaufende) Aufwendungen f. Zuwendungen und			
20	780-789	Zuschüsse für Investitionen u. besondere	-	-	-
		Finanzausgaben = Transferzahlungen	0	0	0
		= Transferengebnis	0	0	0
		= Neutrales Ergebnis	0	0	0
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	_	_	_
		Jahresergebnis	60.122.300	57.820.000	51.127.687

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 06 Freiwillige Transferleistungen

- 1. Einnahmen können, soweit durch die Bewirtschaftungsvermerke in den einzelnen Förderproduktblättern geregelt, zur Verstärkung der Ausgaben eingesetzt werden.
- Die Ansätze der Hauptgruppen 5 bis 9 sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.
 Verpflichtungsermächtigungen sind im Rahmen der jeweiligen Einzelregelungen in den Förderproduktblättern deckungsfähig.
 Rücklagen können mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen gebildet werden.

EINNAHMEN

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

119	div	Sonstige Verwaltungseinnahmen	719 300	721 000	997 701
162	div	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	35 000	38 000	55 984
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
231	div	Sonstige Zuweisungen vom Bund	51 000	51 000	58 448
n e u 236	314	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	_	_	_
271	div	Erstattungen von der EU	19 812 400	3 855 000	9 696 883
n e u 281	235	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	_	726 000	_
n e u 282	261	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	60 000	60 000	48 523
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)			
n e u					
342	261	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	_	_	_
381	div	Verrechnungen zwischen Kapiteln	59 368 000	57 061 000	50 074 001
		Gesamteinnahmen Kapitel 08 06	80 045 700	62 512 000	60 931 541

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst

511	div	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	17 500	27 500	18 854
n e u 525	261	Aus- und Fortbildung	10 000	10 000	102
n e u 526	291	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	20 000	20 000	10 374
n e u 527	261	Dienstreisen	9 000	9 000	_
531	div	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	1 000	1 000	11 468
n e u 533	261	Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	54 000	54 000	149 476
538	div	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	630 000	630 000	659 994
547	div	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	45 000	45 000	34 041
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
633	div	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindever-	40.004.500	40.450.400	04.440.704
		bände	18 631 500	12 150 100	21 143 721
671	div	Erstattungen an Inland	569 600	25 600	385 435
n e u 681	291	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	53 000	53 000	12 750
683	div	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	_	_	1 890 000
684	div	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen) Verpflichtungsermächtigung	35 910 600	29 874 400	33 359 998
		Haushaltsjahr EUR			
		2006 2 700 000 2007 2 700 000			
		2008 1 600 000			
		2009ff 100 000			
		Gesamtverpflichtung 7 100 000			
685	div	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	4 435 400	1 695 000	739 985

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG	7	7	
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR
686 div	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Verpflichtungsermächtigung	17 252 600	10 765 600	7 869 412
	Haushaltsjahr EUR			
	2006 1 500 000			
	2007 —			
	2008 —			
	2009ff —			
	Gesamtverpflichtung 1 500 000			
	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)			
883 div	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Geme deverbände		158 000	426 673
n e u 892 252	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	–	_	_
893 div	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland Verpflichtungsermächtigung	8 208 500	8 208 500	6 500 810
	Haushaltsjahr EUR			
	2006 3 350 000			
	2007 2 400 000			
	2008 1 350 000			
	2009ff 300 000			
	Gesamtverpflichtung 7 400 000			
	Besondere Finanzierungsausgaben			
981 div	Verrechnungen zwischen Kapiteln	–	85 000	241 621
	Gesamtausgaben Kapitel 08 06	86 005 700	63 811 700	73 454 714

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

Ab	schluss Kapitel 08 06			
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	_	_	_
1	Eigene Einnahmen	754 300	759 000	1 053 685
2	Übertragungseinnahmen	19 923 400	4 692 000	9 803 854
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	59 368 000	57 061 000	50 074 001
Ges	samteinnahmen	80 045 700	62 512 000	60 931 541
4	Personalausgaben	_	_	_
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	786 500	796 500	884 309
	Ausgaben für den Schuldendienst	_	_	_
6	Übertragungsausgaben	76 852 700	54 563 700	65 401 301
7	Baumaßnahmen	_	_	_
8	Sonstige Investitionsausgaben	8 366 500	8 366 500	6 927 483
9	Besondere Finanzierungsausgaben	_	85 000	241 621
Ges	samtausgaben	86 005 700	63 811 700	73 454 714

-5 960 000 -1 299 700 -12 523 173

Zuschuss/Überschuss.....

Kapitel 08 07 / Buchungskreisnummer 2799 Besondere Transferleistungen Wirtschaftsplan (Fördermittelbuchungskreise)

A. Vorbemerkungen

Bei Kapitel 08 07 sind die Leistungen des Landes an die Unfallkasse Hessen, die Verwaltungskostenerstattungen an den LWV zur Durchführung des Maßregelvollzugs, die Investitionszuschüsse zur Errichtung und Herrichtung von Einrichtungen des Maßregelvollzugs sowie Leistungen der Wiedergutmachung und zur Sicherung und Betreuung jüdischer Friedhöfe veranschlagt.

Die entsprechenden Mittel waren bisher in den Kapiteln 08 13, 08 32, 08 61, 08 62, 08 63, und 08 64 etatisiert.

Die einzelnen Produkte ergeben sich aus dem beigefügten Leistungsplan.

B. Bewirtschaftungsvermerke

1. Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach §§ 7 a und 71 a LHO und den dazu ergangenen Vorläufigen Regelungen.

Produktbezogene Rückzahlungen aus Leistungen des laufenden Jahres erhöhen die jeweiligen Ausgabeermächtigungen.

Rücklagen dürfen mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums der Finanzen produktbezogen gebildet werden.

Vorgriffe gem. § 37 Abs. 6 LHO gehen nicht zu Lasten von Rücklagen.

2. Leistungsplan

Hinsichtlich der im Leistungsplan ausgewiesenen Produkte ist Nr. 6.5 der VV zu § 7 a LHO zu beachten, soweit förderproduktbezogene Regelungen bzw. Bewirtschaftungsvermerke nichts anderes bestimmen.

Die Maßregelvollzugseinrichtung Hanau ist auf den Landesbetrieb HI übergegangen. Eine Darstellung der getätigten Investitionskosten erfolgt nicht mehr im Leistungsplan.

Für Rückzahlung von Entschädigungen, Überzahlungen und vermischte Einnahmen in Höhe von 5.000 Euro in 2005 wurden keine Produkte gebildet. Diese Einnahmen sind nicht im Leistungsplan enthalten.

Kapitel 08 07 / Buchungskreisnummer 2799 Besondere Transferleistungen Wirtschaftsplan (Fördermittelbuchungskreise)

Die Darstellung erfolgt ausschließlich im kameralen Teil und im Erfolgsplan.

	In 1	.000 Euro	
	2005	2004	2003
Produktabgeltung laut Leistungsplan	113.316	106.652	90.723
Die Maßregelvollzugseinrichtung Hanau			
ist auf den Landesbetrieb HI übergegangen			+ 976
Rückzahlung von Entschädigungen,			
Überzahlungen und vermischte			
Einnahmen bei Kap. 08 07 – 119	- 5	- 5	0
Kameraler Zuschuss	113.311	106.647	91.699
HAV	113.310	106.647	91.698

3. **Erfolgsplan**

Nicht im Leistungsplan enthaltene außerordentliche Erträge aus Rückzahlung von Entschädigungen, Überzahlungen und vermischte Einnahmen sind im kameralen Teil und im Erfolgsplan auszuweisen.

	In 1.000 Euro		
	2005	2004	2003
Jahresergebnis laut Erfolgsplan	5	5	0
- außerordentliche Erträge aus			
Rückzahlung von Entschädigungen,			
Überzahlungen und vermischte			
Einnahmen	- 5	- 5	0
Ergebnis:	0	0	0

Kapitel 08 07/ Buchungskreisnummer 2799 Besondere Transferleistungen Leistungsplan

(Fördermittelbuchungskreise)

- Beträge in 1.000 EUR -

		Soll 2005					
Nr.	Förderprodukte	Menge 1)	Gesamt- kosten ²⁾	Erlöse ³⁾	Produkt- abgeltung ⁴⁾	Ergebnis ⁵⁾	
1	Unfallkasse Hessen	1	17.710	3.174	14.536	-	
2	Verwaltungskostenerstattung Maßregelvollzug	1	62.000	-	62.000	-	
3	Investitionen Maßregelvollzug	1	12.300	-	12.300	-	
4	Leistungen nach dem BEG	1	40.814	19.000	21.814	-	
5	Unterstützung bedürftiger Verfolgter u. anderer Geschädigter des Nationalsozialismus	1	2.030	-	2.030	-	
6	Sicherung und Betreuung jüdischer Friedhöfe	1	1.083	448	636	-	
	Summe	1	135.937	22.622	113.316		

¹⁾ Bei unterschiedlicher Zählgröße nähere Angaben auf Produktblatt

²⁾ Entspricht dem bisherigen Haushaltsansatz

³⁾ Erlöse = EU-, Bundes- und sonst. Mittel

⁴⁾ Produktabgeltung entspricht dem Landesanteil an der Finanzierung

⁵⁾ Ergebnis = Gesamtkosten ./. Erlöse ./. Produktabgeltung

Kapitel 08 07/ Buchungskreisnummer 2799 Besondere Transferleistungen L e i s t u n g s p l a n

(Fördermittelbuchungskreise)

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2004				Ist 2003					
Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
-	17.200	3.090	14.110	-	-	17.041	3.101	13.940	-
-	56.010	-	56.010	-	-	51.720	35	51.685	-
-	11.623	-	11.623	-	-	62	-	62	-
-	41.814	19.400	22.414	-	-	42.667	20.079	22.588	-
-	1.860	-	1.860	-	-	1.850	-	1.850	-
-	1.083	448	635	-	-	1.025	427	598	-
	129.590	22.938	106.652	-	1	114.365	23.642	90.723	

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 01 – Unfallkasse</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (§ 128,129 SGB VII); Satzung der Unfallkasse.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Beitragszahlungen für die im Bereich des Landes Hessen entstehenden Leistungsaufwendungen sowie der anteiligen Verwaltungskosten. Erstattungen an das HSM erfolgen durch den Landesbetrieb Hessen-Forst und die Staatstheater Darmstadt, Kassel, Wiesbaden.

4. Bezug zu politischen Zielen

5. Empfänger

Unfallkasse Hessen in Frankfurt am Main.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

1

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004		
Gesamtkosten	17.710.200	17.200.000	Gesamtkosten		
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre		
davon für neues Programm 2005	17.710.200	17.200.000	davon für neues Programm 2004		
Verpflichtungser-			Verpflichtungser-		
mächtigungen 2005			mächtigungen 2004		
VE 2006			VE 2005		
VE 2007			VE 2006		
VE 2008			VE 2007		
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.		
Summe VE	-	-	Summe VE		
Bewilligungsvolumen 2005	17.710.200	17.200.000	Bewilligungsvolumen 2004		

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

8.1 Ausgaben können unabhängig von den Erlösen in Höhe der Gesamtkosten geleistet werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- **10.2** Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
 Durchschnittliche Beitragssumme pro Beschäftigten.
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Anzahl der versicherten Beschäftigten.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit
- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

 Derzeit nicht abzusehen
- Laufzeit bzw. Befristung Unbefristet.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 02 – Verwaltungskostenerstattung</u> <u>Maßregelvollzug</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium und einweisende Stellen (Gerichte und Staatsanwaltschaften)

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Gesetz über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt (Maßregelvollzugsgesetz) vom 3. Dezember 1981 (GVBI. I, S. 414) und §§ 30/31 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und dem Mittelstufengesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Verwaltungskostenerstattung an den Landeswohlfahrtsverband Hessen für den Maßregelvollzug und Maßnahmen im Bereich des Maßregelvollzugs und der psychiatrischen Versorgung. Die Einweisung der Maßregelvollzugspatienten erfolgt durch die hessischen Gerichte und Staatsanwaltschaften.

4. Bezug zu politischen Zielen

Die Finanzierung des Maßregelvollzuges ist geregelt. Der Sicherheit der Bürger wird Priorität eingeräumt.

5. Empfänger

Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Der LWV erhält je eingewiesenem Patienten auf der Basis des individuell festgesetzten Pflegesatzes die Kosten erstattet.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	62.000.000	56.010.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	62.000.000	56.010.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff. Summe VE	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff. Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	62.000.000	56.010.000	Bewilligungsvolumen 2004
Dewinigungsvolumen 2005	02.000.000	30.010.000	Dewingungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

Keine produktspezifischen Einschränkungen.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Durchschnittliche Fallkosten = Pflegesatz X mittlere Verweildauer im Bereich § 63 StGB.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der Entweichungen pro hundert Patienten pro Jahr für §§ 63 und 64 StGB; Jugendliche auf Grund geringerer Fallzahlen gesondert ausweisen.

10.3 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.4 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 03 – Investitionen Maßregelvollzug

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Gesetz über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt (Maßregelvollzugsgesetz) vom 3. Dezember 1981 (GVBI. I, S. 414) und §§ 30/31 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und dem Mittelstufengesetz.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Investitionszuschüsse zur Errichtung und Herrichtung von Kliniken für forensische Psychiatrie zur Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Unterbringungsplätzen im Maßregelvollzug. Es handelt sich derzeit um folgende Maßnahmen:

- Neu- und Umbau des Hauses G2 der Klinik für Psychiatrie Haina;
- Umbau des Hauses 6 der Klinik für forensisches Psychiatrie Haina;
- Errichtung einer neuen Einrichtung im Zentrum für soziale Psychiatrie Rheinblick in Eltville:
- Errichtung einer Klinik für forensische Psychiatrie in Bad Emstal-Merxhausen;
- Herrichtung einer neuen Einrichtung mit 10 Plätzen in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kinder- und Jugendalters Lahnhöhe, Marburg;
- Erweiterung der Sicherungsmaßnahmen in der Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar;
- Umbaumaßnahmen in der Außenstelle Gießen der Klinik für forensische Psychiatrie Haina;
- Errichtung einer neuen Einrichtung für die Unterbringung nach § 63 StGB in Riedstadt;
- Errichtung von 20 Plätzen im Zentrum für Soziale Psychiatrie in Marburg;
- Erweiterung der Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar von 145 auf 235 Plätzen (Planungskosten).

4. Bezug zu politischen Zielen

Fachliche und strukturelle Voraussetzungen für den Maßregelvollzug sind geschaffen und den Anforderungen angepasst. Der Sicherheit der Bürger wird Priorität eingeräumt.

5. Empfänger

Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV):

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Der Investitionsaufwand ist je Maßnahme schwankend auf Grund des Umfangs und des Bauablaufs.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	12.300.000	11.623.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	12.300.000	11.623.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	27.183.000 13.515.000 5.221.000	9.300.000 7.000.000 1.500.000	VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	45.919.000	17.800.000	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	58.219.000	29.423.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 8.2 Unter Nr. 7 ausgebrachte Mittel können auch zur Nutzung externer Leistungen im Rahmen der Bauberatung verwandt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen

10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

Verhältnis der geschaffenen Plätze zu den entstandenen Gesamtkosten.

10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der Entweichungen im Verhältnis zu den gesamten Unterbringungszahlen.

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Derzeit nicht abzusehen.

12. Laufzeit bzw. Befristung

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 04 – Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG)</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Bundesentschädigungsgesetz (BEG) in der Fassung vom 29. Juni 1956 (BGBI. I, S. 562);

BEG-Schlussgesetz in der Fassung vom 14.September 1965 (BGBl. I, S. 1315).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Gewährung von Entschädigungsleistungen an Verfolgte des Nationalsozialismus oder ihre Hinterbliebenen mit Rechtsanspruch sowie Gewährung von Härteausgleichsleistungen (§ 171 BEG) an Verfolgte des Nationalsozialismus. Hierzu gehören alle Aufwendungen für fachärztliche Gutachten. Weiter werden anteilige Kosten des Landes für Aufwendungen der Bundeszentralkartei erstattet.

4. Bezug zu politischen Zielen

Abwicklung der Kriegs-, NS- und Teilungsfolgen.

5. Empfänger

Verfolgte des Nationalsozialismus oder ihre Hinterbliebenen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Zahl der Fälle richtet sich nach Vorliegen und Anerkennung der zu erfüllenden Voraussetzungen. Die Empfänger haben einen gesetzlichen Anspruch.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	40.814.000	41.814.000	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	40.814.000	41.814.000	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-		VE 2005 VE 2006 VE 2007 VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	40.814.000	41.814.000	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Mehrerlöse bei den Bundesmitteln erhöhen die Ausgabeermächtigung.
- 8.2 Rückerstattungen an den Bund dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.3 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel und Bundesmittel entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Anzahl der laufenden Rentenzahlungen.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Beschwerden. Anzahl der Klagen.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Die Anzahl der BEG-Leistungsempfänger wird sich altersbedingt kontinuierlich reduzieren.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 05 – Unterstützung bedürftiger Verfolgter und anderer Geschädigter des Nationalsozialismus</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidium Darmstadt

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Richtlinien für die Bewilligung von Zuwendungen aus dem Landesfonds zur Unterstützung von bedürftigen Verfolgten vom 15. Mai 1957 in der Fassung vom 1. Juli 2003.

Richtlinien der Hessischen Landesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen (Härtefonds für NS-Opfer vom 19. Dezember 1991, zuletzt geändert am 3. November 2003).

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

Laufende und einmalige Zuwendungen an bedürftige Verfolgte des Nationalsozialismus oder ihre Hinterbliebenen;

Ehrensold an Gegner des Nationalsozialismus oder ihre Witwen:

Härteleistungen an Geschädigte des Nationalsozialismus, die keine oder keine angemessene Entschädigung erhalten haben und sich in einer Notlage befinden.

Über die Mittel für laufende Zuwendungen und einmalige Beihilfen in Höhe von 12.800 EUR aus dem Landesfonds verfügt das Hessische Sozialministerium im Einvernehmen mit dem Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung des Hessischen Landtags.

4. Bezug zu politischen Zielen

Abwicklung der Kriegs-, NS- und Teilungsfolgen.

5. Empfänger

Geschädigte und Gegner des Nationalsozialismus oder ihre Hinterbliebenen.

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

Die Zahl der Fälle richtet sich nach Vorliegen und Anerkennung der zu erfüllenden Voraussetzungen (laufende oder einmalige Zahlungen nach unterschiedlicher Bemessungsgrundlage und Entscheidung durch den Beirat).

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	2.029.800	1.859.800	Gesamtkosten
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre
davon für neues Programm 2005	2.029.800	1.859.800	davon für neues Programm 2004
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004
VE 2006 VE 2007 VE 2008			VE 2005 VE 2006 VE 2007
VE 2009 ff.	-		VE 2008 ff.
Summe VE	-	-	Summe VE
Bewilligungsvolumen 2005	2.029.800	1.859.800	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke

- 8.1 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel.

- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- 10.3 Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Anzahl der laufenden Beihilfen.

10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Beschwerden. Anzahl der Klagen.

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

Die Anzahl der Leistungsempfänger wird sich altersbedingt kontinuierlich reduzieren.

12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

<u>Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 06 - Sicherung und Betreuung jüdischer Friedhöfe</u>

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium, Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel

2. Auftrags- / Rechtsgrundlage

Bund-Länder-Vereinbarung vom 21. Juni 1957, Richtlinien für die Sicherung und Betreuung der jüdischen Friedhöfe in Hessen vom 1. Januar 1992.

3. Kurzbeschreibung des Förderprodukts

- a) Pflege und Betreuung der während des Nationalsozialismus verwaisten jüdischen Friedhöfe.
 - Es handelt sich um 688.340 Quadratmeter Friedhofsfläche, für die pauschal 1,30 Euro pro Quadratmeter erstattet wird. Der Bund trägt die Hälfte der Kosten
- b) Pflege und Betreuung der anderen alten (nicht verwaisten) jüdischen Friedhöfe mit einer Fläche 144.230 Quadratmeter für die pauschal 1,30 Euro pro Quadratmeter erstattet werden. Erstattet werden können auch Aufwendungen für bauliche Sicherungsmaßnahmen.

4. Bezug zu politischen Zielen

Abwicklung der Kriegs-, NS- und Teilungsfolgen.

5. Empfänger

Kommunen, Eigentümer oder Nutzer der Friedhöfe (Landesverband der Jüdischen Gemeinde und andere).

6. Zählgröße / Mengen im Haushaltsjahr

- a) 688.340 Quadratmeter Friedhofsfläche.
- b) 144.230 Quadratmeter Friedhofsfläche.

7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004	
Gesamtkosten	1.083.000	1.083.000	Gesamtkosten	
davon für eingegange VE der Vorjahre			davon für eingegange VE der Vorjahre	
davon für neues Programm 2005	1.083.000	1.083.000	davon für neues Programm 2004	
Verpflichtungser- mächtigungen 2005			Verpflichtungser- mächtigungen 2004	
VE 2006 VE 2007 VE 2008 VE 2009 ff.	-	VE 2005 VE 2006 VE 2007 - VE 2008 ff.		
Summe VE	-	-	Summe VE	
Bewilligungsvolumen 2005	1.083.000	1.083.000	Bewilligungsvolumen 2004	

- 8. Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerke
- 8.1 Rückerstattungen an den Bund dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.
- 8.2 Rückzahlungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.
- 8.3 Die Produktmittel sind übertragbar.
- 9. Finanzierungsmittel
 - a) Landes- und Bundesmittel.
 - b) Landesmittel.
- 10. Förderproduktspezifische Kennzahlen / Qualitätskennzahlen
- 10.1 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)
- 10.2 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)
- **10.3** Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen Anzahl der gepflegten Quadratmeter.
- 10.4 Kennzahlen zur Prozessqualität
- 10.5 Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Anzahl der Beschwerden.

- 11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt Derzeit nicht erkennbar.
- 12. Laufzeit bzw. Befristung

Unbefristet.

Kapitel 08 07 / Buchungskreisnummer 2799 Besondere Transferleistungen Erfolgsplan (Fördermittelbuchungskreise)

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2005 EUR	Soll 2004 EUR	Ist 2003 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	-	-	-
	548-549	Kostenersätze und Erstattungen	-	-	-
	510-513	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit	-	-	-
	514-518	Sonstige Erträge	-	-	-
4	530-538	Sonstige betriebliche Erträge	2.650.000	2.650.000	2.659.842
		Betriebsertrag	2.650.000	2.650.000	2.659.842
5	60/61 610-615,	Bezogene Waren und Leistungen	94.000	94.000	126.869
	617,619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	94.000	94.000	126.869
8	650-659, 670-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	-	-
	650-659	Sonstige Personalaufwendungen	-	-	-
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-	-	-
	690-696	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen	-	-	-
		Betriebsaufwand	94.000	94.000	126.869
		Eigenergebnis	2.556.000	2.556.000	2.532.973

Kapitel 08 07 / Buchungskreisnummer 2799 Besondere Transferleistungen E r f o l g s p l a n (Fördermittelbuchungskreise)

		(i ordermitteibaendingskier	50,		
9	540-543, 545-547	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	19.976.700	20.292.500	20.981.615
9a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	113.316.000	106.652.000	90.723.000
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	133.292.700	126.944.500	111.704.615
11	710-719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen (ohne Investitionen)	123.543.700	117.872.500	114.213.903
11a	7100100300	nicht rückzb. Zuw. f. Investitionen	12.300.000	11.623.000	23.685
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	_
		Leistungstransfers	135.843.700	129,495,500	114.237.588
		Steuer- und Leistungsergebnis	-2.551.000	-2.551.000	-2.532.973
		Verwaltungsergebnis	5.000	5.000	0
		To nation good good to	0.000	0.000	
13 14	560-569 570-579	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
14	570-579		0	0	-
		Finanzertrag	U	U	0
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	_	_
		Finanzaufwand	0	0	0
		Finanzergebnis	0	0	0
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.000	5.000	0
			0.000	0.000	
17	539, 590-599	Außerordentliche Erträge, Entnahmen aus Rücklagen, Erträge aus Verlustübernahme, periodenfremde Erträge	-	-	-
		Außerordentlicher Ertrag	0	0	0
18	668-669, 697-699, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Einstellungen in Rücklagen, Aufwand aus Gewinnabführungen, periodenfremde Aufwendungen	-	-	-
		Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
		Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		= Transferzuwendungen	0	0	0
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen f. Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen u. besondere Finanzausgaben	-	-	-
		= Transferzahlungen	0	0	0
		= Transferergebnis	0	0	0
		= Neutrales Ergebnis	0	0	0

5.000

5.000

0

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Jahresergebnis

21 770-779

224

Kapitel 08 07 Besondere Transferleistungen

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 07 Besondere Transferleistungen

- 1. Einnahmen können, soweit durch die Bewirtschaftungsvermerke in den einzelnen Förderproduktblättern geregelt, zur Verstärkung der Ausgaben eingesetzt werden.
- Die Ansätze der Hauptgruppen 5 bis 9 sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.
 Verpflichtungsermächtigungen sind im Rahmen der jeweiligen Einzelregelungen in den Förderproduktblättern deckungsfähig.
 Rücklagen können mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen gebildet werden.

EINNAHMEN

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

n e u 111	244	Gebühren, sonstige Entgelte	_	_	_
119	div	Sonstige Verwaltungseinnahmen	5 000	5 000	35 870
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
231	div	Sonstige Zuweisungen vom Bund	19 447 500	19 847 500	20 505 384
n e u 281	223	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	2 650 000	2 650 000	2 659 842
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)			
n e u 381	991	Verrechnungen zwischen Kapiteln	524 200	440 000	441 231
		Gesamteinnahmen Kapitel 08 07	22 626 700	22 942 500	23 642 327

Kapitel 08 07 Besondere Transferleistungen

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst

517	div Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	_	_	_
526	div Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	94 000	94 000	88 718
538	div Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	_	_	38 151
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
n e u 632	244 Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	3 500	3 500	4 056
633	div Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	63 083 000	57 093 000	52 744 641
n e u 636	223 Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	17 710 200	17 200 000	17 040 555
n e u 671	244 Erstattungen an Inland	_	_	_
n e u 676	244 Erstattungen an Ausland	_	_	_
681	div Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	7 727 700	7 557 700	8 102 082
n e u 687	244 Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU)	35 018 600	36 018 600	36 322 134
	Baumaßnahmen			
n e u 711	312 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	_	_	976 797

Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)

Kapitel 08 07 Besondere Transferleistungen

Kapitel			Ansatz	Ansatz	IST
Titel		KBESTIMMUNG	0005	0004	0000
Funkt Kennziffer	ERL	ÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
Remiziner	1		2011	2011	
n e u 891 312		stitionen an öffentliche Unterneh-	12 300 000	11 623 000	23 685
	Verpflichtungsermächt		12 300 000	11 020 000	20 000
	Haushaltsjahr	EUR			
	2006	27 183 000			
		3 515 000			
	2008 2009ff	5 221 000			
	Gesamtverpflichtung 2	15 919 000			
	Gesamtausgaben Kap	itel 08 07	135 937 000	129 589 800	115 340 819
Abse 0	chluss Kapitel 08 (Steuern und steuerä)7 hnliche Abgaben	_	_	_
1			5 000	5 000	35 870
2		men	22 097 500	22 497 500	23 165 226
3	Vermögenswirksame				
	Finanzierungseinnal	nmen	524 200	440 000	441 231
Gesa	ımteinnahmen		22 626 700	22 942 500	23 642 327
4	Personalausgaben .		_	_	_
5	Sächliche Verwaltun	gsausgaben	94 000	94 000	126 869
	Ausgaben für den S	chuldendienst	_	_	_
6	Übertragungsausgal	oen	123 543 000	117 872 800	114 213 468
7	Baumaßnahmen		_	_	976 797
8	Sonstige Investitions	sausgaben	12 300 000	11 623 000	23 685
9	Besondere Finanzie	rungsausgaben			
Gesa	ımtausgaben		135 937 000	129 589 800	115 340 819
Zusc	huss/Überschuss		-113 310 300	-106 647 300	-91 698 492

Kapitel 08 19

Klinik Waldeck Reha- und AHB - Klinik, Innere Medizin-Urologie-Neurologie Verletzungsfolgen-Umweltmedizin in Bad Wildungen -kw-

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 19 Klinik Waldeck Reha- und AHB - Klinik, Innere Medizin-Urologie-Neurologie Verletzungsfolgen-Umweltmedizin in Bad Wildungen -kw-

Zu Kapitel 08 19:

Dieses Kapitel fällt wegen Schließung und Veräußerung der Kurklinik weg. Die noch vorhandenen Planstellen und Stellen wurden in den Einzelplan 03 umgesetzt.

EINNAHMEN

Weggefallene Titel

111 31	242 Klinikgebühren von Selbstzahlern und Kassenpatienten	_	_	71 836
119 01	242 Einnahmen aus Nebentätigkeit	_	2 000	1 055
119 06	242 Einnahmen aus anderen privaten Mitbenutzungen staatli- cher Einrichtungen	_	_	100 374
119 21	242 Einnahmen aus Verpflegung des Personals	_	_	5 024
119 41	242 Rückzahlung von Überzahlungen	_	_	_
119 51	242 Vermischte Einnahmen	_	_	806
124 01	242 Mieten und Pachten	_	10 000	9 576
132 01	242 Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	_	_	_
132 02	242 Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	_	200	_
231 01	242 Erstattungen vom Bund für die Inanspruchnahme der Kurklinik	_	1 847 000	941 028
231 02	242 Zuweisungen vom Bund zu den Kosten der fachlichen Fortbildung der Beamten und Angestellten	_	_	_
231 03	242 Zuweisungen vom Bund zu den Kosten der fachlichen Fortbildung der Ärzte und des ärztlichen Hilfspersonals	_	_	_
235 01	242 Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes Vgl. Vermerk bei Titel 425 01, 426 01.	_	_	_
235 02	242 Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	_	_	_
235 08	242 Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit Vgl. Vermerk bei Titel 427 08.	_	_	_
381 01	991 Zuführung aus Kap. 17 02 - 981 72	_	_	_
381 02	991 Zuführung aus Kap. 03 02 - ATG 83	_	_	_

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer		2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
	Gesamteinnahmen Kapitel 08 19	_	- 1 859 200	1 129 698

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Weggefallene Titel

Weggefallene Titel			
422 01 242 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Laufende Zahlungen	_	110 000	128 876
Erläuterungen: 1. Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubs-geld, vermögenswirksame Leistungen			
422 02 242 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Einzelzahlungen	_	_	_
422 41 242 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Leerstellen	_	_	_
425 01 242 Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei den Titeln 235 01 (Förderleistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen zur Altersteilzeitarbeit), 235 02 und 381 02 geleistet werden.	_	600 000	689 571
Erläuterungen: 1. Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung			
425 02 242 Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen	_	_	_
425 41 242 Vergütungen der Angestellten - Leerstellen	_	_	_
426 01 242 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Laufende Zahlungen	_	461 000	438 126
Erläuterungen: 1. Löhne, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	_	_	_
426 03 242 Löhne der ständigen nichtvollbeschäftigten Kräfte	_	8 600	7 939
720 00 272 Lonne der standigen montvollbeschaftigten Matte	_	0 000	เ ฮงฮ

Kapitel Titel		ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
	ınkt ziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
	en für	r teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit zusammen beitsstunden je Woche.			
426 41	242	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen	_		_
427 01		Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	_	_	<u> </u>
Erläuterur Für Urlaub	_	etungen und wegen krankheitsbedingter Ausfälle.			
427 08		Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	_	_	_
453 01	242	Trennungsgeld abgeordneter, versetzter oder eingestellter Bediensteter, Umzugskostenvergütungen	_	. <u> </u>	_
459 05		Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens/ Ideenmanagements in der hessischen Landesverwaltung	_	_	_
der Hessis	ach de schen l	en Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätz- imie gewährt.			
511 01		Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	_	37 000	29 466
514 01	242	Haltung von Fahrzeugen	_	2 700	2 754
514 02	242	Dienst- und Schutzkleidung	_	3 000	1 012
514 03	242	Verbrauchsmittel	_	. <u> </u>	238 087
517 01	242	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	_	122 000	111 491
518 01	242	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		4 000	2 960
518 02	242	Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	_	1 000	339
519 01	242	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	_	67 000	27 876
525 61	242	Aus- und Fortbildung der Beamten und Angestellten	_	1 000	734
525 62	242	Aus- und Fortbildung der der Ärzte und des ärztlichen Hilfspersonals	_	2 000	641
526 01	242	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	_	300	_
527 01	242	Inlandsreisen	_	1 000	445
537 02	242	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u.ä	_	<u> </u>	_
538 01	242	Kosten für ärztliche Untersuchungen und Laborleistungen außerhalb der Kurklinik	_	. <u> </u>	9 997
542 01	242	Steuern und Abgaben	_	6 300	11 556

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
546 01 242	Vermischter Sachaufwand	_	_	_
681 05 242	Schadenersatzleistungen aus Leasingverträgen	_	_	_
711 01 242	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	_	_	_
811 01 242	Erwerb von Kraftfahrzeugen	_	_	_
812 02 242	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	_	_	_
812 35 242	Erwerb von Fachgeräten	_	_	_
	Gesamtausgaben Kapitel 08 19	_	1 426 900	1 701 870
Abso	chluss Kapitel 08 19			
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	_	_	_
1	Eigene Einnahmen	_	12 200	188 670
2	Übertragungseinnahmen	_	1 847 000	941 028
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	_	_	_
Gesa	mteinnahmen	_	1 859 200	1 129 698
4	Personalausgaben	_	1 179 600	1 264 511
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	_	247 300	437 359
	Ausgaben für den Schuldendienst	_	_	_
6	Übertragungsausgaben	_	_	_
7	Baumaßnahmen	_	_	_
8	Sonstige Investitionsausgaben	_	_	_
9	Besondere Finanzierungsausgaben	_	_	_
Gesa	mtausgaben		1 426 900	1 701 870
Zusc	huss/Überschuss	_	432 300	-572 172

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 25 Ministerium - Landesjugendamt und Jugendbildungsstätten Kw

Zu Kapitel 08 25:

Das Kapitel 08 25 - Ministerium-Landesjugendamt und Jugendbildungsstätten-kw wurde aufgelöst. Die Haushaltsmittel, Planstellen und Stellen sind nach Kapitel 08 01 umgesetzt worden.

EINNAHMEN

Weggefallene Titel

235 01	213 Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes	_	
235 02	213 Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	_	
235 08	213 Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit	_	
381 01	991 Zuführung aus Kap. 17 02 - 981 72	_	— 30 678
381 02	991 Zuführungen aus Kap. 03 02 - ATG 83	_	
	Gesamteinnahmen Kapitel 08 25	_	- 30 678

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Weggefallene Titel

412 02 213 Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger	_	_	_
Erläuterungen:			
Entschädigungen für Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses einschließlich der Fachausschüsse und Kommissionen.			
422 01 213 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Laufende Zahlungen	_	150 000	150 741
•			
Erläuterungen:			
 Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubs-geld, vermögenswirksame Leistungen			
Zusammen — EUR			
400 00 040 Parities and Naharda'd according Parities and Parities			
422 02 213 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Einzelzahlungen	_	1 100	_
Erläuterungen:			
1. Übergangsgelder — EUR 2. Sondervergütungen — EUR 3. Nachversicherung ausscheidender Beamter — EUR 4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen — EUR 5. Ehrengaben — EUR Zusammen — EUR			
422 41 213 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Leerstellen	_	_	_
425 01 213 Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei den Titeln 235 01, 235 02 und 381 02 geleistet werden.	_	1 000 000	1 090 620
Erläuterungen:			
 Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögens- wirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversi- cherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatz- 			
versicherung			
2. Aufwandsentschädigungen			
3. Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge			
4. Besondere Zulagen — EUR Zusammen — EUR			
Zusammen — Eur			
425 02 213 Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen	_	300	_
Erläuterungen:			
1. Ehrengaben — EUR			
2. Ubergangsgelder, Abfindungen — EUR			
3. Sondervergütungen — EUR 4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen — EUR			
Zusammen — EUR			
425 41 213 Vergütungen der Angestellten - Leerstellen	_	_	_

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
426 01 213	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Laufende Zahlungen			
		_	140 000	151 281
426 02 213	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen	_	26 000	_
426 03 213	Löhne der ständigen nichtvollbeschäftigten Kräfte		22 000	25 494
	teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit stens 90 Arbeitsstunden kw je Woche.			
	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	_	_	_
	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	_	_	_
453 01 213	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	_	12 000	2 500
	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens/ Ideenmanagements in der hessischen Landesverwaltung	_	_	_
Erläuterungen:				
	en Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätz- imie gewährt.			
	Gesamtausgaben Kapitel 08 25	_	1 351 400	1 420 635

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR
Abso	chluss Kapitel 08 25			
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	_	_	_
1	Eigene Einnahmen	_	_	_
2	Übertragungseinnahmen	_	_	_
3	Vermögenswirksame und besondere			
	Finanzierungseinnahmen	_	_	30 678
Gesa	mteinnahmen	_	_	30 678
4	Personalausgaben	_	1 351 400	1 420 635
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	_	_	_
	Ausgaben für den Schuldendienst	_	_	_
6	Übertragungsausgaben	_	_	_
7	Baumaßnahmen	_	_	_
8	Sonstige Investitionsausgaben	_	_	_
9	Besondere Finanzierungsausgaben	_	_	_
Gesa	mtausgaben	_	1 351 400	1 420 635

-1 389 958

-- -1 351 400

Zuschuss/Überschuss

Kapitel 08 29 Maßnahmen der Suchthilfe

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 29

Maßnahmen der Suchthilfe

Zu Kapitel 08 29:

Die landeseigene Liegenschaft "Villa Lilly" in Bad Schwalbach-Lindschied war bisher dem Ressortvermögen des Sozialministeriums zugeordnet. Zum 01. Januar 2005 wurde die Liegenschaft, die als Therapiedorf genutzt wird, auf den Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement übertragen. Die Einnahmen (Titel 124 01) und die Ausgaben (Titel 519 01) wurden entsprechend umgesetzt. Die übrigen Titel des Kap. 08 29 wurden nach Kap. 08 06 (Förderprodukte Nr. 11 und 26) umgesetzt.

EINNAHMEN

Weggefallene Titel

124 01	314 Mieten und Pachten	_	210 000	216 597
e.V., Fran	Ingen: en aus dem Nutzungsvertrag mit dem Jugendberatung und Jugendhilfe inkfurt am Main, für die Liegenschaft Therapiedorf Villa Lilly (Haus "Claire", y" und Haus "Käthe".			
	Gesamteinnahmen Kapitel 08 29	_	210 000	216 597

Kapitel 08 29 Maßnahmen der Suchthilfe

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

	Weggefallene Titel			
519 01 31	4 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	_	73 000	66 379
Erläuterunge				
In Betracht ko A. Landese	mmen igene Gebäude			
	Friedensneubauwerte Altbauten Neu- bzw. Umbauten (nach 1994)			
L A G E Bad Schwalbac	h-Lindschied, Adolphus-Busch-Allee 1.191.400 –			
Summe	1.191.400 –			
davon 12 v.H.				
	Gesamtausgaben Kapitel 08 29	_	73 000	66 379
Ab	schluss Kapitel 08 29			
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	_	_	_
1	Eigene Einnahmen	_	210 000	216 597
2	Übertragungseinnahmen	_	_	_
3	Vermögenswirksame und besondere			
	Finanzierungseinnahmen			
Ge	samteinnahmen	_	210 000	216 597
4	Personalausgaben	_	_	_
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	_	73 000	66 379
	Ausgaben für den Schuldendienst	_	_	_
6	Übertragungsausgaben	_	_	_
7	Baumaßnahmen	_	_	_
8	Sonstige Investitionsausgaben	_	_	_
9	Besondere Finanzierungsausgaben	_	_	_
Ge	samtausgaben	_	73 000	66 379
Zus	schuss/Überschuss	_	137 000	150 218

Kapitel 08 32 Maßregelvollzug

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 32

Maßregelvollzug

Zu Kapitel 08 32:

Die Maßregelvollzugseinrichtung Hanau, Katharina-Belgica-Straße (ehemalige Justizvollzugsanstalt Hanau) wurde infolge Auflösung des Kapitels nach Kap. 08 01 umgesetzt. Eine Übertragung an den Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement soll zusammen mit den Liegenschaften des Justizressorts zum 01. Januar 2006 erfolgen. Die Einrichtung wird vom LWV betrieben. Die übrigen Titel des Kap. 08 32 wurden nach Kap. 08 07 (Förderprodukte Nr. 2 und 3) umgesetzt.

EINNAHMEN

Gesamteinnahmen Kapitel 08 32	_	_	_

Kapitel 08 32 Maßregelvollzug

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Weggefallene Titel

	sneubauwerte	Friedens		
	Neu- bzw. Umbauten (nach 1994)	Altbauten		
	Mark	Mark		A G E
	_	2.207.300	seinrichtung in Hanau, Katharina-Bel-	aßregelvollzug a-Straße 2
		2.207.300		mme
	<u> </u>	264.900		von 12 v.H. von 5 v.H.
	_	_		von 5 v.n.
 _		2	Gesamtausgaben Kapitel 08 32	
			Ç ,	
			schluss Kapitel 08 32	Abs
 _		Abgaben	Steuern und steuerähnliche A	0
 _			Eigene Einnahmen	1
 _			Übertragungseinnahmen	2
			Vermögenswirksame und bes Finanzierungseinnahmen	3
 			•	
 _			samteinnahmen	Ges
 _			Personalausgaben	4
 _		aben	Sächliche Verwaltungsausgal	5
 _		dienst	Ausgaben für den Schuldend	
 _			Übertragungsausgaben	6
 _			Baumaßnahmen	7
 _		en	Sonstige Investitionsausgabe	8
 _		ısgaben	Besondere Finanzierungsaus	9
	-			

Kapitel 08 44 Integrationsmaßnahmen sowie Bewilligungen für Vertriebene

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 44 Integrationsmaßnahmen sowie Bewilligungen für Vertriebene

Zu Kapitel 08 44:

Die landeseigene Liegenschaft "Haus der Heimat" in der Friedrichstraße 35, Wiesbaden war bisher dem Ressortvermögen des Sozialministeriums zugeordnet. Zum 01. Januar 2005 wurde die Liegenschaft, die als Begegnungsort zwischen Bürgern des Landes insbesondere aber als Mittelpunkt der kulturellen und heimatpolitischen Arbeit der Vertriebenen und Flüchtlingsorganisationen, die hier auch ihre zentralen Stellen untergebracht haben, genutzt wird, auf den Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement übertragen. Die Einnahmen (Titel 124 01) und die Sachausgaben hierzu (Titel 511 72, 517 72, 519 72 und 547 72) wurden entsprechend umgesetzt.

Die hier veranschlagte Stelle (Arb-001) und die Haushaltsmittel bei Titel 426 72 wurden zunächst nach Kap. 08 01 umgesetzt. Eine Umsetzung zum Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement ist in 2005 vorgesehen.

Die übrigen Titel des Kap. 08 44 wurden nach Kap. 08 05 (Förderprodukte Nr. 11 und 31), nach Kap. 08 06 (Förderprodukte Nr. 4, 30, 31, 32, 33 und 34) sowie nach Kap. 08 01 umgesetzt (Mitgliedsbeiträge, Integrationsbeirat).

Das Kapitel fällt weg.

EINNAHMEN

Weggefallene Titel

124 01	246 Mieten und Pachten	_	70 000	62 142
231 02	235 Erstattungen vom Bund	_	_	_
235 02	246 Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	_	_	_
271 01	236 Erstattungen aus dem EU-Sozialfonds zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien	_	_	_
381 01	991 Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72	_	_	_
381 02	991 Zuführungen aus Kap. 03 01 - 981 73	_	_	_
	Gesamteinnahmen Kapitel 08 44		70 000	62 142

Kapitel 08 44 Integrationsmaßnahmen sowie Bewilligungen für Vertriebene

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Weggefallene Titel

AUSGABEN

Weggefallene Titelgruppen

Titelgruppe 72 Haus der Heimat

Zu Titelgruppe 72:

Das "Haus der Heimat", Wiesbaden, Friedrichstraße 35, ist im Jahre 1967 in Landeseigentum übergegangen. Das "Haus der Heimat" dient der Begegnung zwischen Bürgern des Landes, insbesondere aber als Mittelpunkt der kulturellen und heimatpolitischen Arbeit der Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen, die hier auch ihre zentralen Stellen untergebracht haben.

426 72	246 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	_	37 300	35 286
427 72	246 Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	_	_	_
511 72	246 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		2 000	232
517 72	246 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	_	56 000	52 605
519 72	246 Unterhaltung des Hausgrundstücks	_	27 900	19 745
547 72	246 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	_	_	47
	Summe Titelgruppe 72	_	123 200	107 916

Titelgruppe 76 Soziale Stadt

Zu ATG 76:

Gefördert wurden insbesondere flankierende Maßnahmen zum Bund/Länderprogramm "die Soziale Stadt" zur Verbesserung stadt/ stadtteilbezogener sozialer Problemfelder.

Das Programm wurde eingestellt.

538 76	235 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	_	_	_
547 76	235 Nicht näher aufteilbarer Sachaufwand	_	_	_
633 76	236 Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	_	_	114 900
684 76	235 Zuschüsse an andere gemeinnützige Träger	_	_	268 350
	Summe Titelgruppe 76	_	_	383 250

Kapitel 08 44 Integrationsmaßnahmen sowie Bewilligungen für Vertriebene

Kapitel			Ansatz	Ansatz	IST
Titel		ZWECKBESTIMMUNG			
	unkt nziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
Keiii	ızırıer		LOIX	LOIX	LOIN
		Titelgruppe 78			
		Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien			
538 78	246	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	_	_	_
547 78	246	Nicht näher aufteilbarer Sachaufwand	_	_	_
633 78	246	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	_	_	_
671 78	246	Erstattungen an andere Träger	_	_	_
684 78	246	Zuschüsse an andere Träger	_	_	1 140 065
		Summe Titelgruppe 78	_	_	1 140 065
		Gesamtausgaben Kapitel 08 44	_	123 200	1 631 231
	Abso	chluss Kapitel 08 44			
	0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	_	_	_
	1	Eigene Einnahmen	_	70 000	62 142
	2	Übertragungseinnahmen	_	_	_
	3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	_	_	_
	Gesa	mteinnahmen	_	70 000	62 142
	4	Personalausgaben	_	37 300	35 286
	5	Sächliche Verwaltungsausgaben	_	85 900	72 630
		Ausgaben für den Schuldendienst	_	_	_
	6	Übertragungsausgaben	_	_	1 523 315
	7	Baumaßnahmen	_	_	_
	8	Sonstige Investitionsausgaben	_	_	_
	9	Besondere Finanzierungsausgaben	_	_	_
	Gesa	mtausgaben		123 200	1 631 231
	Zusc	huss/Überschuss	_	-53 200	-1 569 089

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 48 Regierungspräsidien im Bereich Soziales

- 1. Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben des Haushaltsjahres 2005 werden bei Kap. 03 14, 03 15 und 03 16 nachgewiesen.
- 2. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
- 3. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 2. Mit Zustimmung des Hessischen Finanzministeriums können die Titel 111 11 und 112 02 hiervon ausgenommen werden.
- 4. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
- 5. 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 4 bis 6 können einer allgemeinen Rücklage (Titel 919 01), 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 7 und 8 einer Investitionsrücklage (Titel 919 02) zugeführt werden. Die Investitionsrücklage kann nur für investive Zwecke verwendet werden. Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.
- verwendet werden. Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.

 6. Die den Regierungspräsidien zugewiesenen Mittel der Kap. 03 12, 07 50, 08 48 und 09 17 sind unter Beachtung vorstehender Haushaltsvermerke deckungsfähig.

In diesem Kapitel sind die bisher in den Kapiteln 08 45 (Darmstadt), 08 46 (Gießen) und 08 47 (Kassel) für die Regierungspräsidien veranschlagten Einnahmen und Ausgaben bis zur Umstellung auf die ergebnisorientierte Haushaltssteuerung (Produkthaushalt) ab dem Haushaltsjahr 2008 zusammengefasst.

Im Epl. 03 werden als Ausführungskapitel für die Regierungspräsidien die Kapitel 03 14, 03 15 und 03 16 eingerichtet. Darin werden im Rahmen eines Gesamtbudgets anteilig die tatsächlichen Einnahmen und geleisteten Ausgaben des Fachkapitels 08 48 im Haushaltsjahr 2005 nachgewiesen. Ein Wirtschaftsplan für das Kapitel 08 48 wird bis zur Vorlage des Produkthaushalts nicht erstellt.

Die Planstellen und Stellen der bisherigen Kapitel 08 45, 08 46 und 08 47 werden in die vorgenannten Kapitel des Epl. 03 umgesetzt. Hinsichtlich der im Kapitel 03 15 (Regierungspräsidium Gießen) veranschlagten Planstellen und Stellen der Versorgungsverwaltung liegt die Dienst- und Fachaufsicht über das Personal, das mit den Aufgaben nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (SER) betraut ist, beim Hessischen Sozialministerium.

Die veranschlagten Mittel sind für folgende Bereiche vorgesehen:

- Arbeitsschutz,
- Verwaltungsdienststellen für Versorgung und Soziales,
- Durchführung von Fachaufgaben im sozialen Bereich,
- Staatliche Gesundheitsverwaltung,
- Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen,
- Hessische Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE) für Asylbegehrende sowie

Koordinierungsstelle für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge in Hessen -KFH - .

- Durchführung von Fachaufgaben im Spätaussiedlerbereich.
- Außenstellen des Landesausgleichsamtes,
- Entschädigungsbehörde nach dem Bundesentschädigungsgesetz.

An IT-Mitteln sind insgesamt 1.681.300 Euro vorgesehen.

Ergänzende Anmerkungen

Arbeitsschutz

Zu den Aufgaben der Arbeitsschutzverwaltung gehört die Überwachung des Vollzugs der Rechtsvorschriften im Arbeitsschutz. Die Kontrolle durch die Arbeitsschutzbehörden erfolgt durch unangekündigte Betriebsrevisionen, durch themen- oder branchenspezifische Schwerpunktaktionen oder aus besonderem Anlass.

Am Standort Hadamar ist das Fachzentrum "Zentrale Ahndungsstelle für Sozialvorschriften im Straßenverkehr" eingerichtet, dessen Aufgabe insbesondere die Durchführung der Bußgeldverfahren nach dem Fahrpersonalgesetz ist.

Beim Regierungspräsidium Kassel sind zentral Fachzentren für "Produkt- und Betriebssicherheit" sowie für "Stoffliche und andere Arbeitsplatzumgebungsfaktoren" eingerichtet. Diese unterstützen die Arbeitsschutzbehörden in allen Fragen des technischen und stofflichen Arbeitsschutzes sowie der Produktsicherheit und der Marktüberwachung. Weiter ist beim Regierungspräsidium Darmstadt das Fachzentrum "Medizinischer Arbeitsschutz" eingerichtet, das arbeitsmedizinische Unterstützung leistet.

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

Versorgungsverwaltung

Seit 01.04.1955 werden die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten für die Durchführung der Kriegsopferversorgung und gleichartiger Leistungen (entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes auf die Versorgung wegen gesundheitlicher Schäden nach dem Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, nach dem Häftlingshilfegesetz, dem Bundesgrenzschutzgesetz, dem Zivildienstgesetz und dem Bundesseuchengesetz bei Impfschäden) von den Ländern getragen (Gesetz zur Regelung finanzieller Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern - Viertes Überleitungsgesetz - vom 27.04.1955 BGBI. I, S. 189), die diese zumeist als eigene Angelegenheiten, zum Teil als Auftragsangelegenheiten wahrnehmen. Soweit die Länder im Auftrag des Bundes handeln, tragen sie nach Art. 104 Abs. 5 des Grundgesetzes die bei ihren Behörden entstehenden Verwaltungsausgaben.

Neben der Durchführung der Kriegsopferversorgung und der Versorgung ihnen gleichgestellter Personen ist die Verwaltung für Versorgung und Soziales noch zuständig für:

- Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertengesetz
- Durchführung des Heimgesetzes
- Ausführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes
- Durchführung der Pflegesatzgenehmigung
- Durchführung des Opferentschädigungsgesetzes
- Durchführung des Strafrechtlichen, Beruflichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes.

Die Hessischen Ämter für Versorgung und Soziales sind dem Regierungspräsidium Gießen - Abteilung Landesversorgungsamt - nachgeordnet. Die noch bestehenden Außenstellen in Bensheim, Gelnhausen und Marburg werden unter Aufgabe der Standorte in das jeweilige Hauptamt integriert. Die Mietverträge für Bensheim sind zum 31.12. 2005 und für Gelnhausen zum 30.06.2005 gekündigt. Die Zentralärztliche Stelle für Begutachtung und orthopädische Versorgung (ZBOV) ist seit 01.07.2001 in das Amt Frankfurt und die Versorgungsärztliche Untersuchungsstelle (VUSt) sowie die orthopädische Versorgungsstelle (OVSt) sind seit 01.07.2001 in das Amt Kassel eingegliedert.

Die Landesprüfungsämter für Heilberufe und für Krankenversicherung werden Teil des neuen Landesprüfungs- und Untersuchungsamtes im Gesundheitswesen.

Gesundheitsverwaltung

Die Medizinaldezernate nehmen schwerpunktmäßig Aufsichts-, Beratungs- und Koordinierungsfunktionen sowie die Durchführung von Prüfungen für die Gesundheitsfachberufe wahr. Diese Aufgaben sollen durch eine Zentralisierung der Medizinalbereiche beim Regierungspräsidium Darmstadt konzentriert werden. Aufgabe der ebenfalls beim Regierungspräsidium Darmstadt eingerichteten zentralen Pharmazieeinheit ist die Überwachung der Herstellerbetriebe, der Wirkstoffhersteller sowie nach dem Transfusionsgesetz und die Durchführung klinischer Prüfungen. Im Rahmen der Fachaufgabe Früherkennung von Behinderungen sind nach § 126 a BSHG in den Ländern Landesärzte zu bestellen, die über besondere Erfahrungen in der Hilfe für Behinderte verfügen. Die Landesärzte sind ehrenamtlich tätig.

Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen

Dieses Amt setzt sich zusammen aus der Medizinaluntersuchungsabteilung Dillenburg sowie den ehemaligen Landesprüfungsämtern für Heilberufe und Krankenversicherung.

In Dillenburg werden schwerpunktmäßig die Aufgaben Infektiologie, Epidemiologie, Meldewesen und Gesundheitsberichterstattung wahrgenommen.

Das Landesprüfungsamt - Bereich Krankenversicherung - führt nach § 274 SGB V seit 01.01.1990 die Prüfungen der Krankenkassen und deren Verbände durch. Die Krankenkassen und die Verbände tragen die Kosten des Amtes.

Das Landesprüfungsamt - Bereich Heilberufe - ist zuständig für die Durchführung der Prüfungen der Bereiche Humanmedizin, Zahnmedizin, Pharmazie und Psychotherapie sowie Approbationsangelegenheiten dieser Berufsfelder.

Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen

Das Aslyverfahrensgesetz vom 26.06.1992 i.d.F. der Bekanntmachung vom 27.07.1993 (BGBI. I, S. 1361) zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.1996 (BGBI. I, S. 550), bestimmt, dass das Land Hessen Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) für Asylbegehrende vorzuhalten hat. In Hessen ist dies die EAE Gießen.

§ 45 Asylverfahrensgesetz verpflichtet das Land Hessen, 7,4 % aller in der Bundesrepublik Deutschland asylbegehrenden Ausländerinnen und Ausländer aufzunehmen und unterzubringen. Die asylbegehrenden Personen werden in der Erstaufnahmeeinrichtung versorgt und erhalten ausschließlich Sachleistungen zuzüglich einem Barbetrag für persönliche Bedürfnisse gemäß § 3 Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Kommunen erhalten für die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge im Sinne des § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge feste Beträge je Monat und Person. Darüber hinaus erhalten sie für die Aufnahme und Unterbringung von jungen Menschen die notwendigen Aufwendungen, wenn den Unterzubringenden Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe zu gewähren sind, die Unterzubringenden als Minderjährige unbegleitet in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind und hier keine sorgeberechtigten Personen haben; § 89 d Absatz 2 SGB VIII bleibt unberührt. Ferner werden den Kommunen die Kosten für die gesundheitliche Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen, soweit sie den Betrag von 10.226 EUR je Person und Kalenderjahr übersteigen, erstattet (Erstattung nach Einzelnachweis).

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

In diesem Kapitel sind auch veranschlagt die Aufwendungen für die Einrichtung nach § 18 a Asylverfahrensgesetz am Flughafen Frankfurt am Main.

Beim Regierungspräsidium in Darmstadt ist die Zentrale Koordinierungsstelle Hessen eingegrichet. Die Aufgaben der KFH sind geregelt im Erlass vom 19. Dezember 2001, StAnz. 2002, S. 196.

Aufnahme usw. von Spätaussiedlern

Nach § 8 Abs. 3 Bundesvertriebenengesetz werden 7,2 % der Spätaussiedler, ihrer Ehegatten und Abkömmlinge nach Hessen verteilt. Mit der Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern vom 11.12.2001 werden die nach Hessen verteilten Personen den Gebietskörperschaften nach Quoten zugewiesen. Diese sind verpflichtet, zugewiesene Personen aufzunehmen und unterzubringen. Für die entstehenden Aufwendungen wird vom Land eine einmalige Pauschale je aufgenommener Person erstattet. Die bisherigen Übergangswohnheime des Landes wurden aufgelöst.

Veranschlagt sind hier die Kosten der Zentralen Beteiligungs- und Landeseinweisungsstelle beim Regierungspräsidium Gießen sowie die Kosten des in das Regierungspräsdium Darmstadt eingegliederten Schul-, Wohnheim- und Internatsbetriebs des ehemaligen ÜWH Hasselroth. In dieser hessischen Fördereinrichtung für junge Zugewanderte wird die Erlangung des Hauptschulabschlusses bzw. die Hochschulzugangsberechtigung ermöglicht.

Außenstellen des Landesausgleichsamtes

Die Außenstellen des Landesausgleichsamtes bei den Regierungspräsidien in Darmstadt und Kassel üben auf der Ebene der Mittelinstanz die Fachaufsicht über die Ausgleichsämter aus, die ihrerseits mit der Duchführung des Lastenausgleichs beauftragt sind. Die Einrichtung der Außenstellen ist in § 311 Lastenausgleichsgesetz vorgesehen.

Entschädigungsbehörde nach dem Bundesentschädigungsgesetz

Die Durchführung des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz - BEG - vom 29. Juni 1956 - BGBI. I, S. 559) in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des BEG (BEG-Schlussgesetz) vom 14. September 1965 - BGBI. I, S. 1315 - obliegt den Entschädigungsbehörden der Länder (ohne neue Länder). Ausführende Entschädigungsbehörde ist das Regierungspräsidium in Darmstadt.

EINNAHMEN

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

112 02 254 Geldbußen, Verwarnungsgelder und Zwangsgelder

111 11 254 Verwaltungskosten, sonstige Entgelte	4 473 600	5 735 000	_
Erläuterungen:			
Gebühren und Auslagen nach dem Verwaltungskostengesetz vom 20. März 1998 (GVBI. I S. 82) in der jeweils gültigen Fassung und der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Hessischen Sozialministeriums. Ausserdem werden hier die noch festzusetzenden Gebühren für die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für Behinderte veranschlagt. (siehe auch Titel 533 63).			
Für den Bereich der Medizinaluntersuchungsabteilung in Dillenburg wurden Einnahmen zu Titel 119 12 umgesetzt. Bei den Einnahmen für Untersuchungen für Gesundheitsämter, Krankenhäuser und sonstiger Auftraggeber handelt es sich nicht um Gebühren nach dem Verwaltungskostengesetz.			
Weniger wegen Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.			
111 13 314 Entgelt für Untersuchungen	480 000	538 000	_
Erläuterungen: Der Bereich Dillenburg des Hessischen Landesprüfungs- und Untersuchungsamtes im Gesundheitswesen verpflichtet sich zur Durchführung von Laboruntersuchungen für die Justizvollzugsanstalten des Landes Hessen durch Vereinbarung zwischen dem HMdJ und dem HSM. Die Rechnungsstellung erfolgt direkt an die Justizvollzugsanstalt. Der Ansatz kalkuliert sich auf Basis der nach statistischen Werten erwarteten Zugangs- und sonstigen Untersuchungen.			

1 385 000

1 323 000

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.	 	2005	2004	2003
Kennziffe		EUR	EUR	EUR
	n: ch dem Fahrpersonalgesetz sowie aus den Bereichen Arbeitsschutz, flegeversicherung und Bundeserziehungsgeld u.a			
119 01 254	4 Einnahmen aus Nebentätigkeit	_	_	_
119 06 254	4 Einnahmen aus anderen privaten Mitbenutzungen staatlicher Einrichtungen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- oder Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	2 500	1 100	_
119 12 254	4 Einnahmen aus Aufträgen Außenstehender	395 000	7 000	_
Erläuterunger Für die Inansp	n: ruchnahme von Personal, Einrichtungen und Material.			
chungsabteilur kenhaus- und	besondere auch für Laboruntersuchungen der Medizinaluntersung Dillenburg im Rahmen der Infektiologischen Disgnostik, der Krander Wasserhygiene. Der Ansatz basiert auf der nach Erfahrungsartenden Probenanzahl.			
119 14 21	4 Einnahmen der Schiedsstellen	77 000	77 000	_
Erläuterunger	n: ellen nach § 94 BSHG			
Schiedsste	elle nach § 76 SGB XI			
Zusammen				
119 22 246	6 Einnahmen aus Unterkunft und Verpflegung der Wohnheim-		05.000	
vom 11.12.200 körperschaften vereinnahmt.	bewohner n: dnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern 11 ist die Verpflichtung zur vorläufigen Unterbringung auf die Gebiets- 12 übergegangen. Dort werden nunmehr die Gebühren erhoben und 13 st eine Restabwicklung.	93 500	95 000	_
119 31 314	4 Einnahmen aus Veröffentlichungen	_	_	_
119 41 25	4 Rückzahlungen von Überzahlungen	26 000	68 000	_
119 46 254	4 Ersatzleistungen	6 000	15 000	_
119 51 254	4 Vermischte Einnahmen	2 600	5 200	_
124 01 23	5 Mieten und Pachten	40 800	40 800	_
Erläuterunger	n:			
Sonstiges.	Dienstwohnungen 3 900 EUR 36 900 EUR 40 800 EUR			

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
125 01 235	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	28 500	31 500	_
Erläuterungen: U.a. Einnahmen	aus dem Verkauf von Speisen an Bedienstete.			
129 01 254	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	_	_	_
132 01 254	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	1 000	_	_
132 02 314	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	_	1 100	_
162 01 235	Sonst. Zinseinnahmen aus dem Inland	_	_	_
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
231 01 214	Sonstige Zuweisungen vom Bund	_	12 000	_
Beschäftigungsd	ldienstgesetz i.d.F.v. 21.09.1997 (BGBI.IS. 2390) erhalten die ienststellen für die den Zivildienstleistenden zu gewährenden Geldnoor vom Bundesamt einen Pauschalbetrag je Zivildienstleistenden.			
231 03 235	Erstattungen vom Bundesamt für Zivildienst	1 800	6 000	_
Beschäftigungsd	dienstgesetz i.d.F. v. 21.09.1997 (BGBI. I S. 2390) erhalten die ienststellen für die den Zivildienstleistenden zu gewährenden Gelden vom Bundesamt einen Pauschalbetrag je Zivildienstleistenden.			
231 05 214	Zuweisungen vom Bund zu den Kosten der fachlichen Fortbildung der Bediensteten der Verwaltung	_	_	_
231 06 214	Zuweisungen vom Bund zu den Kosten der fachlichen Fortbildung der Ärzte und des ärztlichen Hilfspersonals	_	_	_
233 01 246	Erstattungen von Förderschulkosten	10 000	24 000	_
235 01 254	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes	_	_	_
Erläuterungen: Förderleistunger lungen zur Alters	der Arbeitsverwaltung im Rahmen der tarifvertraglichen Regeteilzeitarbeit.			
235 02 254	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	_	_	_
235 03 246	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit und Langzeitarbeitslose	_	_	_
	Zuweisungen von der Bundesagentur für Arbeit	_	_	_
Erläuterungen:				

Haushaltsstelle für die Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. des Arbeitsförderungsgesetzes.

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR
	Sonstige Erstattungen von Sozialversicherungsträgern für Sozialleistungen	_	5 000	_
236 02 214	Erstattungen von Krankenkassen	885 200	885 200	_
Erläuterungen:				
den mit der Prüfu	3 V tragen die Krankenkassen und ihre Verbände die Kosten, die ing befassten Stellen entstehen, nach dem Verhältnis der beitragshmen ihrer Mitglieder zzgl. des beim Land verbleibenden Verwalls.			
271 01 254	Erstattungen der EU für Arbeitsschutzprojekte	_	_	_
281 01 246	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	_	_	_
282 01 254	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	_	_	_
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen			
359 01 951	Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage	_	_	_
Erläuterungen: Vgl. Haushaltsvei	rmerk Nr. 5.			
359 02 951	Entnahmen aus der Investitionsrücklage	_	_	_
Erläuterungen: Vgl. Haushaltsvel	rmerk Nr. 5.			
381 02 991	Zuführung aus Epl. 03	_	_	_
Erläuterungen: Zuführung aus de hinderter und Gle	em Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbe- eichgestellter in der Landesverwaltung.			
	Zuführungen aus anderen Kapiteln des Landeshaushaltes	_	_	_
	niedenster Aufgaben innerhalb der Regierungspräsidien kommt es hnungen zwischen anderen Kapiteln innerhalb des Landeshaus- Titel 981 03.			
n e u 381 04 991 3	Zuführung von Personalverstärkungsmitteln	_	_	_
Erläuterungen: Zuführung für Pel	rsonalgestellung im Rahmen NVS.			
	Gesamteinnahmen Kapitel 08 48	7 846 500	8 931 900	

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Personalausgaben

	i ersonalausyaben			
412 02 31	4 Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger	2 400	2 400	_
sowie Entscha	n: gen an Mitglieder des Gutachterausschusses für Heilpraktikerfragen ädigungen für Schulungsveranstaltungen für ehrenamtliche Richter ich Versorgungsverwaltung.			
422 01 25	4 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Laufende Zahlungen	20 081 100	20 460 100	_
mögenswi 2. Aufwands	n: :: : 20 081 100 EUR :: : : </td <td></td> <td></td> <td></td>			
422 02 25	4 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Einzelzahlungen	8 000	8 000	_
 Sonderver Nachversi Zulagen u Ehrengabe 	n: — EUR sgelder			
422 03 25	4 Mehrarbeitsvergütung der Beamtinnen und Beamten	_	_	_
n e u 422 11 01:	2 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten im Bereich Soziales	_	_	_
n e u 422 12 01.	2 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten im Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen	_	_	_
422 41 25	4 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Leerstellen	_	_	_
422 61 25	4 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf - Laufende Zahlungen	26 000	26 000	_
422 62 25	4 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf - Einzelzahlungen	_	_	_
Erläuterunge Der Titel ist vo	n: orsorglich ausgebracht.			
425 01 25	4 Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen	35 333 300	36 214 200	_

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funk		2005	2004	2003
Kennziff	er	EUR	EUR	EUR
	·			
Erläuterunge				
wirksame cherung, versicher 2. Aufwands 3. Überstun 4. Besonde	gen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögens- E Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversi- Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatz- ung			
	umgesetzt nach Kap. 04 52.			
	54 Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen	18 800	18 800	_
Erläuterunge	en:			
 Übergang Sonderve 	ben			
Zusammen .				
425 03 25	54 Vergütungen der ständigen nicht vollbeschäftigten Kräfte	37 500	37 500	_
	en: für teilzeitbeschäftigte Kräfte mit zusammen höchstens 18 Arbeits- oche und je RP.			
n e u 425 11 01	12 Vergütungen der Angestellten im Bereich Soziales	_	_	_
n e u 425 12 01	12 Vergütungen der Angestellten im Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen	_	_	_
425 41 25	54 Vergütungen der Angestellten - Leerstellen	_	_	_
426 01 25	54 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter -Laufende Zahlungen	2 804 100	2 440 000	_
Erläuterunge	en:			
 Löhne, same Lei rung, Auf cherung. Aufwands Lohn für 	Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirk- istungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversiche- fwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversi			
426 02 25	54 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen	600	600	_
426 03 25	54 Löhne der ständigen nicht vollbeschäftigten Kräfte	98 700	90 100	_

Erläuterungen:

Vergütungen für teilzeitbeschäftige Kräfte im Reinigungsdienst

- für den Bereich Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik mit zusammen höchstens 18 Arbeitsstunden je Woche
- für den Bereich Versorgungsverwaltung mit zusammen höchstens 27 Arbeitsstunden je Woche und
- für den Bereich Dillenburg im Hessischen Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen im Labor- und Reinigungsdienst mit zusammen höchstens 83 Arbeitsstunden je Woche.

Kapitel Titel		ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Fu Kenn	ınkt ziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
n e u 426 11	012	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter im Bereich Soziales	_	_	_
n e u 426 12	012	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter im Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen	_	_	_
426 41	254	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen	_	_	_
427 01	254	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	_	_	_
427 02	235	Vergütungen für Praktikanten und Volontäre	60 000	60 000	_
427 08	254	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	_	_	_
427 09	314	Pauschale für Landesärzte - für Körperbehinderte - für Hör- und Sprachbehinderte - für Sehbehinderte - für seelisch Be- hinderte - für geistig Behinderte sowie Kosten für Hilfskräfte	14 000	14 000	_
Erläuterur	-	arzt/ärztin wird eine Pauschale in Höhe von 230 EUR gezahlt.			
		Entschädigungen der übrigen nebenamtlich oder nebenberuflich Tätigen	27 000	27 000	_
Erläuterur Entschädig	_	n für ehrenamtliche Pharmazieräte.	2, 666	27 000	
427 61	254	Entschädigung nebenamtlicher Ausbilder und Prüfer des Personals	3 000	3 000	_
Erläuterur Prüfungsve heitstechni	ergütu	ngen für Laufbahnprüfungen im Bereich Arbeitsschutz und Sicher-			
427 64	314	Entschädigungen nebenamtlicher Prüfer im Gesundheitswesen	176 800	176 800	_
	ergütu	ingen und Reisekosten an Mitglieder der Prüfungsausschüsse bei chtärztliche Fachberufe des Gesundheitswesens.			
427 65	214	Entschädigung der nebenamtlichen Mitglieder von Prüfungsausschüssen bei den Universitäten und beim Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen, Bereich Heilberufe	216 000	216 000	_
missionen	Appro abge	bations-Ordnungen muss ein Teil der Prüfungen vor Prüfungskomlegt werden. Bei den Mitgliedern dieser Prüfungskommission han- Hochschulllehrer und erfahrene Praktiker der jeweiligen Fachbe-			
429 01	235	Nicht aufteilbare Personalausgaben	47 000	47 000	_
Erläuterur	ngen:				

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Zivildienstleistenden.

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG	0005	0004	0000
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
		1		
441 01 214	Beihilfen außer an Versorgungsberechtigte	19 000	19 000	_
Erläuterungen:				
Die Mittel sind Gesundheitswes	bestimmt für das Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im en, Bereich Krankenversicherung.			
443 01 254	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	_	_	_
446 01 214	Beihilfen an Versorgungsempfänger	5 000	5 000	_
Erläuterungen:				
	bestimmt für das Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im en, Bereich Krankenversicherung.			
453 01 254	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	36 500	36 500	_
Erläuterungen:				
mungen.	ch dem voraussichtlichen Bedarf im Rahmen der geltenden Bestim-			
	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens/Ideenmana-			
	gements in der hessischen Landesverwaltung	_	_	_
	en Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätz-			
lich eine Geldprä				
	Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst			
	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2 973 700	2 808 100	_
Erläuterungen:				
	75.000 EUR aus bisher bei Kap. 08 01 zentral für IT-Maßnahmen reichs veranschlagten Mitteln.			
Im übrigen Umse	etzung von Titel 514 01.			
514 01 254	Haltung von Fahrzeugen	130 200	566 400	_
Erläuterungen: Umsetzung nach	Titel 511 01 und 514 03.			
514 02 254	Dienst- und Schutzkleidung	40 800	43 500	_
	Verbrauchsmittel	1 004 200	858 600	_
Erläuterungen:	auf von Warenproben und Lebensmittel (auch Fördereinrichtung in			
Umsetzung von	Titel 514 01.			
514 04 314	Entschädigungen für entnommene Heilmittelproben	2 300	2 300	_
017 UT 01 4	Emocradigangen far entrienmene Hellimittelproben	2 300	2 300	_

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

Erläuterungen:

Entschädigungen nach § 65 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelrechts vom 24. August 1976 (BGBI. I. S. 2445).

517 01 254 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume... 2 933 300 2 762 800 –

Erläuterungen:

Gemietete/gepachtete Grundstücke

(Gebäude und Räume)

Wiesbaden, Simone-Veil-Str. 5 Wiesbaden, Schiersteiner Berg Frankfurt/M., Rudolfstr. 22 - 24

Darmstadt, Landgraf-Philipps-Anlage 42 - 46

Hasselroth, Weiherweg 1

Gießen, Südanlage 14 / 14 a

Gießen, Südanlage 17 / 17 a

Gießen, Ludwigsplatz

Gießen, Meisenbornweg 9 - 25

Gießen, Marburger Str. 91

Frankfurt/M., Adickesallee 36

Marburg, Am Mühlgraben

Hadamar, Gymnasiumstr. 4

Schwalbach, Am weißen Stein

Darmstadt, Bartningstr. 53

Bensheim, Darmstädter Str. 52

Kassel, Frankfurter Str. 84 A

Gelnhausen, Hailerer Str. 24

Wiesbaden, John-F.-Kennedystr. 4

Fulda, Heimbacher Str.
Dillenburg, Wolframstr. 33
Frankfurt, Eckenheimer Landstr.

Fulda, Am Rosengarten 26

Kassel, Ludwig-Mond-Str. 33, 43, 45, 47

1. Heizung	936 000 EUI	R
2. Licht- und Kraftstrom	690 000 EUI	R
3. Reinigung	687 300 EUI	R
4. Sonstiges	620 000 EUI	R
Zusammen		R

Seit dem 01. Januar 2005 sind die Liegenschaften im Rahmen des Mieter-Vermieter-Modell auf den Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement übertragen worden.

225 100

Erläuterungen:

1. Mieten für Dienstgebäude und - räume	6 176 800 EUR
2. Mieten für Wohngebäude und Wohnungen	— EUR
3. Pachten für unbebaute Grundstücke	— EUR
Zusammen	6 176 800 EUR

Mehr wegen Zahlungen an das Hessische Immobilienmanagement (HI). Vgl. Erläuterungen zu Titel 517 01.

Erläuterungen:

Umsetzung von 5.000 EUR aus bisher bei Kap. 08 01 zentral für IT-Maßnahmen des Geschäftsbereichs veranschlagten Mitteln.

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR
				_
525 61 254	Aus- und Fortbildung	364 300	188 900	_
Erläuterungen:				
 Fortbildungs Fachtagunge Aus- und Fe 	ehrgänge, Laufbahnprüfungen			
	44.500 € aus bisher bei Kap. 08 01 zentral für IT-Maßnahmen des ns veranschlagten Mitteln.			
	en von Kap. 08 01 72.500 EUR für die Umlage Verwaltungsschul- bildungslehrgänge und sonstige Aus- und Fortbildungskosten.			
525 62 235	Lehr- und Lernmittel	1 000	1 000	_
	Ausbildung und Fortbildung der Ärzte und des ärztlichen Hilfspersonals	5 000	5 000	_
Erläuterungen:				
 Ausbildungsl Fortbildungs Fachtagunge Aus- und Felung von Hilfs 	ehrgänge, Laufbahnprüfungen			
Erläuterungen: Auch für Dolmets Weniger im Bere	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	894 600	1 046 500	_
527 01 254	Reisekosten	412 500	332 000	_
531 01 254	Veröffentlichungen	7 200	22 200	_
 Öffentlichkeir Technische u Aufklärungst Andere Verö Zusammen 	ckwerke. — EUR tsarbeit. 7 200 EUR und wissenschaftliche Druckwerke — EUR ätigkeit im Jugendarbeitsschutz — EUR ffentlichungen/ Präsentationen — EUR 7 200 EUR resetzt nach Kap. 08 01.			
	Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	4 000	4 000	_
Erläuterungen:				
Kosten zur Teilr Beamtendienst s beiter in Altenein Ausserdem werd Geprüfte Fachkra	nahme an Eignungsprüfungen für den mittleren und gehobenen owie Kosten für Fort- und Weiterbildung der Heimleiter und Mitarrichtungen. den hier Kosten für die Prüfung zum anerkannten Abschluss aft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte tet. (s.auch Titel 111 11)			
536 01 254	Verfahrensauslagen	155 900	110 700	_

Kanitel 08 48

Kapitel 08 48 Regierungspräsidien im Bereich Soziales					
Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST	
Titel	ZWECKBESTIMMUNG				
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003	
Kennziffer		EUR	EUR	EUR	
tungsverfahrensge rechtliche Bestim	ufwendungen im Widerspruchsverfahren gemäß § 80 des Verwal- esetzes vom 1.12.1976 (GVBI. I S. 454). Bei Verstößen gegen umungen, die nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten , sind die evtl. anfallenden Zeugenauslagen aus diesem Titel zu				
chung zum versor liche Verfahrensau	erdienstausfall und Fahrtkosten für Patienten, die zur Untersugungsärztlichen Dienst einbestellt werden sowie für außergerichtuslagen sowie evtl. anfallende Zeugenauslagen. e wegen Zunahme gerichtlicher und außergerichtlicher Verfahren egsopferfürsorge.				
536 02 214 V	/erfahrensauslagen der Schiedsstellen	20 000	20 000	_	
Erläuterungen:					
	ach § 94 BSHG 10.000,00 Euro ach § 76 SGB XI 10.000,00 Euro				
Für die Schiedsste	ellen fallen Personal- und Sachkosten an (s.a.Titel 119 14).				
537 01 235 E	Beförderungskosten	135 000	270 000	_	
	örderung von Asylbewerbern. ırückgehender Zugangszahlen.				
537 02 254 K	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u.ä	110 400	17 000	_	
Erläuterungen: Mehr insbesonder	e für Umzüge im Rahmen der Standortstrukturreform.				
538 01 012 S	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	5 589 700	3 670 900	_	
Arbeiten (auch Ui	ahmen, EU-Gemeinschaftsprojekte, Neonatalscreening und für ntersuchungen, Gutachten und Analysen), die mangels eigener erledigt werden können sowie für Restabwicklung der Ausweich-				
Mehr in Auswirkun	ng des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes.				
Umsetzung von 27	72.500 € aus bisher bei Kap. 08 01 zentral für IT-Maßnahmen des sveranschlagten Mitteln.				
538 02 254 S	Sonstige Dienstleistungen und Erstattungen	253 100	250 000	_	
Erläuterungen:					

Vorgesehen für die Vergabe von baufachlichen Prüfungsleistungen an Dritte im Rahmen der Antragsprüfung, baubegleitenden Prüfung und der Verwendungsnachweisprüfung für Krankenhausfördervorhaben und -maßnahmen aus Kap. 17 36 - ATG 81, ATG 82 und ATG 83.

538 05 235 Unterkunft und Verpflegung	2 100 000	2 700 000	_
---------------------------------------	-----------	-----------	---

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
Erläuterungen: Kosten der Unterankfurt am Maragen (Streithelfe dass das Land auf dem Geländ Aus diesem Alwanderung von Weniger infolge	erbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern am Flughafen ain. Mit Urteil vom 25.02.1999 hat der BGH in dem Rechtsstreit der r Land Hessen) gegen die Bundesrepublik Deutschland festgestellt, die Kosten für die vorübergehende Aufnahme von Asylsuchenden e des Flughafens Frankfurt am Main zu tragen hat. Insatz können auch Kosten für die freiwillige Rückkehr/Weiter-Asylbewerberinnen und -bewerber geleistet werden. zurückgehender Zugangszahlen.	LON	LOIX	LON
	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	_	_	_
546 01 254	Vermischter Sachaufwand	2 600	2 100	_
Erläuterungen: Umsetzung von	500 EUR aus bisher bei Kap. 08 01 zentral für IT-Maßnahmen des hs veranschlagten Mitteln.	2 000	2 100	
547 01 254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	33 200	33 200	_
	Ausgaben für den Schuldendienst			
575 01 235	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	_	_	_
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
633 01 246	Erstattungen für die Einrichtung und Unterhaltung der Übergangswohnheime der Gebietskörperschaften	_		_
vom 11.12.2001 körperschaften i	nung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern ist die Zuständigkeit der vorläufigen Unterbringung auf die Gebiets- übergegangen. ch ausgebracht für Restabwicklung der Kreisflüchtlingswohnheime.			
681 01 235	Schadenersatzleistungen	800	2 900	_
681 05 254	Schadenersatzleistungen aus Leasingverträgen	3 300	1 100	_
681 35 235	Ausgaben aus sonstigen Zuschüssen	_		_
686 01 254	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	400	300	_
Erläuterungen: Veranschlagt für	Mitgliedschaften in Fachverbänden und Gesellschaften.			
	Baumaßnahmen			
711 01 235	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	_	_	_

Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)

		1	,	
Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
811 01 254	Erwerb von Kraftfahrzeugen	_	_	_
	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	620 500	522 800	_
Erläuterungen:				
	nschaffungen EUR			
	affungen			
Umsetzung von	176.000 EUR aus bisher bei Kap. 08 01 zentral für IT-Maßnahmen reichs veranschlagten Mitteln.			
	Erwerb von Fachgeräten	60 000	93 000	_
Erläuterungen: 1 Fretmalige A	nschaffungen			
Ersatzbesch	affungen			
	60 000 EUR			
rung der Aufgabe	bzw. Ersatzbeschaffung neuer Fachgeräte sind für die Durchfühen der Fachzentren für "Produkt- und Betriebssicherheit" und "Stoff-Arbeitsplatzumgebungsfaktoren" notwendig			
	Besondere Finanzierungsausgaben			
919 01 951	Zuführung an die allgemeine Rücklage	_	_	_
Erläuterungen: Vgl. Haushaltsve	rmerk Nr. 5.			
919 02 951	Zuführung an die Investitionsrücklage	_	_	_
Erläuterungen: Vgl. Haushaltsve	rmerk Nr. 5.			
981 01 991	Abführungen an Kap. 17 18 - 381 01	250 000	241 000	_
Erläuterungen: Abführung an Ep	l. 17 für die Zahlung von Versorgungsbezügen.			
981 03 991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushaltes	_	_	_
	hiedenster Aufgaben innerhalb der Regierungspräsidien kommt es chnungen zwischen anderen Kapiteln innerhalb des Landeshaus- Titel 381 03.			
n e u 981 04 991	Abführung von Personalausgaben	_	_	_
Erläuterungen: Abführung für nic	cht erbrachte Personalbeistellung.			
981 63 991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts	_	_	_
der Einführung d Teilnehmergebüh	C für Anwender angebotenen Schulungen im Zusammenhang mit der Neuen Verwaltungssteuerung und SAP R/3 sind einheitliche nren zu entrichten, die im Wege der haushaltstechnischen Verrech-16 - 381 63 abzuführen sind.			
981 64 991	Abführung an Kap. 08 01 - 381 64	_	97 900	_

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005 EUR	2004 EUR	2003 EUR
Kennziffer	<u> </u>	EUR	EUK	EUK
	noch vom Regierungspräsidium Darmstadt im Gebäude Dostojew- baden genutzte Räume.			
	Abführung an Kap. 08 01 - 381 67	_	_	_
Erläuterungen:	The same and the s			
Abführung für lau Arbeitsmaterial u	ufenden Geschäftsbedarf wie Telefongebühren, Kopierer, sonstiges usw. sowie für die Inanspruchnahme der zentralen Fahrbereitschaft erungspräsidium Darmstadt - Fachzentrum medizinischer Arbeits-			
989 01 991	Zwischenbehördliche Leistungsverrechnung	448 100	295 300	_
für das HCC	284 100 EUR 164 000 EUR 448 100 EUR			
	Gesamtausgaben Kapitel 08 48	83 973 500	80 447 500	_
Abso	chluss Kapitel 08 48			
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	_	_	_
1	Eigene Einnahmen	6 949 500	7 999 700	_
2	Übertragungseinnahmen	897 000	932 200	_
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	_	_	
Gesa	mteinnahmen	7 846 500	8 931 900	_
4	Personalausgaben	59 014 800	59 902 000	_
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	23 575 600	19 291 200	_
	Ausgaben für den Schuldendienst	_	_	_
6	Übertragungsausgaben	4 500	4 300	_
7	Baumaßnahmen	_	_	_
8	Sonstige Investitionsausgaben	680 500	615 800	
9	Besondere Finanzierungsausgaben	698 100	634 200	
Gesa	mtausgaben	83 973 500	80 447 500	_
Zusc	huss/Überschuss	-76 127 000	-71 515 600	_

Kapitel 08 98 Versorgung

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

08 98 Versorgung

Die Ansätze für Versorgungsbezüge sind gegenseitig deckungsfähig.

Zu Kapitel 08 98:

Die Versorgungsbezüge sind dezentral in den Ressorthaushalten ausgebracht. Sonderfälle der Versorgung sowie die mit der Versorgung in Zusammenhang stehenden Einnahmen werden in Kap. 17 18 ausgewiesen.

EINNAHMEN

Weggefallene Titel

119 51	018 Vermischte Einnahmen	_	_	_
	Gesamteinnahmen Kapitel 08 98	_	_	_

Kapitel 08 98 Versorgung

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

AUSGABEN

Personalausgaben

431 01	018 Versorgungsbezüge der Ministerinnen und der Minister	312 000	312 400	293 792
431 02	O18 Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Ministerinnen und der Minister	33 000	33 100	30 340
432 01	018 Versorgungsbezüge der Allgemeinen Verwaltung	17 675 000	17 377 800	17 664 721
432 02	O18 Versorgungsbezüge der Beamten des Hessischen Landes- prüfungsamts für Krankenversicherung	139 000	139 000	134 865
432 11	018 Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Allgemeinen Verwaltung	5 800 000	6 105 400	5 607 498
432 12	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Beamten des Hessischen Landesprüfungsamts für Krankenversicherung	96 000	96 000	98 622
461 01	018 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	_	_	_
	Besondere Finanzierungsausgaben			
n e u 989 01	991 Zwischenbehördliche Leistungsverrechnung	64 100	_	_
Erläuterung Für Persona	gen: alabrechnungen der HBS.			
	Gesamtausgaben Kapitel 08 98	24 119 100	24 063 700	23 829 839

Kapitel		Ansatz	Ansatz	IST
Titel	ZWECKBESTIMMUNG			
Funkt	ERLÄUTERUNGEN	2005	2004	2003
Kennziffer		EUR	EUR	EUR

ennziffer	EREAGTERONGEN	EUR	EUR	EUR
		-	-	
Abso	chluss Kapitel 08 98			
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	_	_	_
1	Eigene Einnahmen	_	_	_
2	Übertragungseinnahmen	_	_	_
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	_	_	_
Gesa	amteinnahmen	_	_	_
4	Personalausgaben	24 055 000	24 063 700	23 829 839
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	_	_	_
	Ausgaben für den Schuldendienst	_	_	_
6	Übertragungsausgaben	_	_	_
7	Baumaßnahmen	_	_	_
8	Sonstige Investitionsausgaben	_	_	_
9	Besondere Finanzierungsausgaben	64 100	_	
Gesa	amtausgaben	24 119 100	24 063 700	23 829 839
Zusc	huss/Überschuss	-24 119 100	-24 063 700	-23 829 839

Abschluss für den Einzelplan 08 Haushaltsjahr 2005

Einzel- plan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und Eigene steuerähnliche Abgaben		Übertragungs- einnahmen	Vermögens- wirks. und bes. Finanzierungs- einnahmen	Gesamt- einnahmen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
08 01	Ministerium	_	17.000	_	20.000	37.000
08 05	Verpflichtende Transferleistungen	_	3.159.500	30.762.000	_	33.921.500
08 06	Freiwillige Transferleistungen	_	754.300	19.923.400	59.368.000	80.045.700
08 07	Besondere Transferleistungen	_	5.000	22.097.500	524.200	22.626.700
08 19	Klinik Waldeck Reha- und AHB - Klinik, Innere Medizin-Urologie-Neurologie Verletzungsfolgen-Umweltmedizin in Bad Wildungen -kw-	_	_	_	_	_
08 25	Ministerium - Landesjugendamt und Jugendbildungsstätten Kw	_	_	_	_	_
08 29	Maßnahmen der Suchthilfe	_	_	_	_	_
08 32	Maßregelvollzug	_	_	_	_	_
08 44	Integrationsmaßnahmen sowie Bewilligungen für Vertriebene	_	_	_	_	-
08 48	Regierungspräsidien im Bereich Soziales	_	6.949.500	897.000	_	7.846.500
08 98	Versorgung	_	_	_	_	_
	Insgesamt:	_	10.885.300	73.679.900	59.912.200	144.477.400

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen			Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
22.612.000	6.422.200	29.800	_	62.500	220.600	29.347.100	-29.310.100
_	1.114.900	212.730.000	_	_	_	213.844.900	-179.923.400
_	786.500 —	76.852.700	_	8.366.500	_	86.005.700	-5.960.000
_	94.000	123.543.000	_	12.300.000	_	135.937.000	-113.310.300
_	=	_	_	_	_	_	_
_	_	_	_	_	_	_	_
_		_	_	_	_	_	_
_	=	_	_	_	_	_	_
_	_ _	_	_	_	_	_	_
59.014.800	23.575.600	4.500	_	680.500	698.100	83.973.500	-76.127.000
24.055.000	_	_	_	_	64.100	24.119.100	-24.119.100
105.681.800	31.993.200	413.160.000	_	21.409.500	982.800	573.227.300	-428.749.900

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2005

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs-	von dem	Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig	g werden
		ermächtigung 2005 EUR	2006 EUR	2007 EUR	2008 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7
Кар. 08 05	Verpflichtende Transferleistungen	5.000.000	2.000.000	2.000.000	1.000.000	_
684 00	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	5.000.000	2.000.000	2.000.000	1.000.000	_
Кар. 08 06	Freiwillige Transferleistungen	16.000.000	7.550.000	5.100.000	2.950.000	400.000
684 00	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	7.100.000	2.700.000	2.700.000	1.600.000	100.000
686 00	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1.500.000	1.500.000	_	_	_
893 00	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	7.400.000	3.350.000	2.400.000	1.350.000	300.000
Кар. 08 07	Besondere Transferleistungen	45.919.000	27.183.000	13.515.000	5.221.000	_
891 00	Zuschüsse für Investitionen an öffent- liche Unternehmen	45.919.000	27.183.000	13.515.000	5.221.000	_
	Insgesamt	66.919.000	36.733.000	20.615.000	9.171.000	400.000

STELLENPLÄNE STELLENÜBERSICHTEN

STELLENPLAN

422 01

S t e I I e n p I a n für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	St 2005	ellen (2004)	
				Feste Gehälter
B 9	(001)	1		Staatssekretär/in Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 1.200 Euro.
B 6	(001)	7		Ministerialdirigent/in davon 1 PVS Vermerk
B 3	(001)	10		Leitender/de Ministerialrat/rätin davon 1 PVS Vermerk
B 2	(009)	10		Ministerialrat/rätin davon 1 PVS Vermerk
				Aufsteigende Gehälter
A 16	(001)	31		Ministerialrat/rätin davon 4 PVS Vermerke 1 Stelle kann mit einem(r) Richter/in der Bes.Gr. R 3 besetzt werde
A 15	(001)	30		Regierungsdirektor/in davon 5 PVS Vermerke
A 15	(800)	3,5		Medizinaldirektor/in
A 15	(013)	1		Gewerbedirektor/in
A 15	(015)	_		Veterinärdirektor/in
A 14	(001)	23		Regierungsoberrat/rätin davon 1 PVS Vermerk
A 14	(007)	5		Medizinaloberrat/rätin
A 14	(009)	1		Gewerbeoberrat/rätin
A 14	(010)	1		Psychologieoberrat/rätin
A 14	(014)	1		Pharmazieoberrat/rätin
A 14	(015)	_		Veterinäroberrat/rätin
A 13 h.D.	(001)	7		Regierungsrat/rätin
A 13 h.D.	(006)	1		Chemierat/rätin
A 13 h.D.	(010)	1		Gewerberat/rätin
A 13 h.D.	(013)	2		Medizinalrat/rätin
A 13 AZ	(010)	1		Technischer/sche Oberamtsrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	46		Oberamtsrat/rätin davon 4 PVS Vermerke
A 13 g.D.	(002)	1		Technischer/sche Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	34	(32)	Amtsrat/rätin davon 4 PVS Vermerke
A 12	(002)	1		Technischer/sche Amtsrat/rätin
A 11	(001)	28,5	(27,5)	Amtmann/Amtfrau davon 1 PVS Vermerk
A 11	(002)	3		Technischer/sche Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	3		Oberinspektor/in

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	St	tellen	
		2005	(2004)	
A 10	(002)	1		Technischer/sche Oberinspektor/in
A IU	(002)	'		rechnischer/sche Oberinspektor/in
A 9 g.D.	(001)	_		Inspektor/in
		254	(251)	_

Von den Planstellen entfallen 1 A 14 (Psychologieoberrat) und 1 A 12 zur Wahrnehmung von Aufgaben bei der Gemeinsamen zentralen Adoptionsstelle (GZA).

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 01

Bes. Gr.	nderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter) es. Gr. Ken- Stellen Veränderungen aufgrund von / durch								Stellen		
200. 01.	nung	lt. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG	Haus- halts- vermerken	neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 12	(001)	32,0							2,0		34,0
A 11	(001)	27,5							1,0		28,5
Versch.		191,5									191,5
Zusammer	1	251,0							3,0		254,0

Umsetzung 2 Planstellen A12 kw und 1 Planstelle A 11 kw von Kap. 08 25 - 422 01 unter Umwandlung der kw-Vermerke in PVS-Vermerke.

Von den Planstellen sind 22 mit PVS-Vermerken ausgewiesen, davon 3 durch Umsetzung der Planstellen von Kap. 08 25.

STELLENPLAN

422 41

S t e I I e n p I a n für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	St 2005	ellen (2004	!)	
						Feste Gehälter
B 9	(981)	1				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
B 6	(976)	1				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
В3	(976)	-				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
						Aufsteigende Gehälter
A 15	(976)	-				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 15	(982)	-				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zur vorübergehenden Tätigkeit in den Entwicklungsländern beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 14	(976)	1	(-)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 13 h.D.	(976)	1	(-)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) davon 1 PVS Vermerk
A 12	(976)	3	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 12	(992)	-	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
A 10	(991)	1				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zum Studium beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 9 g.D.	(991)	-	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zum Studium beurlaubte(n) Bedienstete(n)
		8	(7)	_

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 41

Änderung des Stellenplans Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Ken-	Stellen			Veränd	erungen a	ufgrund v	on / durc	: h		Stellen
	nung	lt. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 14	(976)	0,0		1,0							1,0
A 13 h.D.	(976)	0,0							1,0		1,0
A 12	(976)	1,0		2,0							3,0
A 12	(992)	2,0				2,0					0,0
A 9 g.D.	(991)	1,0				1,0					0,0
Versch.		3,0									3,0
Zusammer	1	7,0		3,0		3,0			1,0		8,0

Zu Spalte 5 : Neuschaffung von Leerstellen nach § 10 HG 2004.

Zu Spalte 7: Wirksamwerden von kw-Vermerken.

Zu Spalte 10: Umsetzung 1 Leerstelle Bes.Gr. A 13 kw von Kap. 08 25 unter Anbringung eines PVS Vermerkes. Von den Stellen ist eine mit PVS Vermerk ausgewiesen.

STELLENÜBERSICHT

425 01

S t e l l e n ü b e r s i c h t über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Kennung	St 2005			
				Tarifliche Angestellte
(001)	2			
(001)	0.5			Stelle kann mit einer Angestellten außertariflich besetzt werde
(001)	0,5			davon 0,5 PVS-Vermerk
(001)	_			
(001)	7,5	(3,5)	
				davon 4 PVS-Vermerke
(001)	21,5	(16,5)	davon 7 PVS-Vermerke
(001)	6			davon / PVS-vermerke
(001)	O			davon 4,5 PVS-Vermerke
(000)	_			Altersteilzeitstelle/n kw
(001)	6,5	(5,5)	
				davon 1 ku Vc nach Ausscheiden der Stelleninhaberin davon 1 PVS-Vermerk
(001)	13,5	(12,5)	
				davon 1 PVS-Vermerk
(001)	37	(36)	davon 7 PVS-Vermerke
(001)	61.5			davoir / 1 ve voilleike
()	21,0			davon 4 PVS-Vermerke
(001)	15			
(004)	0.5	,	2.5	davon 5,5 PVS-Vermerke
(001)	8,5	(9,5)	davon 3,5 PVS-Vermerke
(001)	14			Auszubildende
	193.5	(182 5)	<u> </u>
	(001) (001) (001) (001) (001) (001) (001) (001) (001) (001) (001)	(001) 2 (001) 0,5 (001) - (001) 7,5 (001) 6 (001) - (001) 6,5 (001) 13,5 (001) 37 (001) 61,5 (001) 15 (001) 8,5	(001) 2 (001) 0,5 (001) - (001) 7,5 ((001) 6,5 ((001) 6,5 ((001) 37 ((001) 37 ((001) 37 ((001) 61,5 ((001) 15 ((001) 8,5 ((001) 14	2005 (2004) (001) 2 (001) - (001) 7,5 (3,5) (001) 21,5 (16,5) (001) 6 (000) - (5,5) (001) 13,5 (12,5) (001) 37 (36) (001) 61,5 (001) 15 (001) 8,5 9,5) (001) 14

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist. Zu Verg. Gr. VII:

Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Zu Verg. Gr. I:

Eine Stelle der Verg. Gr. I BAT kann im Rahmen des Besitzstandes mit einer Angestellten außertariflich analog BesGr. B 3 BGesG besetzt werden.

Von den Stellen entfallen 2 Stellen Verg. Gr. BAT III zur Wahrnehmung von Aufgaben bei der Gemeinsamen zentralen Adoptionsstelle (GZA).

Der ku-Vermerk nach Ausscheiden der Stelleninhaberin bei BAT IVb betrifft die Stelleninhaberin der 2003 von BAT Vc angehobenen Stelle.

Von den Stellen sind 38 mit PVS-Vermerken ausgewiesen, davon 14 durch Umsetzung der Stellen von Kap. 08 25.

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

425 01

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Ken- nung	Stellen It. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	Verände §§ 8 u. 9 HG	rungen a Haus- halts- vermerken	ufgrund v neue/weg- gefallene Stellen 2005	on / durc Hebungen 2005	h Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	Stellen It. Haus- halts- plan 2005
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
II a	(001)	3,5							4,0		7,5
III	(001)	16,5							5,0		21,5
IV b	(001)	5,5							1,0		6,5
V b	(001)	12,5							1,0		13,5
Vс	(001)	36,0							1,0		37,0
VII	(001)	15,0					2,0		2,0		15,0
VIII	(001)	9,5					1,0				8,5
Versch.		84,0									84,0
Zusammei	n	182,5					3,0		14,0		193,5

Zu Spalte 8 : Wegfall aufgrund \S 2 Abs. 1 Zukunftssicherungsgesetz aus Produktivitätsgewinn 2004.

Zu Spalte 10 : Umsetzungen von Kap. 08 25 - 425 01.

Von den Stellen sind 38 mit PVS-Vermerken ausgewiesen, davon 14 durch Umsetzung von Kap. 08 25.

STELLENÜBERSICHT

425 41

Stellen übersicht Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	St 2005	ellen	2004	`	
		2003	'	2007	,	_
						Tarifliche Angestellte
la	(972)	1				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
la	(981)	1	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
Ιb	(972)	1	(-)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
lb	(992)	_	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
IV a	(972)	1				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(972)	2,5				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VIb	(992)	_				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
VII	(972)	4	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(992)	1				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
VII	(993)	1				Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht

12,5 (11,5)

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

425 41

Änderung der	Stellenübersicht	Leerstellen fü	r Angestellte

Verg.Gr.	Ken- nung	Stellen It. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG +			us- ts-	ufgrund v neue/weg- gefallene Stellen 2005 + –	on / durc Hebungen 2005 + -	h Umset- zungen/ Umwandl. 2005 + -	Sonstige Verände- rungen 2005 + –	Stellen It. Haus- halts- plan 2005
1	2	3	4	5	6	7	,	8	9	10	11	12
la	(972)	1,0										1,0
la	(981)	2,0					1,0					1,0
Ιb	(972)	0,0		1,0								1,0
Ιb	(992)	1,0					1,0					0,0
IV a	(972)	1,0										1,0
VI b	(972)	2,5										2,5
VI b	(992)	0,0										0,0
VII	(972)	2,0		2,0								4,0
Versch.		2,0										2,0
Zusamme	n	11,5		3,0			2,0					12,5

Zu Spalte 5 : Neuschaffung von Leerstellen nach § 10 HG 2004.

Zu Spalte 7 : Wirksamwerden von kw-Vermerken.

STELLENÜBERSICHT

426 01

Stellen übersicht über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	St 2005	ellen (2004)	_
Arb.	(001)	18,5	(14)	Arbeiter/in davon 4,5 PVS-Vermerke
		18,5	(14)	_

ERLÄUTERUNGEN

426 01

Lohngr.	Ken-	Stellen			Verände	rungen a	ufgrund v	on / durc	h		Stellen
Ū	nung	lt. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG	Haus- halts- vermerken	neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Arb.	(001)	14,0							4,5		18,5
Versch.		0,0									0,0
Zusammen		14.0							4.5		18.5

Zu Spalte 10:

Umsetzung von 3,5 kw Stellen von Kap. 08 25 - 426 01 unter Umwandlung der kw-Vermerke in PVS-Vermerke und Umsetzung 1 Stelle von Kap. 08 44- 426 72.

Die vom Kap. 08 44 umgesetzte Stelle betrifft die Hausmeisterstelle beim Haus der Heimat in Wiesbaden. Eine Umsetzung dieser Stelle mit Personalausgaben an den Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement ist in 2005 vorgesehen.

Von den Stellen sind 4,5 mit PVS-Vermerken ausgewiesen, davon 3,5 durch Umsetzung der Stellen von Kap. 08 25.

STELLENPLAN

422 01

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	St 2005	ellen (2004)	
					— Aufsteigende Gehälter
A 15	(800)	_	(2)	Medizinaldirektor/in
		_	(2)	_

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Ken- nung	Stellen It. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	Verände §§ 8 u. 9 HG	r u n g e n a Haus- halts- vermerken	ufgrund v neue/weg- gefallene Stellen 2005	on / durc Hebungen 2005	th Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	Stellen It. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 15 Versch.	(800)	2,0 0,0							2,0		0,0 0,0
Zusammer	1	2,0							2,0		0,0

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 01

Zu Spalte 10: Die Planstellen werden umgesetzt nach Kap. 03 15 - 422 11.

STELLENÜBERSICHT

425 01

S t e l l e n ü b e r s i c h t über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	St 2005	eller)	1 2004)	
					— Tarifliche Angestellte
II a	(001)	_			
III	(001)	_	(1)	
V c	(001)	_	(5)	
Kr. IV	(001)	_	(2)	
Kr. Va	(001)	_	(3)	
Kr. VII	(001)	_			
VI b	(001)	_	(3)	
VII	(001)	_	(2)	
VIII	(001)	_	(1)	
Kr. V	(001)	_	(1)	
IX b	(001)	_			
		_	(18)	_

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist. Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Ken- nung	Stellen It. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	Veränd §§ 8 u. 9 Ho	erungen au G Haus- halts- vermerken	ufgrund v neue/weg- gefallene Stellen 2005	on / durc Hebungen 2005	h Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	Stellen It. Haus- halts- plan 2005
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
III	(001)	1,0							1,0		0,0
Vс	(001)	5,0							5,0		0,0
Kr. IV	(001)	2,0				1,0			1,0		0,0
Kr. Va	(001)	3,0				2,0			1,0		0,0
VI b	(001)	3,0				1,0			2,0		0,0
VII	(001)	2,0				1,0			1,0		0,0
VIII	(001)	1,0							1,0		0,0
Kr. V	(001)	1,0				1,0					0,0
Versch.		0,0									0,0
Zusammer	1	18,0				6,0			12,0		0,0

Zu Spalte 7: Wirksamwerden von kw-Vermerken

Zu Spalte 10: Umsetzung nach Kap. 03 15 - 425 11:

1 Stelle Verg.Gr. BAT III

- 5 Stellen Verg. Gr. BAT Vc
- 1 Stelle Verg. Gr. BAT KR. IV
- 1 Stelle Verg.Gr. BAT Kr. V a 2 Stellen Verg.Gr. BAT VI b 1 Stelle Verg.Gr. BAT VII

- 1 Stelle Verg.Gr. BAT VIII

Verg. Gr.	Registratur- dienst	Schreib- dienst	Vorzimmer- dienst
VIb	_	_	_
VII	_	-	_
VIII	_	_	_
Zusammen	_	_	_

STELLENÜBERSICHT

426 01

425 01

Stellenübersicht über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	St			
		2005	(2004)	<u></u>
Arb.	(001)	_	(16)	Arbeiter/in
		_	(16)	

ERLÄUTERUNGEN

426 01

Lohngr.	Ken-			Veränderungen aufgrund von / durch								
	nung	lt. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG	Haus- halts- vermerken	neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005	
			+ -	+	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Arb.	(001)	16,0				5,0			11,0		0,0	
Versch.		0,0									0,0	
Zusammer	າ	16,0				5,0			11,0		0,0	

Zu Spalte 7 : Wirksamwerden von kw-Vermerken Zu Spalte 10: Umsetzung von 11 Stellen nach Kap. 03 15 - 426 11

STELLENPLAN

422 01

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	St 2005	ellen ()	2004)	
					— Aufsteigende Gehälter
A 14	(010)	_			Psychologieoberrat/rätin
A 12	(001)	-	(2)	Amtsrat/rätin kw-Vermerke
A 11	(001)	-	(1)	Amtmann/Amtfrau kw-Vermerke
		_	(3)	_

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 01

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

	_	-	•••		_			•								
Bes. Gr.	Ken- nung	Stellen It. Haus- halts- plan 2004	§ 50	LHO	§ 10 HG			Ha ha	en a aus- alts- nerken	neu gei Si	und vie/weg- fallene tellen 2005	on / durc Hebungen 2005	U zu Um	mset- ingen/ nwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	Stellen It. Haus- halts- plan 2005
			+	-	+	+	_	+	_	+	_	+ –	+	-	+ -	
1	2	3	4	4	5	6	6		7		8	9		10	11	12
A 12	(001)	2,0												2,0		0,0
A 11	(001)	1,0												1,0		0,0
Versch.		0,0														0,0
Zusammei	า	3,0												3,0		0,0

Zu Spalte 10: Umsetzung von zwei Planstellen A 12kw und 1 Planstelle A 11 kw nach Kap. 08 01 - 422 01 unter gleichzeitiger Umwandlung der kw-Vermerke in PVS-Vermerke

STELLENPLAN

422 41

Stellenplan

für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	St 2005	ellen (2	2004)		
						– Aufsteigende Gehälter
A 13 h.D.	(976)	_	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) kw-Vermerk
		_	(1)	_

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 41

Bes. Gr.	Ken- nung	Stellen It. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	Verände §§ 8 u. 9 HG	r u n g e n a Haus- halts- vermerken	ufgrund v neue/weg- gefallene Stellen 2005	on / durc Hebungen 2005	th Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	Stellen It. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 13 h.D.	(976)	1,0							1,0		0,0
Versch.		0,0									0,0
Zusammer	1	1,0							1,0		0,0

Zu Spalte 10 : Umsetzung 1 Leerstelle Bes.Gr. A 13 kw nach Kap. 08 01 - 422 41 gleichzeitiger Umwandlung des kw-Vermerkes in PVS-Vermerke

STELLENÜBERSICHT

425 01

S t e l l e n ü b e r s i c h t über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	St 2005	eller:	n 2004)	
					Tarifliche Angestellte
Ιb	(001)	_			
II a	(001)	-	(4)	Lou Managarda
III	(001)	_	(8)	kw-Vermerke
	(• • •)		`	- ,	kw-Vermerke
IV a	(001)	-	(1)	kw-Vermerk
IV b	(001)	_	(1)	
	()		,		kw-Vermerk
V b	(001)	_	(1)	kw-Vermerk
Vс	(001)	_	(1)	
					kw-Vermerk
VI b	(001)	_	(1)	kw-Vermerk
VII	(001)	_	(2,5)	
					kw-Vermerke
VIII	(001)	-	(0,5)	kw-Vermerk
				\	
		_	(20)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1a und 1b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist. Zu Verg. Gr. VII:

Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Ken- nung	Stellen It. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG			Ū	ıs- ts-	u f g r u neue/v gefall Stell 200	weg- ene en	on / durc Hebungen 2005	h Ums zung Umwa 200	en/ ındl.	Sonstige Verände- rungen 2005	Stellen It. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+		+		+	_	+ -	+	_	+ -	
1	2	3	4	5		6	7	'	8		9	10		11	12
II a	(001)	4,0											4,0		0,0
III	(001)	8,0								3,0			5,0		0,0
IV a	(001)	1,0								1,0					0,0
IV b	(001)	1,0											1,0		0,0
V b	(001)	1,0											1,0		0,0
V c	(001)	1,0											1,0		0,0
VI b	(001)	1,0								1,0					0,0
VII	(001)	2,5								0,5			2,0		0,0
VIII	(001)	0,5								0,5					0,0
Versch.		0,0													0,0
Zusammer	า	20,0								6,0			14,0		0,0

Zu Spalte 7: Wirksamwerden von kw-Vermerken Zu Spalte 10: Umsetzung nach Kap. 08 01 - 425 01 unter gleichzeitiger Umwandlung der kw-Vermerke in PVS-Vermerke

- 4 Stellen Verg.Gr. IIa kw BAT, 5 Stellen Verg.Gr. III kw BAT, 1 Stelle Verg.Gr. IVb kw BAT,
- 1 Stelle Verg.Gr. Vb kw BAT,
- 1 Stelle Verg.Gr. Vc kw BAT,
- 2 Stellen Verg.Gr. VII kw BAT.

STELLENÜBERSICHT

426 01

425 01

Stellenübersicht über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	St 2005	tellen (2004)	_
Arb.	(001)	-	(5,5)	Arbeiter/in kw-Vermerke
		_	(5,5)	<u>—</u>

ERLÄUTERUNGEN

426 01

Anderung de	r Stellenubersicht für Arbeiter	

Lohngr.	Ken- nung	Stellen It. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	Verände §§ 8 u. 9 HG	r u n g e n a Haus- halts- vermerken	ufgrund v neue/weg- gefallene Stellen 2005	on / durc Hebungen 2005	h Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	Stellen It. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Arb.	(001)	5,5				2,0			3,5		0,0
Versch.		0,0									0,0
Zusammei	n	5,5				2,0			3,5		0,0

Zu Spalte 7: Wirksamwerden von kw-Vermerken

Zu Spalte 10: Umsetzungen nach Kap. 08 01 unter gleichzeitiger Umwandlung der kw-Vermerke in PVS-Vermerke

Kapitel 08 44 Integrationsmaßnahmen sowie Bewilligungen für Vertriebene

STELLENÜBERSICHT

426 72

Stellenübersicht über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	St 2005	ellen	2004)	
Arb.	(001)	_	(1)	 Arbeiter/in
		_	(1)	

ERLÄUTERUNGEN

426 72

Änderung der Stellenübersicht für Arbeiter

Lohngr.	Ken-	Stellen			Verände	rungen a	ufgrund v	on / durc	h		Stellen
	nung	It. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG	Haus- halts- vermerken	neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Arb.	(001)	1,0							1,0		0,0
Versch.		0,0									0,0
Zusammer	า	1,0							1,0		0,0

Zu Spalte 10 : Umsetzung der Stelle nach Kap. 08 01 - 426 01.

Es handelt sich um die Hausmeisterstelle beim Haus der Heimat .

Das Haus der Heimat geht ab 01.01.2005 in die Verwaltung des Hessischen Immobilienmanagements über.

Im Rahmen der mandantenbezogenen Buchungskreise erfolgt zunächst Umsetzung der Stelle nach Kap. 08 01. Eine Umsetzung der Stelle mit Stelleninhaberin und Haushaltsmitteln zum Landesbetrieb Hessisches Immobilienmanagement ist in 2005 vorgesehen.

STELLENPLAN

422 01

S t e I I e n p I a n für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	St 2005	elle:	n (2004)	
					– Feste Gehälter
B 2	(001)	_	(1)	Abteilungsdirektor/in
					Aufsteigende Gehälter
A 16	(003)	_	(7)	Leitender/de Regierungsdirektor/in
A 16	(009)	_	(4)	Leitender/de Gewerbedirektor/in
A 16	(010)	_	(4)	Leitender/de Pharmaziedirektor/in
A 16	(011)	_	(6)	Leitender/de Medizinaldirektor/in
A 15	(000)	_	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 15	(015)	_	(1)	Veterinärdirektor/in
A 15	(007)	_	(1)	Chemiedirektor/in
A 15	(001)	_	(12)	Regierungsdirektor/in
A 15	(800)	_	(31,5)	Medizinaldirektor/in
A 15	(013)	_	(14)	Gewerbedirektor/in
A 15	(014)	_	(6)	Pharmaziedirektor/in
A 14	(001)	_	(27,5)	Regierungsoberrat/rätin
A 14	(007)	_	(25)	Medizinaloberrat/rätin
A 14	(009)	_	(23)	Gewerbeoberrat/rätin
A 14	(014)	_	(7)	Pharmazieoberrat/rätin
A 13 h.D.	(000)	_			Altersteilzeitstelle/n kw
A 13 h.D.	(006)	_	(1)	Chemierat/rätin
A 13 h.D.	(013)	_	(1)	Medizinalrat/rätin
A 13 h.D.	(001)	_	(13)	Regierungsrat/rätin
A 13 h.D.	(010)	_	(16)	Gewerberat/rätin
A 13 h.D.	(012)	_	(1)	Pharmazierat/rätin
A 13 AZ	(010)	_	(2)	Technischer/sche Oberamtsrat/räti
A 13 g.D.	(000)	_	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
A 13 g.D.	(001)	_	(11)	Oberamtsrat/rätin
A 13 g.D.	(002)	_	(13)	Technischer/sche Oberamtsrat/räti
A 12	(002)	_	(37)	Technischer/sche Amtsrat/rätin
A 12	(001)	_	(45)	Amtsrat/rätin
A 11	(002)	_	(41)	Technischer/sche Amtmann/Amtfra
A 11	(001)	_	(91)	Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	_	(89,5)	Oberinspektor/in
A 10	(002)	_	(22)	Technischer/sche Oberinspektor/in
A 9 g.D.	(001)	_	(45,5)	Inspektor/in

S t e I I e n p I a n für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	St 2005	ellen (1 2004)	
A 9 AZ	(010)	_	(2)	Amtsinspektor/in
A 9 AZ	(011)	_	(2)	Technischer/sche Amtsinspektor/in
A 9 m.D.	(001)	_	(4)	Amtsinspektor/in
A 9 m.D.	(002)	_	(7)	Technischer/sche Amtsinspektor/in
A 8	(001)	_	(15)	Hauptsekretär/in
A 8	(002)	_	(9,5)	Technischer/sche Hauptsekretär/in
A 7	(001)	_	(23)	Obersekretär/in
A 7	(002)	_	(6)	Technischer/sche Obersekretär/in
A 6 m.D.	(001)	_	(10)	Sekretär/in
A 5 AZ	(010)	_	(3)	Oberamtsmeister/in
A 5	(005)	-	(1)	Hauptwart/in
			,	000 5 \	

- (682,5)

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 01

Bes. Gr.	Ken-	Stellen			Ver	ände	rungen	a١	ıfgrund v	on / durc	; h		Stellen
	nung	lt. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG		. 9 HG	Haus- halts- vermerke	en	neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus halts- plan 2005
1	2	3	4	+ 5	+	 6	7	_	+ -	9	10	+ -	12
			4	3	'				0	9		!!	
B 2	(001)	1,0									1,0		0,0
A 16	(011)	6,0									6,0		0,0
A 16	(010)	4,0									4,0		0,0
A 16	(009)	4,0									4,0		0,0
A 16	(003)	7,0									7,0		0,0
A 15	(000)	0,5									0,5		0,0
A 15	(014)	6,0									6,0		0,0
A 15	(013)	14,0									14,0		0,0
A 15	(008)	31,5									31,5		0,0
A 15	(001)	12,0									12,0		0,0
A 15	(007)	1,0									1,0		0,0
A 15	(015)	1,0									1,0		0,0
A 14	(014)	7,0									7,0		0,0
A 14	(009)	23,0									23,0		0,0
A 14	(007)	25,0									25,0		0,0
A 14	(001)	27,5			0.5						27,5		0,0
A 13 h.D. A 13 h.D.	(000)	0,0			0,5						0,5 1,0		0,0
A 13 h.D.	(012)	1,0											0,0
A 13 h.D.	(010)	16,0									16,0 13,0		0,0 0,0
A 13 h.D.	(001) (013)	13,0 1,0									1,0		0,0
A 13 h.D.	(006)	1,0									1,0		0,0
A 13 II.D. A 13 AZ	(010)	2,0									2,0		0,0
A 13 g.D.	(000)	0,5									0,5		0,0
A 13 g.D.	(000)	13,0									13,0		0,0
A 13 g.D.	(002)	11,0									11,0		0,0
A 13 g.D. A 12	(001)	45,0									45,0		0,0
A 12	(001)	37,0									37,0		0,0
A 11	(002)	41,0									41,0		0,0
A 11	(002)	91,0									1,0 92,0		0,0
A 10	(001)	22,0									22,0		0,0
A 10	(001)	89,5									89,5		0,0
A 9 g.D.	(001)	45,5									45,5		0,0
A 9 AZ	(010)	2,0									2,0		0,0
A 9 AZ	(011)	2,0									2,0		0,0
A 9 m.D.	(002)	7,0									7,0		0,0
A 9 m.D.	(001)	4,0									4,0		0,0
A 8	(001)	9,5									9,5		0,0
A 8	(001)	15,0									15,0		0,0
A 7	(002)	6,0									6,0		0,0
A 7	(001)	23,0							1,0		22,0		0,0
A 6 m.D.	(001)	10,0							1,0		9,0		0,0
A 5 AZ	(010)	3,0							.,0		3,0		0,0
A 5	(005)	1,0									1,0		0,0
Versch.	()	0,0									.,5		0,0
Zusammen		682,5			0,5				2,0		1,0 682,0		0,0

Zu Spalte 7 : Wirksamwerden von kw-Vermerken Zu Spalte 6 : Neuschaffung einer Altersteilzeitstelle

Zu Spalte 10: Umsetzung 1 Stelle Verg.Gr. BAT Vb unter gleichzeitiger Umwandlung in 1 Planstelle Bes.Gr. A 11 von Titel 425 01

Alle Planstellen aus der Spalte 10 werden in den Epl. 03 umgesetzt.

STELLENPLAN

422 41

Stellenplan

für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	St 2005	ellei (n (2004)	
					Aufsteigende Gehälter
A 13 h.D.	(976)	-	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 11	(976)	_	(3)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 10	(976)	_	(6)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 8	(976)	-	(1,5)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
		_	(12,5)	_

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 41

Bes. Gr.	Ken-	Stellen				Ver	ände	rungen	aufgru	nd v	on / durc	: h		Stellen
	nung	lt. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LF	Ю	§ 10 HG		ı. 9 HG	Haus- halts- vermerker	neue/ gefall	weg- lene len	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005
			+	-	+	+	_	+ -	+	-	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4		5		6	7	8	3	9	10	11	12
A 13 h.D.	(976)	2,0										2,0		0,0
A 11	(976)	3,0										3,0		0,0
A 10	(976)	6,0										6,0		0,0
A 8	(976)	1,5										1,5		0,0
Versch.		0,0												0,0
Zusammen	1	12,5										12,5		0,0

Zu Spalte 10 : Die Planstellen werden in den Epl. 03 umgesetzt.

STELLENÜBERSICHT

422 61

Stellenplan

über den Bedarf an Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Stellenübersicht

für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	St 2005	ellen (2004)	_
A 13 h.D.	(406)	_	(5)	Gewerbereferendar/in
A 10	(401)	_	(6)	Technischer/sche Oberinspektoranwärter/in
A 6 m.D.	(401)	-	(3)	Technischer/sche Assistentanwärter/in
		_	(14)	_

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

422 61

Änderung der Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Ken-	Stellen			Ver	ände	runge	n a	ufgrund v	on / durc	: h			Stellen
	nung	It. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LH	O § 10 HG	§§ 8 u	. 9 HG	Haus halts vermer	-	neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umse zunge Umwa 2009	en/ ndl.	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005
			+	- +	+	-	+	-	+ -	+ -	+	-	+ -	
1	2	3	4	5	(6	7		8	9	10		11	12
A 13 h.D.	(406)	5,0										5,0		0,0
A 10	(401)	6,0										6,0		0,0
A 6 m.D.	(401)	3,0										3,0		0,0
Versch.		0,0												0,0
Zusammer	1	14,0	•			•	•				•	14,0	•	0,0

Zu Spalte 10 : Umsetzung der Planstellen nach Epl. 03.

STELLENÜBERSICHT

425 01

S t e l l e n ü b e r s i c h t über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	St 2005	elle	n (2004)	
					— Tarifliche Angestellte
lа	(001)	_	(1)	
Ιb	(001)	_	(5)	
II a	(001)	_	(2)	
II a	(000)	_	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
II b	(001)	_	(1)	
III	(001)	_	(3)	
III	(000)	_	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
IV a	(001)	_	(49,5)	
IV b	(001)	_	(49,5)	
V b	(001)	_	(143,5)	
Vс	(001)	_	(318)	
Vс	(000)	_	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
Kr. IV	(001)	_	(2,5)	
Kr. Va	(001)	_	(1)	
VI b	(001)	_	(65,5)	
VI b	(000)	_	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
VII	(001)	_	(221,5)	
VIII	(001)	_	(26,5)	
VIII	(000)	_	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
Ang.	(001)	_	(58)	Auszubildende
		_	(950)	_

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist. Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

425 01

Änderung der Stellenübersicht für Angestellte (auch Auszubildende)

Verg.Gr.	Ken-	Stellen			Vе	rände	runge	n aı	ufgrund v	on / durc	h		Stellen
3 3	nung	lt. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	§§ 8			;- -	neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+	_	+		+ -	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5		6	7		8	9	10	11	12
Ιa	(001)	1,0									1,0		0,0
Ιb	(001)	5,0									5,0		0,0
II a	(001)	2,0									2,0		0,0
II a	(000)	0,5									0,5		0,0
II b	(001)	1,0									1,0		0,0
III	(001)	3,0									3,0		0,0
III	(000)	0,5									0,5		0,0
IV a	(001)	49,5									49,5		0,0
IV b	(001)	49,5									49,5		0,0
V b	(001)	143,5						3,0			140,5		0,0
V c	(001)	318,0									318,0		0,0
V c	(000)	0,5									0,5		0,0
Kr. IV	(001)	2,5									2,5		0,0
Kr. Va	(001)	1,0									1,0		0,0
VI b	(001)	65,5						2,0			63,5		0,0
VI b	(000)	0,5									0,5		0,0
VII	(001)	221,5						5,0			216,5		0,0
VIII	(001)	26,5									26,5		0,0
VIII	(000)	0,5									0,5		0,0
Ang.	(001)	58,0									58,0		0,0
Versch.		0,0											0,0
Zusammer	າ	950,0						10,0			940,0		0,0

Zu Spalte 7: Wirksamwerden von kw-Vermerken

Zu Spalte 10: Umsetzung 1 Stelle Verg.Gr. BAT Vb nach Kap. 04 52 - 425 01 Umsetzung 1 Stelle Verg.Gr. BAT Vc nach Kap. 04 52 - 425 01 Umsetzung 1 Stelle Verg.Gr. BAT Vb unter gleichzeitiger Umwandlung in 1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 nach Titel 422 01

Alle sonstigen Stellen in der Spalte 10 werden in den Epl. 03 umgesetzt

STELLENÜBERSICHT

425 41

S t e I I e n ü b e r s i c h t Leerstellen (Angestellte)

Verg. Gr.	Kennung	St 2005	ellen (2004)	
					Tarifliche Angestellte
lb	(972)	-	(0,5)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
II a	(972)	_	(2)	
IV b	(972)	_	(4)	
V b	(972)	-	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
V c	(972)	_	(5,5)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(972)	_	(3)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(972)	_	(6)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VIII	(972)	-	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
		_	(24)	_

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

425 41

Änderung der Stellenübersicht Leerstellen für Angestellte

Verg.Gr.	Ken-	Stellen			Verände	rungen a	ufgrund v	on / durc	h		Stellen
Ü	nung	lt. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG	Haus- halts- vermerken	neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005
			+ -	+	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Ιb	(972)	0,5							0,5		0,0
II a	(972)	2,0							2,0		0,0
IV b	(972)	4,0							4,0		0,0
V b	(972)	2,0							2,0		0,0
Vс	(972)	5,5							5,5		0,0
VI b	(972)	3,0							3,0		0,0
VII	(972)	6,0							6,0		0,0
VIII	(972)	1,0							1,0		0,0
Versch.		0,0									0,0
Zusammer	ı	24,0							24,0		0,0

Zu Spalte 10 : Die Stellen werden in den Epl. 03 umgesetzt

STELLENÜBERSICHT

426 01

Stellen übersicht über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2005 (2004)			
Arb.	(000)	_	(0,5)	— Altersteilzeitstelle/n kw
Arb.	(001)	-	(71)	Arbeiter/in Arb.(001)Arbeiter/in
		_	(71,5)	_

Für den Bereich der ausländischen Flüchtlinge werden die kw-Vermerke frühestens zum 31.12.2004 wirksam. Werden Stellen vor diesem Zeitpunkt frei, dürfen sie nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen wieder besetzt werden.

ERLÄUTERUNGEN

426 01

Änderung der Stellenübersicht für Arbeiter

Lohngr.	Ken- nung		§ 50 LHO	§ 10 HG	Verände §§ 8 u. 9 HG		-		ufgrund neue/weg- gefallene Stellen 2005		Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	Stellen It. Haus- halts- plan 2005		
			+	_	+	+	_	+	_	+ -	+ -	+	_	+ -	
1	2	3	4	4	5		6	7	,	8	9		10	11	12
Arb.	(000)	0,5											0,5		0,0
Arb.	(001)	71,0							3,0				68,0		0,0
Versch.		0,0													0,0
Zusamme	n	71,5							3,0				68,5		0,0

Zu Spalte 7: Wirksamwerden von kw-Vermerken

Zu Spalte 10: Umsetzung der Stellen nach Epl. 03

STELLENÜBERSICHT

426 41

Stellen übersicht Leerstellen (Arbeiter)

Lohngr.	Kennung	St 2005			
Arb.	(001)	-	(1)	 Arbeiter/in
		_	(1)	_

ERLÄUTERUNGEN

426 41

Anderung der Stellenubersicht	Leerstellen für Arbeiter

Lohngr.	Ken-	Stellen	Veränderungen aufgrund von / durch								Stellen
	nung	lt. Haus- halts- plan 2004	§ 50 LHO	§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG	Haus- halts- vermerken	neue/weg- gefallene Stellen 2005	Hebungen 2005	Umset- zungen/ Umwandl. 2005	Sonstige Verände- rungen 2005	lt. Haus- halts- plan 2005
			+ –	+	+ –	+ -	+ –	+ -	+ -	+ -	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Arb.	(001)	1,0							1,0		0,0
Versch.		0,0									0,0
Zusamme	n	1,0	•						1,0		0,0

Zu Spalte 10: Umsetzung der Stelle in den Epl. 03

Anlage zum Einzelplan des Hessischen Sozialministeriums - Landesdarlehensstock -

Landesdarlehensstock

Der im Jahre 1949 gebildete Landesdarlehensstock wird von der Hauptfürsorgestelle des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen treuhänderisch verwaltet.

Die Mittel des Landesdarlehensstocks sind bestimmt für die Gewährung von Darlehen an Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Schwerbehinderte. Die Darlehen dienen der Beschaffung von Kraftfahrzeugen und der Schaffung, Anpassung oder Erwerb von Wohnraum. Außerdem können in besonders begründeten Härtefällen Sonderdarlehen gewährt werden.

Maßgebend für die Gewährung der Darlehen sind die Richtlinien vom 28.08.1996 (StAnz. S. 3131). Die Tilgungsbeträge und Zinsen aus den Darlehen fließen dem Landesdarlehensstock zu. Personal- und Sachkosten werden aus dem Landesdarlehensstock nicht bestritten.

Dem Landesdarlehensstock wurden bis zum Jahre 1962

626.216,13 EUR

aus Landesmitteln zugewiesen.

Der Kapitalbestand des Landesdarlehensstocks belief sich am 31.12.2003 auf

887.023,34 EUR.